

rote blätter 15

Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS - Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus



**Mit den Arbeitern
gegen
soziale Demontage**



STEFFEN LEHDORFF:

Wir werden erpreßt

Der Bonner Student setzt sich mit dem Wintermantel in die Bibliothek. Auch daß das Oberlicht ausgeschaltet bleibt, erträgt er. Schließlich fährt der Bonner Bundeskanzler ja auch sonntags Rad. Der Bonner Student lernt schneller, das Wintersemester endet in NRW vier Wochen früher. Der NRW-Wissenschaftsminister wird seine Rahmenprüfungsordnung auch schneller durchpeitschen. Mit der BAFöG-Erhöhung hat's allerdings Zeit. Doch Opfer bringen müssen wir alle, denkt der Bonner Student. Wir werden ja alle erpreßt.

Stimmt. Fast alle. Aber nicht „von Leuten, die, gäbe es die Abendländer nicht, kaum wüßten, was Öl ist, wo es ist und wie man es verwenden könnte“ („Die Welt“), sondern von Leuten, die das alles sehr genau wissen;

— die wissen, was Öl ist: Nämlich ein Energieträger, von dem sie nach der unsinnigen Schließung von Kohlezechen die gesamte Wirtschaft abhängig gemacht haben,

— die wissen, wo das Öl ist: Nämlich in den prallvollen Tanks der Raffinerien, in den sich stauenden Tankern in der Elbmündung, in den Pipelines, durch die, wie sie selbst mit der Frechheit des „Ihr-könnt-uns-ja-doch-nicht“ zugeben, kein Tropfen weniger Öl fließt. Denn nur 5% des arabischen Öls für die BRD werden zurückgehalten.

— die wissen, wie man es verwenden kann. Voraussetzung: Ein perfektes Zusammenspiel derer, die gemeint sind, der Ölkonzerne, der Bundesregierung, der Massenmedien. Dann kann man ungeschoren horten, läßt eine Psychose entfachen und schiebt den Schwarzen Peter den arabischen Untermenschen zu. Die Regierung liefert die notwendigen administrativen Maßnahmen. In welchem Ausmaß? „Nun, das hängt von den Informationen über die Versorgungslage ab, die wir von den Mineralölgesellschaften erhalten“ (ein Staatssekretär in der Tagesschau). (Fragt hier noch jemand, was Stamokap ist?) Und jetzt kann die Ölkrise für so ziemlich alle imperialistischen Schweinereien von der Entlassung der 22 Mannesmänner bis zur permanenten Verletzung des Pariser Abkommens durch die Amerikaner erhalten (Pentagon-Erklärung: Wegen der durch Ölknappheit beschränkten Einsatzbereitschaft der in Thailand stationierten US-Bomber müsse mit verstärkten Übergriffen des Vietcong gerechnet werden). Aber zuallererst werden ganz direkt Profite gemacht, werden die Preise der verschiedenen Mineralölprodukte um durchschnittlich 35% erhöht, werden Gewinnerhöhungen von 274% (wie bei Shell) im Vergleich zum Vorjahresquartal verbucht.

Aber die Ölbesse lassen auch ihre Klassenbrüder von den übrigen Industriezweigen nicht im Stich: Mit verknapptem, teurem Öl wollen sie die Wogen der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen glätten. Regierung und Unternehmer warnen vor „überhöhten Lohnforderungen“ und drohen mit der Arbeitslosigkeit. Als Begleitmusik Preissteigerungen in allen Bereichen. Besonders auch die Rüstungsproduzenten sollen von der Ölkrise profitieren. Und das geht so: „Jene Pazifisten und Antiamerikaner, die für die einseitige Abrüstung des Westens sorgten, gehören also zu den Hauptschuldigen an dieser kritischen Lage... Die Araber wissen ja ganz genau, daß in der Geschichte wirtschaftliche Kriegserklärungen hundertmal mit militärischen beantwortet worden sind.“ (Leitartikel der „Welt“ am 29. 11. 73). Also Kriegsdrohung; weiter Manöver, denn bei der Bundeswehr darf es keine „Sparflamme“ geben (Leber-Ministerium); weiter 10 000 Liter Treibstoff für eine Phantom-Flugstunde, 40 Liter allein für das Anlassen eines einzigen Panzers vergeuden. Da muß der Schüler eben mal frieren, dafür bekommt er ja auch längere Ferien. Da muß die Arbeiterfamilie eben auf den Wochenendausflug verzichten; wie wär's stattdessen mit Sonntagsarbeit, um das Preissteigerungsloch in der Lohnfülle zu stopfen?

Die einzig richtige, die notwendige Antwort in dieser Situation sind die Forderungen der DKP, wie sofortiger gesetzlicher Preisstopp für Heizöl und Benzin, staatliche Erfassung und Kontrolle aller Ölvorräte, Verstaatlichung und demokratische Kontrolle der Ölkonzerne, Aufhebung des generellen Sonntagsfahrverbots, stattdessen Fahrverbot für die US-Streitkräfte in der BRD, für Bundeswehr und Bundesgrenzschutz, Stopp der moralischen, politischen und materiellen Unterstützung der israelischen Aggressionspolitik und Mithilfe bei der Durchsetzung der UNO-Beschlüsse im Nahen Osten. Ja, wir werden erpreßt, ausgepreßt von den Monopolen, und wir wehren uns gemeinsam.

3 FDJ-Delegation beim MSB Spartakus

Hochschule

- 6 BAFöG: Studenten im Kampf für ihre materiellen Interessen
- 9 Aktionen überall
- 12 14. Bundesdelegiertenversammlung des SHB
- 15 Interview mit dem neuen SHB-Vorsitzenden Bernard Braun
- 17 Bildungspolitische Kongresse von DGB und Jusos
- 19 Interview mit dem LHV-Vorsitzenden Detlev Ommen
- 21 Wahlkampfkotrol in Baden-Württemberg
- 22 Erste SP-Wahlergebnisse: Erfolge für MSB Spartakus

BRD

- 24 Gespräch mit dem neugewählten DKP-Vorsitzenden Herbert Mies
- 28 Entlassene Mannesmänner: „Wir setzen auch auf die Solidarität der Studenten“
- 29 Berufsverbote: Bonn vor der UNO unter Anklage
- 31 Breiter Protest gegen Bayerisches Hochschulgesetz

Internationales

- 32 Chile-Manifestation in Turin: Eine neue Etappe der Solidarität
- 33 Interview mit dem IUS-Präsidenten über die internationale Chile-Solidarität der Studenten
- 35 Faschismus in Griechenland: Mit Nato-Panzern und BRD-Gewehren gegen Demokraten
- 36 Weltkongreß der Friedenskräfte: Vollversammlung der Völker
- 41 Studentische Mitbestimmung in der UdSSR
- 42 MSB Spartakus Mitglied im WBDJ

Theorie

- 43 Auseinandersetzung mit der Gruppe SOAK bei den Jusos
- 46 10 Jahre Marxistische Blätter

Kultur

- 48 Zum neuen Tendenzen-Heft: Plakate, die verändern
- 51 Leserbrief

rote blätter

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Verantwortlich: Hartmut Schulze

Fotos: Magda Taroni, Gruppe Arbeiterfotografie, Hamburg; Elke Suess, Klaus Rose, fotocol

Redaktion: MSB SPARTAKUS,

53 Bonn 1, Postfach, Tel. 0 22 21 / 63 12 02

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Auflage: 25 000

Diesem Heft liegen Zahlkarten der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität für die Sammelaktion 250 000 DM für eine Schule in Nam Dinh bei.



Günther Jahn kam erstmals in die Bundesrepublik

Kampfesgrüße von 1,9 Millionen

FDJ-Gespräche mit SDAJ und MSB SPARTAKUS

Auf Einladung der Bundesvorstände der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und des MSB Spartakus besuchte eine Delegation der Freien Deutschen Jugend der DDR unter Leitung des Ersten Sekretärs des Zentralrats der FDJ, Günther Jahn, am 11. und 12. November die beiden Organisationen in Dortmund und Bonn.

Der FDJ-Delegation gehörten weiter an: Hans Jagenow, Sekretär des Zentralrats der FDJ, Hannelore Kutschenreuter, Mitglied der FDJ-Fraktion der Volkskammer, und Dr. Dietmar Börnert, Lehrstuhlleiter der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“.

Zu der Begegnung zwischen FDJ und MSB Spartakus schrieb Christoph Strawe:

Der Besuch des Ersten Sekretärs des Zentralrates der FDJ unterstreicht die engen freundschaftlichen und klassenmäßigen Beziehungen zwischen unseren beiden Organisationen. Das Gespräch mit der FDJ-Delegation in den Räumen unseres Bundesvorstandes hat in einer wirklich herzlichen Atmosphäre stattgefunden, und einmal mehr hat sich gezeigt, daß die FDJ und den MSB Spartakus gemeinsame Auffassungen in den wichtigen Fragen der internationalen antiimperialistischen Solidarität, des Kampfes für Frieden und Entspannung und des Kampfes für die sozialen und politischen Rechte der Jugend verbinden. Günther Jahn und die anderen Mitglieder der Delegation haben sich über den Kampf der Studentenbewegung in der BRD (an dem Gespräch nahmen auch Spartakus-Vertreter im Vorstand des

vds und in Allgemeinen Studentenausschüssen teil) und die Rolle des MSB Spartakus in den hochschulpolitischen und gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen informiert. Ihrerseits berichteten die FDJ-Genossen von den Aufgaben, die die Freie Deutsche Jugend gegenwärtig im politischen und gesellschaftlichen Leben der sozialistischen DDR bewältigt: von der umfas-



Oben links: Günther Jahn und der Spartakus-Vorsitzende Christoph Strawe unterzeichnen den Freundschaftsvertrag über die weitere Zusammenarbeit im Jahr 1974. Oben rechts: Zu den Geschenken der FDJ-Delegation gehörten neben diesem Thälmann-Relief eine Schallplatten-Mappe (u. a. mit Salvador Allendes letzter Rundfunkrede) und zwei Kopien des Festival-Films. Unten: Auch die SDAJ unterzeichnete in Dortmund einen Freundschaftsvertrag mit der FDJ.



Freundschaftsvertrag

zwischen dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Bundesvorstand des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Am 12. November 1973 war eine Delegation des Zentralrates der FDJ unter Leitung von Günther Jahn, 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, Gast des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS in der BRD.

Die Vertreter der FDJ und des MSB SPARTAKUS haben einen Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen geführt, Informationen über die Tätigkeit ihrer Organisationen ausgetauscht und einen Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

I.

Seit der Gründung des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS haben sich die Beziehungen zwischen der Freien Deutschen Jugend und dem MSB SPARTAKUS erfolgreich entwickelt. Die Vereinbarung für das Jahr 1973 wurde allseitig erfüllt. Beide Organisationen leisteten einen aktiven Beitrag für die erfolgreiche Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, der bisher größten internationalen Jugendmanifestation für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft.

Mit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages für das Jahr 1974 wollen beide Organisationen ihre freundschaftlichen Beziehungen ausbauen und vertiefen.

Die Freie Deutsche Jugend und der Marxistische Studentenbund SPARTAKUS sehen in dem Erstarken der sozialistischen Staatengemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze die Grundlage für die weitere Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, für die sich vollziehende Wende vom kalten Krieg zur Entspannung, von der militärischen Konfrontation zur Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung.

Die FDJ und der MSB SPARTAKUS sehen in den Ergebnissen des Weltkongresses der Friedenskräfte in Moskau die Verpflichtung, ihre Anstrengungen im Kampf für Frieden und Entspannung weiter zu verstärken.

Sie betonen gleichzeitig die Notwendigkeit, die Klassenwachsamkeit gegenüber dem Imperialismus zu erhöhen, der sein aggressives Wesen nicht geändert hat. Das beweisen der faschistische Militärputsch in Chile, die Aggressionspolitik Israels im Nahen Osten und die sich mehrenden Versuche reaktionärer Kreise, die geschlossenen Verträge zu unterlaufen.

Die FDJ und der MSB SPARTAKUS bekräftigen, daß sie auch weiterhin einen aktiven Beitrag zur Erfüllung der zwischen den Regierungen der DDR und der BRD geschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben leisten werden.

Die FDJ und der MSB SPARTAKUS unterstützen und fördern alle Initiativen, die dazu beitragen, die erreichten positiven Veränderungen im Kampf für den Frieden und die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz unumkehrbar zu machen und weiter auszubauen.

Im Interesse der Jugend und Studenten setzen sich beide Organisationen ein für

- die erfolgreiche Beendigung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und die weitere Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz sowie den erfolgreichen Abschluß der Konferenzen in Genf und Wien;
- die verstärkte Solidarität mit allen Patrioten Chiles, die einen mutigen Kampf gegen den Faschismus in ihrem Lande führen, die Solidarität mit den Völkern Indochinas, mit den arabischen Völkern, mit allen Völkern, die gegen Imperialismus, Faschismus, Neokolonialismus und Rassismus, für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung kämpfen.

Die FDJ und der MSB SPARTAKUS betrachten die ständige Vertiefung ihrer Freundschaft, den Ausbau ihrer Beziehungen zum Leninschen Komsomol, zu den Bruderorganisationen in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, den kapitalistischen Ländern und den jungen Nationalstaaten, das antiimperialistische Kampfbündnis mit den fortschrittlichen Jugendorganisationen in aller Welt als das Unterpfand weiterer Erfolge im antiimperialistischen Kampf.

Die Mitglieder der FDJ, die gesamte Jugend und die Studenten der DDR verfolgen mit großer Anteilnahme und in fester Solidarität den Kampf des MSB SPARTAKUS, der gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Arbeiterjugend- und Studentenorganisationen für die Verwirklichung der politischen und sozialen Grundrechte der Jugend und der Studenten in der BRD wirkt.

II.

Geleitet von dem Bestreben, ihre auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruhenden freundschaftlichen Beziehungen weiter zu vertiefen, vereinbaren der Zentralrat der FDJ und der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS für das Jahr 1974 folgende Maßnahmen:

1. Der Zentralrat der FDJ und der Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS setzen den Meinungsaustausch zu beiderseits interessierenden Fragen fort und verstärken den Austausch von Presse- und Informationsmaterialien über die Arbeit ihrer Organisation.
2. Der Zentralrat der FDJ lädt Delegationen des MSB zu Informations- und Studienaufenthalten in die DDR ein, die vor allem dem Studium
 - der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR;
 - der sozialistischen Jugendpolitik in der DDR;
 - des sozialistischen Bildungswesens, insbesondere der Ausbildung und Erziehung der Studenten an den Hochschulen der DDR;
 - der Rolle und Verantwortung der FDJ, des sozialistischen Jugendverbandes der DDR, als Interessenvertreter aller Studenten dienen.

Der Zentralrat ermöglicht Mitgliedern des MSB SPARTAKUS die Teilnahme am Internationalen Studentensommer in der DDR.

senden Auswertung des Festivals und der Umsetzung seiner Ergebnisse, von den Vorbereitungen für den 25. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, von der breiten Diskussion des von der FDJ vorgelegten neuen sozialistischen Jugendgesetzes, an der rund drei Millionen DDR-Bürger teilgenommen haben.

Natürlich sind wir stolz, den Ersten Sekretär des Zentralrats der FDJ, der zum erstenmal in die BRD kam, bei uns zu Gast gehabt zu haben, wir sind stolz auf die Kampfesgrüße und die Versicherung der Solidarität, die er uns im Namen der 1,9 Millionen Mitglieder der Freien Deutschen Jugend überbracht hat.

Zum Ausbau und zur Vertiefung unserer freundschaftlichen Beziehungen haben wir am Montag in Bonn einen Vertrag zur weiteren Zusammenarbeit im kommenden Jahr unterzeichnet, in dem unter anderem die Bemühungen beider Organisationen unterstrichen werden, einen aktiven Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau positiver Veränderungen im Kampf für Frieden und Entspannung zu leisten. FDJ und MSB betonen gleichzeitig die Notwendigkeit, die Klassenwachsamkeit gegenüber dem Imperialismus zu erhöhen, der sein aggressives Wesen nicht geändert hat, wie der faschistische Putsch in Chile, die Aggressionspolitik Israels und die vermehrten Versuche reaktionärer Kreise, die geschlossenen Verträge zu unterlaufen, zeigen, beide Organisationen setzen sich ein für verstärkte Solidarität mit allen Patrioten Chiles, für Solidarität mit den Völkern Indochinas, mit den arabischen Völkern, mit allen Völkern, die gegen Imperialismus, Faschismus, Neokolonialismus und Rassismus, für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung kämpfen.

Weiter wurden dann noch konkrete Maßnahmen, Meinungs- und Informationsaustausch und gegenseitige Besuche von Studiaufenthalten vereinbart.

„Die Mitglieder der FDJ, die gesamte Jugend und die Studenten der DDR verfolgen mit großer Anteilnahme und in fester Solidarität den Kampf des MSB Spartakus, der gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Arbeiterjugend- und Studentenorganisationen für die politischen und sozialen Grundrechte der Jugend und Studenten in der BRD wirkt“, heißt es in dem Vertrag. Wir unsererseits werden den Besuch der FDJ-Delegation zum Anlaß nehmen, die Errungenschaften des Volkes und der Jugend der DDR unter den Studenten noch stärker bekannt zu machen und weiter dafür zu wirken, daß die Studenten sich die Erfolge und das Beispiel des realen existierenden Sozialismus im Kampf für die eigenen sozialen und politischen Forderungen stärker zunutze machen. Wir werden auch weiterhin unsere guten Beziehungen zu unseren Bruderorganisationen in den sozialistischen Staaten in den Dienst der Studenten und der Jugend der Bundesrepublik Deutschland stellen.

3. Der MSB-Bundesvorstand lädt seinerseits Vertreter der FDJ zum Studium der Arbeit des MSB SPARTAKUS in die BRD ein.
4. Auf Einladung des Bundesvorstandes entsendet der Zentralrat der FDJ junge Wissenschaftler zu Veranstaltungen des MSB SPARTAKUS, die der Information über die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der sozialistischen Jugendpolitik in der DDR dienen.
5. Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik lädt die Freie Deutsche Jugend 100 Mitglieder des MSB SPARTAKUS zur Teilnahme an einem internationalen Freundschaftslager in die DDR ein.

III.

Der Freundschaftsvertrag zwischen dem Zentralrat der Freien Deutschen Jugend und dem Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Beide Seiten können im gegenseitigen Einvernehmen Ergänzungen vornehmen.

Bonn, im November 1973

Für den Bundesvorstand
des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS
gez. Christoph Strauß
Vorsitzender

Für den Zentralrat
der Freien Deutschen Jugend
gez. Günther Jahn
1. Sekretär



X. Weltfestspiele
der Jugend
und Studenten
in Berlin,
Hauptstadt
der DDR

Für
antimperialistische
Solidarität,
Frieden
und Freundschaft!

festival - report

Verband Deutscher Studentenschaften, MSB Spartakus, SHB

Der vds, der MSB Spartakus und der SHB haben gemeinsam dieses Magazin in Auswertung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten herausgegeben (zum Preis von 1,- DM bei den drei Organisationen).



Programm
für das
gemeinsame
Handeln
der Studenten



- ☐ Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB
- ☐ Ich möchte zu einer Spartakus-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied im MSB Spartakus werden
- ☐ Ich bitte um ein Probeexemplar der roten blätter
- ☐ Ich abonniere die roten blätter (Preis je Exemplar 1,- DM)
- ☐ Ich abonniere facit (Preis je Exemplar 2,50 DM)
- ☐ Ich bestelle Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und einsenden an MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Postfach

hochschule

Wie führen Studenten den Kampf um ihre materiellen Interessen?

Kurzatmigkeit ist nicht gefragt

Gemeinsam gegen die Inflationspolitik des Großkapitals!

Die immer drückender werdende Erhöhung der Lebenshaltungskosten verlangt auch von uns Studenten eine Antwort. Sollen wir auf die neue Volksgemeinschaftsideologie von Brandt & Co. hereinfließen und den Gürtel enger schnallen oder sollen wir für unsere Interessen aktiv werden? Wir sollten dabei von den Streikkämpfen der Arbeiter lernen: Nur durch unser eigenständiges und solidarisches Handeln können unsere berechtigten Forderungen durchgesetzt werden. Nicht Solidarität beim Konsumverzicht, beim Maßhalten kann jetzt die Devise sein – sondern Solidarität im Kampf gegen die Bonzen des Kapitals und deren staatlichen Geschäftsführer. Auch für uns geht es jetzt um die Durchsetzung eines Inflationsausgleichs. Deshalb die Forderungen des vds nach Anhebung des BAFöG-Richtsatzes auf 500,— DM sofort und die Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1200,— DM.

Warum 500,— DM BAFöG sofort?

Ein solcher Teuerungszuschlag würde ungefähr die Entwertung des BAFöG durch die Preissteigerungen der letzten beiden Jahre ausgleichen. Nicht mehr und nicht weniger. Es wäre also ein erster Schritt zur kostendeckenden Ausbildungsförderung. Aber genau den gilt es zu verwirklichen.

Aufzuklären, wo die Notwendigkeit einer kostendeckenden Ausbildungsförderung von 600,— oder 630,— DM genügt eben nicht. Wir wollen ja nicht nur in der Welt der Gedanken verändern, sondern unmittelbare, materielle Verbesserungen erzielen. Deshalb stellen wir konkrete Forderungen auf, die heute im Massenkampf durchgesetzt werden können, die die Bedingungen für die Erhaltung einer kostendeckenden Ausbildungsförderung verbessern, die von den arbeitenden Menschen verstanden werden.

Gegen diese Orientierung sind Rechte und Ultralinke angetreten. Ihre Taktik zielt darauf ab, den Studenten eine

fruchtlose Diskussion über die Richtigkeit der Forderungen aufzuzwingen und Verwirrung in die Bewegung zu tragen.

Dem KSV sind 420,— DM genug, für den KBW sind nur 560,— DM revolutionär, was darüber ist, ist von übel oder bourgeois; der RCDS fordert in Bonn 535,— DM, in der Uni Köln 600,— DM in der PH Köln 660,— DM.

Wir dürfen uns, durch diese konzeptionslosen Nachtrabpolitiker nicht irremachen lassen. Notwendig ist jetzt der einheitliche Kampf für einheitliche Forderungen und ihre Durchsetzung.

Welches sind die Bedingungen für den Erfolg?

Zu allererst müssen die Betroffenen selbst aktiv werden. Betroffene müssen sich im Rahmen der verfaßten Studentenschaft organisieren, die Masse der BAFöG-Opfer für die Notwendigkeit, den Kampf für ein materiell abgesichertes Studium aufzunehmen, überzeugen und die nicht direkt Betroffenen zur Solidarität gewinnen. Denn schließlich ist der Kampf gegen Inflation und reaktionäre Bildungspolitik auch ihr Kampf. Isoliert können die Studenten nichts er-

reichen. Wir müssen uns mit der Kraft verbinden, die den Kampf gegen die Ausplünderung des Volkes durch das Monopolkapital hauptsächlich trägt und anführt. — der Arbeiterklasse. Gerade in diesem Jahr ist es uns wieder bewußter geworden: Zwischen den Interessen der Lohnabhängigen und den Großkonzernen gibt es unüberbrückbare Gegensätze, und die Arbeiter lassen sich immer weniger den Preisterror des Großkapitals bieten.



Deshalb führen den Kampf unter der Losung des Zentralen Meetings des MSB am 20. Oktober in Dortmund: Schluß mit dem Feldzug der Monopole und Ministerien auf die Taschen der Arbeiter, Lehrlinge und Studenten — Für ein materiell gesichertes Studium! Kampf der Inflationspolitik des Groß- und Rüst-

nutzlos. Deshalb müssen wir die Organe der verfaßten Studentenschaft zu Instrumenten machen, der wir uns in unserem Interessenkampf bedienen können. D. h. Mitarbeit in den Projektgruppen, Komitees, Ausschüssen der Asten und Fachschaften. Die Asten müssen sich zum Sprachrohr der For-

sind zu nutzen. Deshalb: Schreibt Berichte über die soziale Lage der Studenten und die Aktivitäten für ihre Verbesserung an den vds, den SHB-Bundesvorstand und den MSB SPARTAKUS-Bundesvorstand, an die demokratische Presse — vor allem die UZ. So schaffen wir Bedingungen, um die Zersplitterung des studentischen Kampfes aufheben zu können.

Wir haben in unserem Kampf für die BAFöG-Erhöhung gute Aussicht auf Erfolg. WRK, Deutsches Studentenwerk und der DGB fordern die Anhebung der Ausbildungsförderung. Selbst der Beirat für Ausbildungsförderung beim Bundesinnenministerium für Bildung und Wissenschaft sah sich veranlaßt, die vds-Forderung nach 500,— DM BAFöG sofort, zu unterstützen. Selbst Dohnanyi muß zugestehen, daß die BAFöG-Sätze völlig unzureichend sind. Aber wenn es um Geld geht, hört die Gemütlichkeit auf. Daher stoßen die Forderungen der Studenten auf den harten Widerstand der Großkapitalisten, der Rüstungshäute und deren Fachleute im Staat. Und auf die Sprüche des ehemaligen Fordmanagers Klaus v. Dohnanyi ist überhaupt kein Verlaß.

Für uns folgt daraus: Kurzatmigkeit ist nicht gefragt. Es gilt eine kontinuierliche Bewegung zu entwickeln, die ganze Vielfalt möglicher Aktionsformen auszunutzen.

Was kann man tun?

1. Müssen weiterhin alle krassen Fälle von BAFöG-Kürzungen und ihre Auswirkungen bekannt gemacht werden! Erhebungen über die soziale Misere sind anzustellen! Durch Informationsstände und Ausstellungen müssen wir auf die soziale Lage der Studenten und ihren Kampf aufmerksam machen. Dabei kann jeder betroffene Kommilitone eine bestimmte Aufgabe übernehmen.

2. Muß Kontakt mit Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend aufgenommen werden. Wir müssen versuchen, die Gewerkschaften zur Solidarität mit unseren konkreten Kampfzielen zu gewinnen. Deshalb ist es sinnvoll, Veranstaltungen mit Gewerkschaftsvertretern, Betriebsräten und Vertrauensleuten durchzuführen, um die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die Inflationskoalition von Kapital und Staat zu unterstreichen! Gleichzeitig muß die Solidarität der Studenten mit den gerechten Lohnforderungen der Arbeiter deutlich gemacht werden: Übt Solidarität mit den von der Konzernleitung gefeuerten Kollegen bei Mannesmann in Duisburg! Übt Solidarität mit der Vielzahl von entlassenen Kollegen. Unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften und konsequente Arbeitervertreter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Großkapitals!

Fortsetzung S. 20



stungskapitals — Erhöhung der BAFöG-Sätze jetzt!

Wichtig ist vor allem, daß wir die Erhöhung der Ausbildungsförderung nicht zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen wollen. Vielmehr fordern wir, daß die dafür notwendigen Mittel durch die Kürzung der Rüstung und die höhere Besteuerung der Großeinkommensbezieher gewonnen werden. Individueller Protest wäre sicherlich

derungen der Studenten machen, ihre Aktivitäten koordinieren. Die verfaßte Studentenschaft muß gegen die Angriffe der herrschenden Klasse verteidigt und gestärkt werden. Der vds ist durch die Bundesregierung wieder zu finanzieren.

Wir dürfen den Kampf an der jeweiligen Hochschule nicht borniert führen. Alle Möglichkeiten, die Kommilitonen an anderen Hochschulen zu informieren,

Alle vorgestellten Bücher und Schallplatten sind zu beziehen bei:
 Weltkreis-Verlags-GmbH,
 46 Dortmund,
 Brüderweg 16
 und in allen Collectiv-
 Buchhandlungen

15 der schönsten internationalen Kampflieder sind auf der LP „Revolutionäre Lieder der Welt“ vereint. Darunter die „Internationale“, „Avanti Popolo“, „Partisanen vom Amur“ usw. Best.-Nr. LDX 74335, Preis: 22,- DM.

Habt ihr schon eure Weihnachtsgeschenke beisammen? Wenn nicht, dann schaut doch mal das Angebot vom Weltkreis-Verlag an, bevor ihr euch die Hacken ablaßt! Da ist bestimmt was Passendes für Bücherbord und Plattenteller dabei. Zum Beispiel:

In „Intersongs“ sind alle Texte und Noten zusammengefaßt, die während des Festivals des politischen Liedes 1972 in Berlin von Songgruppen aus

Europas und Übersees vorgelesen wurden. Eine Fundgrube für alle, die sich für internationale politische Lieder interessieren. 392 Seiten, 9,50 DM.

„Frühlingsgrüß für Kinder“ ist ein Buch, das die Geschichten von 100 Kindern aus 100 Ländern zusammenfaßt. Ein Manns Leben. Ernst Thälmann. 60 Seiten, 6,50 DM.

weihnachts-basar

In dem biographischen Roman „Olga Benario“ schildert Ruth Werner Olga Benario als junges, lebenslustiges Mädchen, die Geliebte des brasilianischen Volkshelden Luís Carlos Prestes. Ein gekerkertes, in faschistischen Zuchthaus ins Kind zur Welt bringt. Was das Buch anfängt zu lesen, legt es so bald nicht wieder weg. 452 Seiten, 7,20 DM.

Bei VEB Deutsche Schallplatten ist eine neue Eisler-LP herausgekommen. Auf Seite 1 vertonte Brecht-Texte: „Die Teppichweber von Kujan-Bukak ehren Lenin“ und „Kantate auf Lenins Todestag“, auf Seite 2 die „Winter-schlacht-Suite“ von Becher. Best.-Nr. 8 85 042, Preis: 12,10 DM

Nikolai Ostrowski wurde als 13-jähriger in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an

teuern, das hat in dem Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ geschildert. Ein unheimlich spannendes und packendes Buch. 448 Seiten, 6,- DM.

Temperamentvollen südamerikanischen Karneval bringt euch die LP „Carnaval à Santiago de Cuba“ ins Haus. Für die kommende Karnevals-Saison sicher mal die richtige Abwechslung zu Schunkelliedern und Klatschmärschen. Best.-Nr. LDX - A - 4250, Preis: 22,- DM.

Leser-Buch
 Die Teppichweber von Kujan-Bukak
 Winter-schlacht-Suite

Eisler

Aktionen überall

z. B. Hohenheim:



Im Schloß studieren - im Zelt wohnen?

Über 500 Studenten — bei bisher 1600 — nahmen in Hohenheim ihr Studium neu auf. Wer mit Mühe und Not im Schloß einen Studienplatz bekommen hat, hatte jedoch noch lange keine Bude.

Wovon sollen die Hohenheimer Kommilitonen Mieten von durchschnittlich 150,— DM — laut Aussagen des AstA lagen die Zimmerangebote damit um 20,— bis 30,— DM höher als im Vorjahr — zahlen? Mietpreise um 200,— DM sind auch in der Hohenheimer Umgebung kein Ausnahmefall mehr. Der Bau der schon seit Jahren geplanten zwei Studentenwohnheime wurde immer wieder hinausgezögert. Das einzige Wohnheim in Hohenheim bietet nur 100 Studenten eine Unterkunft. Damit erreicht Hohenheim bei den nunmehr über 2000 Studenten nicht einmal den miserablen bundesdeutschen Durchschnitt, wonach 10 Prozent der Studenten in Wohnheimen untergebracht sind.

Aus Protest gegen diesen eklatanten sozialen Notstand errichtete der MSB SPARTAKUS Hohenheim vor dem Schloßgebäude der Universität ein Zelt — trotz heftigen Widerstandes und Diffamierungen seitens des Universitätspräsidenten. Damit wurde demonstriert, daß Studenten bald gezwungen sein werden, in Zelten Unterschlupf zu finden, wenn nicht endlich Abhilfe geschaffen wird.

Erster Erfolg dieser von Studenten und der Öffentlichkeit begrüßten Aktion: Einen Tag nach Errichtung des Zeltes setzte sich der Universitätspräsident (Turner) mit der Stadt Stuttgart in Verbindung. Der Bau der geplanten Wohnheime soll Anfang des kommenden Jahres in Angriff genommen werden, war das Ergebnis der Gespräche.



„Versprechungen werden schon seit Jahren von Stadt und Land abgegeben. Weitere Aktionen sind daher notwendig, damit die Wohnheimprojekte auch realisiert werden. Besonders an die arbeitende Bevölkerung werden wir uns wenden, da sie von Mietwucher und der Einschränkung des sozialen Wohnungsbaus genauso betroffen ist wie die Studenten“, erklärte der MSB SPARTAKUS Hohenheim nach Abschluß der Zeltaktion.

„Für den Fall, daß Sie als Oberstadtdirektor einer Universitätsstadt Mangel an Studentenzimmern haben sollten, unterbreiten wir Ihnen folgendes Angebot: Sie stellen ein entsprechendes Grundstück zur Verfügung und sorgen für die sanitären Anlagen und die Wege. Wir pachten erforderlichenfalls das Grundstück und finanzieren, wenn nötig, die Anlage der sanitären Anlagen und der Wege. Dann liefern wir Wohnwagen in beliebiger Menge. Die Studenten können die Wohnwagen kaufen, in bar oder auch gegen Finanzierung, die wir ebenfalls vermitteln. Wenn je zwei Studenten einen Wohnwagen kaufen, reicht die sonst für ein Studentenzimmer fällige Monatsmiete auch als Monatsrate für eine evtl. laufende Finanzierung mit dem Unterschied, daß den Studenten der Wohnwagen nach Ablauf der Finanzierung gehört. Darüber hinaus können die Studenten mit dem Wohnwagen auch in die Ferien fahren.“

Angebot eines Essener Kitz-Händlers an die Marburger Stadtverwaltung.

z. B. Essen:

Aktionstage

Mitte November wurde an der Gesamthochschule Essen durch eine Urabstimmung der Streik beschlossen. Damit schlossen sich die Studenten den Forderungen der Landesastenkonzferenz, zentrale Aktionstage vom 27. 11. bis 29. 11. 1973 auf NRW-Ebene durchzuführen, an. Schwerpunkte des Streiks: Kampf gegen die Rahmenprüfungsordnung (RPO) und die soziale Misere. Direkt nach der VV haben sich Arbeitsgruppen gebildet, unter anderem zum BAFÖG-Kampf und zur RPO. In diesen Ag's sollte nicht nur die Information für die Studenten verarbeitet werden, sondern von ihnen sollten auch konkrete Informationsaktionen in der Bevölkerung durchgeführt. Geplant sind Podiumsdiskussionen an der Hochschule und Infostände und Demonstrationen in der Essener Innenstadt. An den Aktionen beteiligen sich Gewerkschaftsvertreter und SDAJ. Abschluß der Aktionstage soll eine gemeinsame Streikfete am 29. 11. sein. Mehr darüber in den nächsten Roten Blättern.

z. B. Bochum:

Mieterstreik

Geschlossen traten 78 Mieterparteien eines Bochumer Wohnhauses — ausnahmslos Studenten — in den Mieterstreik. Sie weigern sich, Mieterhöhungen und horrenden Nachzahlungen bis zu 37 Prozent des Mietpreises rückwirkend ab Februar 1973 zu zahlen.

Mit haushohen Transparenten „20 v. H. mehr Miete, 10 v. H. Preissteigerungen — das können wir nicht bezahlen“ und auf Flugblättern wandten sich die Studenten an die Öffentlichkeit. Da sie zum größten Teil von 366 DM Monatsstipendium leben müssen, würde die geplante Mieterhöhung 30 Prozent ihres Monatsgeldes verschlingen.

z. B. Bremen:

„Gib uns fünf Stunden mehr!“

5 Stunden mehr fordern die Studentenvertretungen der Bremer Hochschulen von Wissenschaftsminister Dohnanyi. Die Studenten rechnen dem Minister die neueste DSW-Erhebung vor, nach der der Mindestbedarf eines Studenten für 1973 bei 584 DM liegt. Der seit 1971 geltende BAFöG-Höchst-Förderungssatz ist 420 DM und nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nur noch etwa 350 DM wert. Daraus ergibt sich ein Fehlbetrag von 234 DM, der durch

Werkarbeit hereingebracht werden muß. Bei einem Lohn von 5 DM pro Stunde kommt man auf 47 Stunden Arbeit, die monatlich geleistet werden müssen, um auf das Existenzminimum zu kommen. Dazu stellen die Studentenausschüsse Bremens folgende Wochenrechnung auf: Pro Woche 24 Stunden Vorlesung, 48 Stunden Eigenstudium, 10 Stunden Fahrzeit, 14 Stunden Essen, 56 Stunden Schlaf, 5 Stunden Wohnungsreinigung, 4 Stunden Körperpflege, 2 Stunden Einkauf und 10 Stunden Arbeit = 173 Stunden. Da die Woche nur 168 Stunden hat, wird Minister Dohnanyi um Auskunft gebeten, woher diese fehlenden 5 Stunden kommen sollen. Da nicht zu erwarten ist, daß Dohnanyi hierzu befriedigende Vorschläge machen kann, fordern die Studentenvertretungen:

z. B. Düsseldorf:

IN DIESER "MENSA"
wollen 800
Studenten
essen



Protestaktionen der Studenten im Rahmen der Sozialwoche der Düsseldorfer ASten. 600 Studenten kamen zum Mensa-Essen im Wissenschaftsministerium, um auf die katastrophalen Zustände in ihren Mensen aufmerksam zu machen. So ist beispielsweise für die 800 Studenten der Fachhochschule in Düsseldorf-Eller in der Mensa nur Platz für 74 Studenten, so daß in Zehnerschichten gegessen werden muß. Die Studenten fordern: Ausbau der Mensa auf 300 Plätze und runter mit den Mensapreisen. Zugleich protestierten die Studenten gegen den Zustand, daß für 10 000 Düsseldorfer Studenten nur 421 Wohnheimplätze zur Verfügung stehen.

(Foto: Jaschinski)

Anhebung des BAFöG-Höchstsatzes von 420 auf 500 DM sowie des Elternfreibetrages (der für BAFöG-Leistungen maßgeblich ist) auf 1200 DM.

z. B. Mannheim:

Keine SVI-Unterstützung

Die materielle Absicherung des Studiums der Studenten der FH-Sozialwesen Mannheim ist vollkommen unzureichend.

Eine BAFöG-Umfrage-Aktion unter den Studenten der Fachhochschule Sozialwesen Mannheim ergab folgende Situation:

- 60 Prozent aller Studenten erhalten BAFöG.
- Von diesen 60 Prozent erhalten nur 16 Prozent den Höchstbetrag von 420,— DM.
- Der durchschnittliche Förderungsbetrag betrug 1972 noch 339,— DM, 1973 nur noch 269,— DM. Also 70,— DM weniger.

Auf Initiative des MSB Spartakus richtete der Asta eine Projektgruppe BAFöG ein. In dieser Projektgruppe arbeiten inzwischen schon rund 20 in der Mehrzahl unorganisierte Studenten mit.

In vielfältigen Aktionen — Infostände, Flugblattverteilung, Podiumsdiskussion, Sandwichdemonstration — wird innerhalb der Hochschule und unter der Mannheimer Bevölkerung auf die Lage und die Forderungen der Studenten hingewiesen.

Die Studenten der FHS Mannheim haben sich der vds-Aktion angeschlossen. Sie haben insofern schwierigere Kampfbedingungen, als sie von ihrem Dachverband, dem SVI, keine Unterstützung bekommen. Es ist die Aufgabe der Studenten der Fachhochschulen, ihrem Dachverband Dampf zu machen und ihn zu zwingen, den Kampf der Studenten für BAFöG-Erhöhung auf 500,— DM und der Elternfreibeträge auf 1200,— DM zu unterstützen.

Werde Mitglied!

Sind Spartakisten dogmatisch? · Das Verhältnis zur DKP · Gibt es individuelle Gründe die einer Organisation im MSB im Wege stehen? · Die Berufsverbote

Zwei neue Broschüren hat der Bundesvorstand des MSB Spartakus herausgegeben. Eine zur Mitgliederwerbung (ca. 30 Seiten, Mindestpreis 0,30 DM) und eine zur Auseinandersetzung mit maoistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik (ca. 100 Seiten, Mindestpreis 1,— DM). Beide Hefte sind an den Spartakus-Büchertischen oder direkt beim Bundesvorstand, 53 Bonn 1, Postfach erhältlich.

Eine Auseinandersetzung mit der Politik maoistischer Gruppierungen in der BRD

Wenn wir die Maoisten bekämpfen ist das gut und nicht schlecht

(Fernöstliche Spruchweisheit)

z. B. Bonn:

Überall im Universitätsgelände sieht man diese Kleber. Offensichtlich ist hier der Student vom Titelblatt der letzten roten blätter, den die BAFöG-Kürzungen das letzte Hemd gekostet haben, langgetappt.



z. B. Gießen:

Spartakus errichtet Notmensa


Für die insgesamt 12 500 Gießener Studenten stehen nur etwa 800 Mensaplätze zur Verfügung; dieses Verhältnis ist noch deutlicher erkennbar, wenn man berücksichtigt, daß im Bereich der AfE und des Philosophicums ca. 7000 Studenten studieren, während nur eine kleine Mensa von 150 Plätzen ohne zeitraubende Anfahrt erreichbar ist.

Um gegen diese Mißstände zu protestieren, nahm der MSB Spartakus eine Not-

mensa in Betrieb, ein großes Zelt, das vor dem zweitgrößten Uni-Komplex (Philosophicum) aufgestellt wurde und in dem Würstchen, Bier usw. zum Selbstkostenpreis verkauft wurden. Die Forderungen des Spartakus, die von den Studenten durch mehrere Hundert Unterschriften unterstützt wurden, zielten auf sofortigen Ausbau der Mensa-Neubau ruine, auf Verlängerung der Ausgabzeiten in den alten Mensen und Anstellung von mehr Personal.

Anzeige



 De Wenzel Verlag GmbH 41 Duisburg 12, Pothmannstraße 12 Telefon (0 21 31) 46 00 21/22	
TAGESZEITUNG <input type="checkbox"/> Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als TAGESZEITUNG für mindestens 3 Monate <small>(Abonnementpreis monatlich DM 7,—)</small>	WOCHENZEITUNG <input type="checkbox"/> Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als WOCHENZEITUNG für mindestens 1 Jahr <small>(Abonnementpreis vierteljährlich DM 6,50)</small>
BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN	
Name _____	
Vorname _____	
PLZ _____	Ort _____
Straße und Hausnummer _____	
Beruf _____	
Datum _____	Unterschrift _____

Sozialistischer Hochschulbund gestärkt – Festhalten am Prinzip der Aktionseinheit

„Die 14. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung (BDV) vom 17. bis 18. November in Bonn hat ebenso wie der Kongreß ‚August Bebel und die Sozialdemokratie heute‘, den der SHB am 16. November 1973 durchführte, eindrucksvoll die politische Stärke und Geschlossenheit des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) demonstriert.“

Diese Erklärung des neugewählten Bundesvorstands des SHB (vgl. auch das Interview mit dem neuen Bundesvorsitzenden Bernhard Braun in diesem Heft) ist zweifellos realistisch. Man denke einmal an die vielen Spekulationen, die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit über den SHB verbreitet wurden: Wird er vor der rechten SPD-Führung, der Baracke, zu Kreuze kriechen und sein prinzipielles Eintreten für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten aufgeben? Oder wird er es auf einen offenen Krach sogar mit dem Bundesvorstand der Jungsozialisten ankommen lassen?

Keine Korrektur der erfolgreichen Politik

Die 14. BDV des SHB hat in Verbindung mit dem Bebel-Kongreß allen Spekulant und Kaffeesatzlesern den Boden unter den Füßen weggezogen. Der SHB hat keinerlei Korrektur an seiner Politik, die auf dem vor einem Jahr verabschiedeten Grundsatzprogramm basiert, vorgenommen. Er hat sie jedoch — auf dem Bebel-Kongreß — weiter theoretisch untermauert und — auf der BDV — weiter konkretisiert, furchtbar gemacht für die Vertiefung seines Masseneinflusses unter den Studenten. Der SHB hat sich das nicht leicht gemacht. Doch die intensiven Diskussionen auf der BDV waren auch dort, wo sie kontrovers geführt wurden, stets getragen vom Willen zur Einheit und zur Stärkung der Positionen des SHB an den Hochschulen und in der Sozialdemokratie. Mit den Beschlüssen der Bundesdelegiertenversammlung, vor allem den hochschulpolitischen Thesen, den „7 Punkten zur Zusammenarbeit von SHB und Sozialdemokratie“ sowie dem Aufruf an die Studenten der Bundesrepublik hat der SHB seine grundsätzlichen Positionen bekräftigt und zugleich seine Stellung in der Studentenbewegung und in der Sozialdemokratie detailliert zum Ausdruck gebracht: Der SHB, der sich aufgrund des juristischen Drucks der SPD-Führung nunmehr „Sozialistischer Hochschulbund“ nennt, ist die Organisation der fortschrittlichen sozialdemo-

kratischen Studenten und bemüht sich darum, insbesondere die sozialdemokratisch beeinflussten Studenten in den antiimperialistischen Kampf einzubeziehen. Er arbeitet eng mit anderen fortschrittlichen sozialdemokratischen



KONGRESS
AUGUST BEBEL UND
DIE SOZIALDEMOKRATIE
HEUTE
BONN 16. NOV. 1973

Organisationen, wie den Jungsozialisten und den Falken zusammen und kämpft für die Zurückdrängung des Einflusses der rechten SPD-Führung in der Sozialdemokratie. Der SHB setzt sich prinzipiell für die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten ein und sieht sich in dieser Haltung be-

stärkt durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von SHB und MSB Spartakus in den Hochschulen.

Wer darf sich auf Bebel berufen?

Aber sehen wir uns den Verlauf der Bundesdelegiertenversammlung und des Bebel-Kongresses einmal der Reihe nach an. Auf dem Bebel-Kongreß machte der SHB deutlich, daß er als ein Bestandteil der fortschrittlichen Sozialdemokratie sich mit seiner Programmatik und Praxis der Tradition der revolutionären Sozialdemokratie sieht und erteilte allen Versuchen der SPD-Führung eine scharfe Absage, sich in ihrer auf die Erhaltung des Imperialismus gerichteten Politik auf August Bebel zu berufen. Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland, die Beiträge fortschrittlicher Wissenschaftler, wie Abendroth, Stuby und Fülberth, verdeutlichten das politische Gewicht und das Ansehen des SHB. Es ging dem SHB mit dem Bebel-Kongreß nicht um Denkmalspflege, sondern er wollte „die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung für die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik und der Sozialdemokratie heute... ziehen“. (Aus der Erklärung des SHB-Bundesvorstands.) Der stellvertretende Vorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehnendorff, hob in seinem Beitrag das kompromißlose Wirken August Bebels gegen Imperialismus und Militarismus, für die revolutionären Prinzipien des Marxismus und gegen den Revisionismus hervor. Er betonte, daß die SPD seit 1914 mit den Grundsätzen August Bebels gebrochen hat. „Der Spartakus-Bund, die Kommunistische Partei Deutschlands und heute die Deutsche Kommunistische Partei — das waren und sind die Parteien, die die revolutionären Traditionen August Bebels in der deutschen Arbeiterbewegung fortsetzten und fortsetzen.“ Genosse Lehnendorff würdigte den Bebel-Kongreß als eine machtvolle Bestätigung dafür, daß auch in der Sozialdemokratie die Ideen des Sozialismus nicht tot zu kriegen sind.

Dieser Bebel-Kongreß war der erfolgreiche Abschluß der Tätigkeit des bisherigen SHB-Bundesvorstands, der am darauffolgenden Tag, zu Beginn der Bundesdelegiertenversammlung in seinem politischen Bericht von Delegierten und den in- und ausländischen Gästen eine positive Bilanz der Arbeit des Verbandes ziehen konnte. 16 neue SHB-



Gruppen wurden gegründet, mit 215 Fachbereichsgruppen hat sich der Verband noch fester an den Hochschulen verankert. Mit dem AStA der Universität Konstanz, in den 2 Tage vor der BDV Genossen von SHB und Spartakus von den Studenten gewählt wurden, ist der SHB in 48 ASten vertreten, in 32 gemeinsam mit dem MSB.

Zentralthema: Studentischer Massenkampf

Die BDV sah eine zentrale Aufgabe ihrer Arbeit darin, darüber zu beraten, wie sozialdemokratische Studenten stärker in den Kampf für ihre eigenen Interessen einbezogen, wie sie noch überzeugender auf das gemeinsame Handeln mit der Arbeiterklasse orientiert werden können. Im Mittelpunkt der BDV stand deshalb die Diskussion und Verabschiedung der hochschulpolitischen Thesen des SHB. In diesen Thesen geht der SHB auf brennende Fragen der Weiterentwicklung des Kampfes an den Hochschulen ein, vor die sich heute viele sozialdemokratisch beeinflusste Studenten gestellt sehen. „Diese Studenten“, konnte der Vorsitzende des MSB Spartakus, Christoph Strawe, in seinem Grußwort an die BDV deshalb bekräftigen, „suchen positive Antworten auf die Tages- und Zukunftsfragen der Studentenbewegung, ohne deswegen aufzuhören, mit der Sozialdemokratie zu sympathisieren, sie unterstützen den SHB, weil er solche Antworten zu bieten hat. Das beweisen auch die eben verabschiedeten hochschulpolitischen Thesen, zu denen wir euch herzlich gratulieren.“

Um die umfangreichen Aufgaben der BDV zu bewältigen und die eigenen Positionen eingehend zu klären, wurden

die Thesen und andere hochschulpolitische Anträge in Arbeitsgruppen zum Sozialkampf, zur Hochschulformierung und zum Abbau demokratischer Rechte intensiv diskutiert. Gruppen berichteten über erste Erfolge in der Sozialkampagne des vds, „500 DM BAFÖG-Höchst-satz und 1200 DM Elternfreibetrag sofort“. Am Beispiel der Aktion demokratische Hochschule zeigten Genossen aus Bayern, wie die Zusammenarbeit von Studentenschaft und Gewerkschaft in der Praxis aussehen kann. Im Bericht der Arbeitsgruppe gegen den Abbau demokratischer Rechte wurde die erfolgreiche Politik der Aktionseinheit im Kampf gegen die Berufsverbote am Beispiel des Falls Rolf Geffken hervor-gehoben.

Internationale Anerkennung

Auch der Internationalismus des SHB konnte verstärkt werden. Die zahlreichen ausländischen Delegationen bestätigten das gewachsene Ansehen des SHB auf der internationalen Ebene. Freundschaftsverträge wurden mit sozialdemokratischen Bruderorganisationen Finnlands und Österreichs geschlossen, mit dem Studentenrat der UdSSR wurde eine Vereinbarung zur intensiveren Zusammenarbeit getroffen, eine Vereinbarung mit der FDJ wurde in Aussicht genommen.

Mit Sprechchören begrüßten die Delegierten Francesco Allende, den Neffen des ermordeten Präsidenten. Er überbrachte die Grüße des sozialistischen Jugendverbands Chiles und des gesamten kämpfenden chilenischen Volkes. Der SHB verpflichtete sich, seine Chile-Solidarität zu verzehnfachen!

Mit Anträgen zum Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte, zur verstärkten

materiellen und politischen Solidarität mit den indochinesischen Völkern und der Forderung nach einer dauerhaften Friedensregelung im Nahen Osten auf der Basis der UNO-Resolution 242 von 1967 setzte sich der SHB weitere Schwerpunkte in der antiimperialistischen Solidarität.

Mit Hilfe eines umfangreichen Schulungsprogramms, so beschloß die BDV, soll die marxistische Bildungsarbeit im SHB spürbar verbessert werden. Als „integraler Bestandteil der gesamten politischen Arbeit des Verbandes“ soll die Schulung zur „ideologischen Vereinheitlichung des Verbandes beitragen“ und das wissenschaftliche Fundament zur Entwicklung der Massenarbeit des SHB sein.

Verhältnis SHB – SPD

Große Aufmerksamkeit schenkten die Delegierten auf der BDV der Diskussion der Rolle des SHB in der Sozialdemokratie und seines Verhältnisses zur SPD. Es ging darum, die in der Grundsatz-erklärung dazu niedergelegten Aussagen für die tägliche Arbeit zu konkretisieren. Kein Delegierter äußert sich dahingehend, daß die Grundsatz-erklärung revisionsbedürftig sei. Allerdings rückten manche Delegierte die Arbeit innerhalb der SPD für den SHB sehr stark in den Mittelpunkt und betrachteten die Verankerung des SHB unter den studentischen Massen vor allem als Instrument zur Stärkung der Positionen des SHB innerhalb der SPD. Dem hielten andere Delegierte die überragende Bedeutung des Massenkampfes für die Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft entgegen und kritisierten die erstgenannte Auffassung als einseitig und z. T. sogar gefährlich für



Glückwünsche des alten Bundesvorstands für den neuen. Ihm gehören an als Bundesvorsitzender Bernard Braun (Unif Marburg), als stellvertretende Bundesvorsitzende Wolfgang Wulf (PH Oldenburg) und Edgar Wöltje (HfW Bremen; auf dem Foto rechts) sowie Horst Heldtmann (Foto ganz links) und Wilfried Stuckmann (2. von rechts).

die Eigenständigkeit des SHB. In der Diskussion schälte sich immer deutlicher heraus: Im SHB organisieren sich die fortschrittlichen sozialdemokratischen Studenten. Der SHB ist deshalb ein untrennbarer Bestandteil sowohl der Studentenbewegung als auch der Sozialdemokratie. Er kämpft für den Aufschwung und die Einheit der Studentenbewegung und wendet sich dabei insbesondere an alle diejenigen Studenten, die ebenfalls Sozialdemokraten sind oder sich mit der Sozialdemokratie verbunden fühlen. Zugleich sieht der SHB wie alle fortschrittlichen Sozialdemokraten seine Aufgabe darin, zur Stärkung der linken, sozialistischen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie und besonders der SPD beizutragen. Als politischer und organisatorischer eigenständiger Verband, auf der Grundlage seiner beschlossenen Programmatik strebt er deshalb, wie die Formulierung in dem dann beschlossenen Antrag lautete, „zu anderen fortschrittlichen sozialdemokratischen Organisationen besonders enge und freundschaftliche Beziehungen an. Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten“. Die Diskussion wurde abgeschlossen durch die Zustimmung einer breiten, überzeugenden Mehrheit, zu den 7 Punkten zur Zusammenarbeit von SHB und SPD (siehe auch Kasten).

Die Beschlüsse der BDV beweisen, wie Christoph Strawe in seinem Grußwort ausführte, „erneut die Lebenskraft einer Organisation wie des SHB, die im linken Flügel des sozialdemokratischen Spektrums eigenständig eine konstruktive antimonopolistische Politik entwickelt, sich von allen möglichen Abgrenzungsforderungen nicht verrückt machen läßt, sondern einfach daran geht, die sozialdemokratisch beeinflussten

Studenten in den antiimperialistischen Kampf einzubeziehen“. Aufgrund der juristischen Angriffe des SPD-Parteivorstandes auf die bisherige Führung des Namens „sozialdemokratisch“, die den SHB finanziell schwer belastet haben und dadurch in seiner politischen Arbeit behinderten, beschlossen die Delegierten einstimmig die Umbenennung des Verbandes in „Sozialistischer Hochschulbund (SHB)“. Ausdrücklich betonte die BDV, „daß mit der Namensführung keine Änderung der Politik des Verbandes verbunden ist; der SHB ist und bleibt fester Bestandteil der Sozialdemokratie“. Zum Scheitern der Versuche der SPD-Führung, den SHB per Namensentzug finanziell auszutrocknen und politisch zu liquidieren, sagte Christoph Strawe in seinem Grußwort: „An der Frage der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten scheiden sich in der Sozialdemokratie die Geister. Das Schmerzhafte für die rechte SPD-Führung an eurer Entwicklung ist ja nicht nur allgemein eure Absage an die prokapitalistische Politik der Baracke und der Bundesregierung, sondern besonders euer prinzipielles Bekenntnis zur Aktionseinheit mit Kommunisten, eure Politik der Aktionseinheit mit dem MSB Spartakus und die Tatsache, daß diese Politik erfolgreich ist, daß es zu dieser Politik in der Studentenbewegung keine Alternative gibt.“

BDV-Beschlüsse sind gute Basis zur weiteren Zusammenarbeit

Diese Bundesdelegiertenversammlung ist, ebenso wie der Bebel-Kongreß sicherlich ein wichtiges Ereignis für den SHB, denn sie gab konkrete Antworten auf die Fragen, die sich einer fort-

Auszug aus „7 Punkte“ zur Zusammenarbeit von SHB und SPD

Der SHB erklärt ausdrücklich, daß der Platz sozialdemokratischer Studenten im SHB ist. Er sieht in der Gründung von Juso-Hochschulgruppen die Gefahr der Spaltung der fortschrittlichen sozialdemokratischen Kräfte an den Hochschulen. Wo solche Gruppen bestehen, strebt der SHB eine solidarische Zusammenarbeit bei der Vertretung der Interessen der Studenten an. Durch eine solche Zusammenarbeit muß verhindert werden, daß die Juso-Hochschulgruppen von den integrationistischen Kräften in der SPD zu Instrumenten der Spaltung der Studentenbewegung und zur Integration fortschrittlicher Studenten in die Politik der Rechtssozialdemokratie mißbraucht werden.

„... Der SHB arbeitet als politisch und organisatorisch eigenständiger Verband auf der Grundlage seiner beschlossenen Programmatik. Er strebt zu anderen fortschrittlichen sozialdemokratischen Organisationen besonders enge und freundschaftliche Beziehungen an. Das gilt insbesondere für die Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten. Die 14. o. BDV des SHB bekräftigt aus diesem Grunde das gemeinsame Kommuniqué zwischen dem BuVo der Jusos und dem Bundeszentralrat des SHB vom 10. Juni 1972, in dem es heißt, „daß es allen Jungsozialisten in den Hochschulgruppen des SHB möglich ist, die politischen Vorstellungen, wie sie in den Beschlüssen der Kongresse der Jungsozialisten niedergelegt sind, zu vertreten und in die politische Willensbildung einzubringen.“ Der SHB hält die Mitarbeit von noch mehr Jusos im SHB für notwendig und intensiviert seine diesbezüglichen Bemühungen. Zwischen den Strategiekongreßbeschlüssen der Jusos und den Beschlüssen des SHB bestehen keine prinzipiellen politischen Widersprüche.

Der SHB wird den ideologischen Kampf in der Sozialdemokratie verstärken und in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen rechtssozialdemokratischen, reformistischen und integrationistischen Positionen einen Beitrag zu Verankerung marxistischer Theorie und Praxis in der bundesrepublikanischen sozialdemokratischen Bewegung leisten. Die SHB-Mitglieder werden aufgefordert, sich an der allgemeinen innerparteilichen Auseinandersetzung in der SPD zu beteiligen und die fortschrittlichen Kräfte zu unterstützen...“

schrittlichen sozialdemokratischen Studentenorganisation in ihrem täglichen Kampf für die Stärkung der antiimperialistischen Studentenbewegung und der sozialistischen Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie stellen. Die Tatsache, daß die Beschlüsse der BDV konsequent auf dem Grundsatzprogramm des SHB aufbauten, macht diese BDV zu einem wichtigen Beitrag des SHB zur Entwicklung des gemeinsamen Handelns der Studenten, zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Studentenbewegung überhaupt. Die Beschlüsse bieten deshalb eine gute Grundlage für den SHB, seine Zusammenarbeit mit dem MSB Spartakus fortzusetzen und zu vertiefen. Daß diese Zusammenarbeit nicht wie Manna vom Himmel fällt, sondern immer wieder der gründlichen Vorbereitung bedarf — auf diese Erfahrung verwies Christoph Strawe in den abschließenden Sätzen seines Grußwortes: „Wir sind zwei verschiedene Organisationen, die sich vor allem darin unterscheiden, daß sie verbunden sind mit zwei großen, unterschiedlichen Bewegungen — der Sozialdemokratie und des Kommunismus. Da ist es schon notwendig, immer wieder, und zwar rechtzeitig, über grundsätzliche Fragen unserer Zusammenarbeit, unserer gemeinsamen Politik an den Hochschulen zu sprechen. Die Probleme der Studentenbewegung müssen wir im konstruktiven, solidarischen Gespräch lösen, sonst kann es leicht, wenn es auf unsere Aktionseinheit ankommt, zu Hektik und bösem Blut kommen. Falls Genossen des MSB Problemen unserer Zusammenarbeit durch Inaktivität ausweichen wollen, gebt ihnen einen kräftigen Tritt — mit einem schönen Gruß von uns. Aber natürlich sind wir auch für das gegenseitige Vorantreiben! In diesem Sinne: Vorwärts mit dem SHB! Vorwärts mit dem MSB! Vorwärts mit der demokratischen Studentenbewegung!“

rote-blätter-Interview mit dem neuen SHB-Bundesvorsitzenden Bernard Braun

Die Erfolge unseres gemeinsamen Kampfes sichern und ausbauen

rote blätter: Genosse Braun, am 17./18. November habt ihr eure 14. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung durchgeführt, auf der du zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurdest. Wie beurteilst du den Verlauf eures Kongresses?

SHB: Um diese Frage angemessen zu beantworten, muß ich kurz auf die 12. und 13. BDV eingehen.

So sind auf der 12. o. BDV nach langer, teilweise von den konkreten Kampfaufgaben ablenkender Diskussion, die linkssektiererischen Gruppen aus unserem Verband ausgetreten. Ein erster Schritt zur Vereinheitlichung der SHB war damit getan.

Ihren inhaltlichen Niederschlag und die Grundlage zur weiteren Stärkung des SHB als relevantem Faktor der demokratischen Studentenbewegung fand diese Entwicklung im, auf der 13. o. BDV verabschiedeten, Grundsatzprogramm.

Es wurde durch die alltägliche Umsetzung in den Kämpfen der demokratischen Studenten Grundlage der wachsenden Verankerung des SHB an den Hochschulen innerhalb des letzten Jahres. So verfügt der SHB heute über 80 Gruppen mit 3000 Mitglieder, und arbeitet in 48 Ästen aktiv mit.

Doch nicht nur diese positive Feststellung konnte auf der BDV gemacht werden. Auch im Rahmen des antiimperialistischen Kampfes gelang es uns, Marksteine zu setzen. Sichtbar wurde dies an der Beteiligung von 14 Delegationen von Bruderorganisationen aus Westeuropa, von Gästen aus den sozialistischen Staaten und vor allem auch durch die Anwesenheit und die Rede von Francesco Allende, dem Neffen des ermordeten chilenischen Präsidenten.

Vereinbarungen und Freundschaftsverträge z. B. mit dem Studentenrat der UdSSR oder der finnischen sozialdemokratischen Studentenorganisation (SONK), sowie des Verbandes Sozialdemokratischer Studenten Österreichs (VSSTÖ), zeigen die gewachsene internationale Anerkennung des SHB auf und werden das antiimperialistische Bündnis und den antiimperialistischen Kampf des SHB weiter vorantreiben. Die weitere Beurteilung ist abhängig zu machen von den Antworten, die wir auf die sich verschärfende Formierungsten-

denzen im Bildungsbereich gegeben haben. Die 14. o. BDV verabschiedete hierzu Thesen zum hochschulpolitischen Kampf, die zusammen mit den Anträgen zur demokratischen Studienreform und weiteren hochschulpolitischen Anträgen eine klare Antwort und Kampfperspektive für die kommenden Kämpfe der Studenten geben. Der SHB geht aus den Beratungen der BDV gestärkt und geschlossen hervor und wird die gewerkschaftlich orientierten Massenkämpfe weiter vorantreiben.

rote blätter: Eure BDV fand zu einer Zeit statt, in der immer mehr Studenten bereit sind, den Kampf aufzunehmen für ihre politischen und sozialen Interessen, gegen die Formierung von Wissenschaft und Ausbildung durch die Herrschenden. Wie habt ihr dieser Tatsache Rechnung getragen und welche Ergebnisse hatte eure Diskussion?

SHB: Dies trifft ohne Zweifel zu, und die BAFÖG-Kampagne und erste Aktionen gegen das HRG kündigen das weitere Anwachsen dieser Bewegung an.

Dabei ist es das wichtigste Ziel des demokratischen Massenkampfs und zugleich seine Erfolgsbedingung, die Aktionseinheit der Studenten und ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse auf der Grundlage gemeinsamer fortschrittlicher Interessen zu entwickeln. Um dies zu leisten und dem Kampf der Studenten eine wirkungsvolle Kraft zu verleihen, diskutierten wir anhand der bereits erwähnten hochschulpolitischen Thesen und des Studienreformenantrags ausführlich die Aufgaben des SHB als sozialistischer Studentenorganisation. Als Ergebnis ist für verschiedene Anträge zusammenzufassen, daß wir in der Umsetzung von spontaner Empörung in politische Bewegung, in der kämpferischen Entfaltung der Interessen der Studenten jeweils die Kampfbedingungen einzuschätzen haben, den Kampfgegner konkret bestimmen und Kampfziele und -schritte angeben müssen. Hierzu sind in den wichtigsten Fragen von der BDV klare Antworten gegeben worden. Wenn wir im „Aufruf an die Studenten“ alle sozialdemokratischen Studenten aufrufen, sich im SHB zu organisieren, ist dies nicht ein Akt der politischen Zufälligkeit, sondern wir betrachten es als unsere Aufgabe, im demokratischen Massenkampf immer mehr Studenten für den Kampf um die sozialistische Demokratie zu gewinnen. Das heißt aber zugleich, daß wir sie aufrufen im

vds-press
Nr. 53 19. 11. 73

WIR MACHEN DIE RECHNUNG AUF!



SHB als eigenständiger marxistischer Organisation im Rahmen der sozialdemokratischen Bewegung zu arbeiten.

rote blätter: Ihr habt Euch auf dieser BDV in „Sozialistischer Hochschulbund“ umbenannt, nachdem der Parteivorstand der SPD meinte, auf administrativem Wege feststellen zu müssen, wer sozialdemokratische Politik betreibt.

SHB: Diese Namensumbenennung ist unter juristischem und politischem Aspekt näher zu betrachten.



Bernhard Braun, der neue Vorsitzende des SHB.

Nach langem, vor den Gerichten und mit politischen Mitteln geführtem Kampf mit dem rechtssozialdemokratischen PV mußten wir an der juristischen Flanke aufgeben, da wir nicht über die finanziellen Mittel verfügen, weiter zu prozessieren und gleichzeitig politisch zu arbeiten. Der politische Kampf gegen die Rechtssozialdemokratie geht aber um so intensiver weiter. Bereits in den letzten Monaten haben wir eine breite Solidarität aus den Reihen der Sozialdemokratie erfahren und bemerkten dies auch auf unserem Bebelkongreß. Dieser Kongreß zeigte zudem klar, welche Teile der heutigen Sozialdemokratie das revolutionäre Erbe der Partei Bebel und wer die Interessen der arbeitenden Bevölkerung heute vertritt und dafür kämpft.

In einem 7-Punkte-Programm zur Sozialdemokratie wurde von der BDV auch unmißverständlich festgestellt, daß unsere Politik nicht geändert wird, daß wir weiterhin sozialistische Theorie und Praxis in und mit der fortschrittlichen Sozialdemokratie konsequent weiterentwickeln. Konkret bedeutet dies eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen sozialdemokratischen Organisationen wie den Jusos, den Falken und der AFA in allen Fragen des demokratischen Kampfes.

Die Verankerung des SHB und die zukünftigen Inhalte sozialdemokratischer Politik hängen dabei wesentlich von unserer konkreten politischen Arbeit ab.

rote blätter: Das Bündnis unserer beiden Verbände, des SHB und des MSB Spartakus, im VSD, in vielen Asten und Fachschaften hatte entscheidenden Anteil an der gewachsenen Stärke der demokratischen Studentenbewegung. Welche Bedeutung meßt Ihr dem gemeinsamen Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten bei und wie wird sich die Zusammenarbeit unserer Organisationen weiterentwickeln?

SHB: Ich habe bereits oben von der Notwendigkeit der Aktionseinheit aller fortschrittlichen Studenten gesprochen und will dies auch zur Grundlage der Antwort zum gemeinsamen Handeln von fortschrittlichen Sozialdemokraten und Kommunisten machen.

Die Einheit in der Aktion ergibt sich aus gemeinsamen objektiven Interessen an einer materiell abgesicherten Ausbildung, an einer Demokratisierung der Gesellschaft etc. Dies bedeutet, daß im Kampf für solche Ziele und gegen das Monopolkapital als treibender Kraft der materiellen Misere und des Abbaus demokratischer Rechte über Meinungsunterschiede ideologischer, weltanschaulicher oder politischer Art hinweg ein gemeinsamer Kampf auf gleichen Grundlagen geführt werden kann und muß.

Hierbei kommt dem Bündnis von Sozialdemokraten und Kommunisten, kommt dem Bündnis von SHB und MSB grundlegende Bedeutung zu. Nicht eine profilneurotische Zersplitterung, sondern unser geschlossenes Vorgehen bietet die Perspektive eines erfolgreichen Kampfes.

Grundlagen sind uns in der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung gegeben, wie sie in unseren Grundsatzdokumenten entwickelt ist, und wie sie in vielen Asten und im VSD seit Semester erfolgreich praktiziert wird.

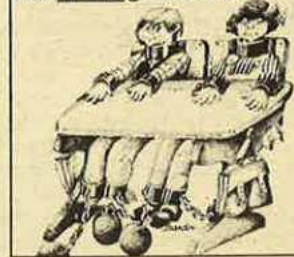
Dies bedeutet aber auf der anderen Seite nicht, daß wir Meinungsunterschiede zwischen unseren Organisationen unter den Teppich kehren sollten. So wird der SHB insbesondere nach der 14. o. BDV verstärkt das Ziel angehen, demokratische Studenten für den organisierten Kampf im SHB als Teil der fortschrittlichen Sozialdemokratie zu gewinnen und dies durch seine konkrete Politik zu erreichen suchen, ebenso wie der MSB dies in Hinblick auf seine Stärkung und die Stärkung der DKP berechtigterweise tut.

Diese beiderseitige Stärkung ist auch Grundstock der intensivierten gemeinsamen Aktionen, die wir in der nächsten Zeit gegen das reaktionäre HRG, gegen die Versuche von rechts, die Organe der verfaßten Studentenschaft zu zerschlagen und gegen den Abbau demokratischer Rechte in Gestalt der Verschärfung und Ausdehnung von Berufsverboten durchführen müssen.

Hierbei gilt es die Erfolge, die unsere gemeinsame Kampffront bisher erreichte, zu sichern und weitere Kampfpositionen zu erringen.

5. betrifft: erziehung

Der heimliche Lehrplan
Was wirklich gelernt wird



betrifft: erziehung ist die Fachzeitschrift für Erziehung und Bildungspolitik mit der höchsten Auflage in der BRD. b: e setzt die Ergebnisse der Wissenschaft um in lesbare Informationen.

Themen 1973

Heft 4

Pädophilie:

Verbrechen ohne Opfer

Heft 5

Der heimliche Lehrplan,

Was wirklich gelernt wird

Heft 7

Die Methode Paulo Freire,

Pädagogik der Dritten Welt

Heft 8

Hessische Rahmenrichtlinien,

Eine Bestandsaufnahme

Heft 9

TV Vorschule

Heft 10

Spracherziehung

b: e erscheint jeden Monat. Einzelheft DM 4,-/Jahresabonnement DM 40,- Studenten DM 29,- Fragen Sie Ihren Buchhändler oder fordern Sie ein kostenloses Probeheft an: Beltz Verlag, 694 Weinheim, Postfach 1120

Gutschein

1 kostenloses Probeheft

betrifft: erziehung

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße

159

Bildungsfragen sind Machtfragen, Interessenfragen, Klassenfragen*)

Daß Bildungspolitik zunehmend zu einem wichtigen Brennpunkt der Klassenausinandersetzungen wird, das zeigen nicht nur die Kontroversen um die Reform der beruflichen Bildung und das Hochschulrahmengesetz, das demonstrieren auch einige bildungs- bzw. hochschulpolitische Kongresse und Konferenzen in der letzten Zeit. Von besonderem Interesse dabei sind die bildungspolitischen Kongresse der Jungsozialisten vom 2. bis 4. November in Saarbrücken und des DGB vom 6. bis 8. November in Essen.

DGB: Bildungsreform gegen die Kapitalinteressen durchsetzen

Schon an der Reaktion des Gegners der Arbeiterklasse, des organisierten Großkapitals, läßt sich einiges über die Aussage der DGB-Konferenz ablesen: So schrieb beispielsweise der „Kurznachrichtendienst“ des Arbeitgeberverbands am 13. 11. unter der Überschrift „Bildungsreform — Wegbereiter des Klassenkampfes?“: „Stärker noch als dies schon in früheren DGB-Veranstaltungen zum Ausdruck kam, demonstrierte die Bildungspolitische Konferenz des DGB vom 6. bis 8. November 1973 in Essen die Ideologisierung der Gewerkschaften in Bildungsfragen. Ganz offensichtlich wird Bildungsreform zunehmend vom DGB als Instrument der Gesellschaftsveränderung verstanden. Bedenklich stimmen muß die bei den Konferenzteilnehmern zu beobachtende Tendenz zur parteiichen Orientierung der Bildung überwiegend an den Interessen der Lohnabhängigen.“

Es ist sicherlich nicht falsch, zu konstatieren: Der DGB orientiert sich stärker auf die Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen; er erkennt zunehmend, daß nur eine Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Gunsten des Großkapitals eine demokratische Bildungsreform ermöglichen kann.

So wurde im Referat des GEW-Kollegen Ernst Reuter richtig herausgearbeitet, daß demokratische Qualifikationen und solidarische Verhaltensweisen nicht nur im Bildungssystem durchgesetzt werden müssen. Er sprach davon, daß Reformen unter dem Gesichtspunkt gesellschaft-

licher Macht reflektiert werden müßten. Martin Baethge (Göttingen) formulierte diesen Zusammenhang noch pointierter: Nur die Emanzipation der Arbeiterklasse aus ihrer Stellung als Anhängsel der Maschine könne eine wirkliche Beseitigung der Ungleichheiten im Bildungswesen bewirken. „Deswegen beginnt auch eine Demokratisierung des Bildungswesens mit einer Demokratisierung der Produktion.“

*) Dohnanyi als Klassenkämpfer ...?

Wissenschaftsminister Dohnanyi scheint sich auf die guten Traditionen der Sozialdemokratie als einer klassenkämpferischen Arbeiterpartei zu besinnen.

Aber nur auf der DGB-Bildungskonferenz vom 6. bis 18. 11. in Essen. Dort tat er nämlich den historischen Ausspruch:

Steht also jetzt ein Hochschulrahmengesetz ins Haus, das weitgehende Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften sichert, den arbeiterfeindlichen ne beseitigt, die Ausbildungsziele statt an den bornierten Verwertungsinteressen des Kapitals, an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert?

Mitnichten.

Oder haben die Herren vom Bundesverband der Deutschen Industrie, die

Besonders in dem Referat von Prof. Lutz Dietze (Bremen) wird — anhand von Schulbuchzitaten — belegt, wie die Bildungsverfassung unserer Gesellschaft ihren Machtverhältnissen, nicht aber den Bedürfnissen der in ihr Arbeitenden und Lernenden entspricht.

Über diese Einschätzung darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß hinsichtlich der Politik der Bundesregierung und des kapitalistischen Staates noch falsche Auffassungen vertreten wurden. Inkonsistenzen und Unklarheiten waren besonders deutlich beim Problem der Bildungsfinanzierung. Der Referent Jürgen Kunze von dem Max-Planck-Institut in Berlin-West versuchte den anwesenden Delegierten individuellen Konsumverzicht zugunsten der Finanzierung der „Gemeinschaftsaufgaben“ schmackhaft zu machen. In den Beschlüssen der Konferenz allerdings werden die höhere Besteuerung von Großeinkommen und die Senkung der Rüstungslasten als mögliche und notwendige Finanzierungsquellen genannt.

Wichtige Forderungen des DGB zur Bildungsreform wurden auf dieser Konferenz bekräftigt, konkretisiert bzw. weiterentwickelt. Um nur stichwortartig zu nennen: Die Forderung nach einer materiell gesicherten Ausbildung, einer kostendeckenden Ausbildungsförderung, Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betroffenen in allen Bereichen des Bildungswesens, die Beseitigung des Numerus clausus, vor allem in Medizin und lehrerbildenden Fächern, Beseitigung der Benachteiligung der Arbeiterkinder, die Parteinahme für die abhängig Arbeitenden bei der Bestimmung von Lernzielen, die Ablehnung einer weiteren Hierarchisierung des Ausbildungssystems.

Auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieser Forderungen wurden erarbeitet. Insbesondere will der DGB auf die Intensivierung der Arbeitskreise Schule und Gewerkschaft orientieren.

Insgesamt ist festzustellen, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund mit sei-

den Dohnanyi-Entwurf grundsätzlich begrüßt haben, in ihrer ganzen Blödsinnigkeit nicht erkannt, daß es ihnen an den Kragen geht? Doch man täte KvD unrecht, ihm vorzuwerfen, er führe nicht den Klassenkampf.

Mit dem Gerede von der Beschneidung der Konzernprofite zur Finanzierung der Bildung muß Schluß sein — meint er. Er sucht die Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU.

Und von einer klaren Stellungnahme aus seinem berufenen Munde zu der Neuauflage der Wilhelmischen Sozialistengesetze — der Ministerpräsidentenbeschlüsse über die Berufsverbote — ist bislang nichts bekannt. Fazit: KvD soll seine Sprüche auf der nächsten BDI-Tagung loslassen. Dort ist er glaubwürdiger.

...für die Bourgeoisie!

nen Vorstellungen zur Bildungspolitik, mit den 23 Thesen zur Hochschulreform und den Ergebnissen dieser Konferenz einen sehr bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung und Durchsetzung einer demokratischen Alternativpolitik zur reaktionären Formierungspolitik des Großkapitals im Bildungssektor geleistet hat. Für die demokratische Studentenbewegung ist das bildungspolitische Engagement der Gewerkschaften von sehr großer Wichtigkeit. Insbesondere

wird es jetzt die Aufgabe der fortschrittlichen Studenten sein, sich mit den Ergebnissen der Essener Konferenz des DGB zu beschäftigen und alle Anknüpfungspunkte für das gemeinsame Vorgehen von Lohnabhängigen und Studenten zu nutzen. Die Essener Konferenz des DGB zeigt einmal mehr: Zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung des vds, der verfaßten Studentenschaft, gibt es keine Alternative.

Juso-Bildungskongreß: Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück

Die Reaktion der bürgerlichen Presse auf den Juso-Bildungskongreß reicht von der Angst über die „DKP-Nähe“ der Kongreßbeschlüsse (FAZ) über „Jungsozialisten in der Sackgasse“ (FR) bis zum Lob des sozialdemokratischen Vorwärts. Der Vorwärts-Publizist muß allerdings seiner Sorge Ausdruck ver-

leihen, daß die so gefürchtete Stamokap-Gruppe bei den Jusos oft bis an den Rand der Mehrheit reichte. In der Tat begannen die ersten Kongreßberatungen mit Überraschungen. Juso-Bundesvorstand und die Bildungskommission des Bundesvorstandes schlossen sich einer Beschlußvorlage der Landesverbände

Hamburg und Westberlin, die mehrheitlich von Juso-Linken (Stamokap-Gruppe) getragen wurde, an. So kam es, daß die in den verschiedenen Anträgen der Hamburger und Berliner enthaltene theoretische Einschätzung des Bildungswesens in der BRD als Tendenzbeschuß durchging. Tendenzbeschuß soll ausdrücken, daß sich ein Großteil der Delegierten doch nicht ganz wohl fühlten bei der Abstimmung des Hamburg-Westberliner Papiers. Immerhin: In diesem beschlossenen Antrag wird der Versuch einer marxistischen Analyse des Ausbildungssektors im Kapitalismus unternommen. So wird die Rolle des Staates an der Sicherung der allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals herausgearbeitet. So muß dieser Beschluß als Fortschritt gewertet werden ohne zu übersehen: Durch eine abstrakte Analyse kapitalistischer Bildungspolitik, die eine konkrete Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Kräften ausspart, wird auch in gewisser Weise die reaktionäre Bildungspolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in Schutz genommen. Dann erscheinen nur die Macht des Kapitals oder die Unternehmerminister von FDP als Hindernisse zu einer konsequenten demokratischen Bildungsreform. Nicht zuletzt drücken sich die Illusionen bei einem Großteil der Jungsozialisten über die Regierungspolitik auch in dem Vorwurf an die SPD aus, faule bildungspolitische Kompromisse mit der Reaktion zu schließen.

Natürlich kann selbst aus dieser Analyse eine unterschiedliche politische Praxis gefolgert werden. Es wird also abzuwarten sein, welche Konsequenzen die Jusos hier ziehen.

Weiter verabschiedeten die Jungsozialisten Grundsätze antikapitalistischer Bildungspolitik. In ihren Forderungen zur beruflichen Bildung setzten sie sich kritisch mit den „Markierungspunkten“ des Bundeswissenschaftsministeriums auseinander. Insbesondere forderten sie, den Einfluß des organisierten Kapitals, der Industrie- und Handelskammer auf die Berufsausbildung völlig auszuschalten und an deren Stelle die Berufsausbildung zu einer öffentlichen Aufgabe zu machen und sie unter die demokratische Kontrolle von Gewerkschaften, Schülern und Lehrern zu stellen. Zu den Grundsätzen bleibt insgesamt positiv hervorzuheben, daß durchgängig die Mitbestimmung der Organisation der Lohnabhängigen, der Gewerkschaften, die gezielte Förderung der Kinder aus sozial schwachen Schichten, vor allem Arbeiterkinder, die Parteinahme für die die lohnabhängigen Massen bei der Bestimmung der Reformziele gefordert werden. Dadurch ergeben sich sehr viele Übereinstimmungen mit den bildungspolitischen Vorstellungen des DGB und den Positionen anderer demokratischer Kräfte, wie der DKP und der SDAJ und der fortschrittlichen Studenten.

Die bei den Jungsozialisten vorhandenen Differenzen und Widersprüche traten offen zutage bei der Diskussion und Beschlußfassung des Hochschulteils in den „Grundsätzen“. Gegenüber standen sich die Auffassungen wie sie von den Juso-Linken und dem Sozialistischen



Hochschulbund vertreten werden und andererseits die Positionen der überwiegenden Mehrzahl der Juso-Hochschulgruppen. Offensichtlich in dem Bestreben, die Juso-Linken nicht zu stark werden zu lassen, favorisierte eine kleine Mehrheit der Delegierten die Juso-Hochschulgruppen, obwohl jüngst selbst der Bundesvorstand die Entwicklung dieser Gruppen als bedenklich bezeichnen mußte. In der Tat ist sie das, und daß deren konfuse Vorstellungen nunmehr zu einem Programmteil der Jungsozialisten erhoben wurden, bedeutet für die demokratische Massenbewegung an den Hochschulen keinen Fortschritt. Vielmehr spielen einige Kräfte bei den Juso-Hochschulgruppen, die exakt die Neuinszenierung des Niedergangs der früheren sozialistischen Fraktion im SHB proben und deshalb wohl nur eine kurze Gastrolle am Rande der Studentenbewegung spielen, eine durchaus schädliche Rolle für die Studentenbewegung. In einer Situation, in der ein wachsender Teil der Studenten den Kampf um seine sozialen, materiellen Interessen, um eine bessere Ausbildungsförderung aufnimmt, dient das Gerede von der Privilegierung der Massen der Studenten gegenüber den Arbeitern nur dazu, diesen Interessenkampf einzudämmen. Wen wundert es da noch, daß ein entsprechender Beitrag eines Juso-Mitgliedes über die privilegierte Stellung der Studenten von dem frenetischen Applaus von den Vertretern der SPD-Baracke und des Wissenschaftsministeriums begleitet war. Und das Wiederaufleben der These vom Herausbrechen der Intelligenz aus dem bürgerlichen Lager, der übersteigerte Antireformismus, der zur Ablehnung jeglicher antimonopolistischer Reformen führt, laufen nur auf eine Kapitulation vor der Übermacht des Kapitals und des Staates hinaus.

Irgendwie bezeichnend für die Juso-Massenarbeit ist, daß über den vorliegenden Entwurf eines Aktionsprogramms nicht länger debattiert wurde und dieses Aktionsprogramm auch nicht zur Verabschiedung kam. Exakte, klare Vorschläge zur Verwirklichung der bildungspolitischen Grundsätze fehlen also bisher.

Die Hauptschwäche der Jungsozialisten ist gegenwärtig nicht in ihrer Uneinigkeit zu sehen, sondern darin, daß sie die Aktionseinheit mit den Kommunisten oder den Kommunisten freundschaftlich verbundenen Kräften prinzipiell ablehnen und sogar auf die Schwächung der DKP, des MSB und der SDAJ hinarbeiten wollen. Den Jungsozialisten ist daher die Frage zu stellen, ob sie bei der Formulierung fortschrittlicher Forderungen nur sozialdemokratische Politik als wählbar profilieren wollen oder ob sie diese Forderungen auch durchzusetzen gedenken. Wenn das letztere der Fall sein sollte, dann darf man zumindest erwarten, daß sich die Jusos mehr Gedanken machen, wer die gleichen Forderungen wie sie vertritt und mit wem sie auf dieser Grundlage auch zusammengehen können. Es dürfte sich als fataler Irrtum erweisen, wenn die Jusos glauben, ihre Vorstellungen zur Ausbildung und zur Hochschulpolitik ohne die SDAJ und den MSB Spartakus verwirklichen zu können.

Interview mit dem LHV-Vorsitzenden Detlev Onlmen

„Antikapitalistische Zielperspektive“

Vom 16. bis 18. November fand eine Bundesdelegiertenversammlung des Liberalen Hochschulverbands statt, an der auch Mitglieder des Sekretariats des Bundesvorstands unseres Verbandes als Gäste teilnahmen und den liberalen Studenten versicherten, daß der MSB Spartakus ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen der Studenten hoch einschätzt, die die LHV-Gruppen vielerorts zeigen, — ohne daß wir, genauso wie sie, die Unterschiede, besonders auf ideologischem Gebiet übersehen würden. In seinen auf dieser BDV diskutierten und verabschiedeten Dokumenten bekennt sich der LHV zur Politik der gewerkschaftlichen Orientierung als notwendiger Grundlage, um die Organe der verfaßten Studentenschaften zu stärken. Er sucht die Zusammenarbeit, auch auf internationaler Ebene, zur Stärkung der anti-imperialistischen Solidarität, gegenwärtig besonders für die chilenischen Patrioten. Der MSB Spartakus wird, auch auf örtlicher Ebene, die Bemühungen um die Aktionseinheit der Studenten, um die Zusammenarbeit mit dem LHV verstärken. Zugleich werden wir auch die kameradschaftliche ideologisch-politische Diskussion mit den Freunden vom LHV führen.

rote blätter: Euer Verband nennt sich liberal. Nun fällt einem dazu eine Menge ein, z. B. „Sozialliberale Hochschulgruppen“ — spricht DSU — oder „sozialliberale“ Regierung. Was versteht Ihr unter dem Begriff „liberal“ in Eurem Namen?

LHV: Liberale Politik setzt sich zur Aufgabe, einen alle gesellschaftlichen Teil-Bereiche umfassenden Emanzipationsprozeß in Gang zu setzen und fortzuentwickeln. Der Emanzipationsprozeß ist derjenige historische Prozeß, der durch die Beseitigung der Abhängigkeit einzelner Menschen, gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Klassen von den Bedingungen der Natur vor Herrschaftsausübung durch Machteliten, die Verwirklichung von Freiheit möglich macht. Somit bedeutet Liberalismus für den LHV Kampf um

- Abbau von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im gesellschaftlichen Bereich, soweit als möglich,
- demokratische Gestaltung unvermeidlicher Abhängigkeitsverhältnisse durch Kontrolle, Delegation und Rücknehmbarkeit von Mandaten durch die Betroffenen,
- Verhinderung fortschreitender Verflechtung staatlicher und wirtschaftlicher Macht durch Arbeit in demokratischen Institutionen einerseits und an der Basis zur Bewußtseinsänderung der Gesellschaft andererseits.

Alle konkreten politischen Ziele und Forderungen dürfen nach Ansicht des LHV nur als Mittel zum obersten Ziel der Freiheit aller Mitglieder einer Gesellschaft aufgefaßt werden.

So sind z. B. Privateigentum an Produktionsmitteln, Erbrecht, Marktwirtschaft, Wettbewerb und wirtschaftliches Wachstum kein Wert an sich, sondern müssen danach beurteilt wer-

den, inwieweit sie den Freiheitsspielraum der Bevölkerung einengen oder erweitern. Der politische Liberalismus ist daher auf kein Gesellschaftsmodell festgelegt.

Liberale Politik geht somit aus von einem radikal-demokratischen Ansatz, sie äußert sich als konsequent engagierter Kampf zur Durchsetzung der Interessen der Mehrheit unserer Bevölkerung — zur Aufhebung jeglicher Form von Unterprivilegierung in unserer Gesellschaft.

rote blätter: Welche Aufgaben stellt sich Euer Verband für die allernächste Zeit?

LHV: Im Vordergrund der Hochschul-(gesetzgebungs-)politik steht die Auseinandersetzung mit dem HRG. In einer bundesweiten, eigenständigen Kampagne wird der LHV Charakter und Hintergründe der neuesten Gesetzesinitiative darstellen. Der LHV wird diese Auseinandersetzung offensiv führen, doch in der Argumentation gegen den HRG-Entwurf wird der LHV seine Forderungen für eine demokratische Hochschulgesetzgebung darlegen.

Allen Bestrebungen, die die berechtigten Forderungen aller Hochschulangehörigen — nicht nur der Studenten — nach Durchsetzung einer fortschrittlichen Hochschulstruktur und Studienreform zu verhindern suchen, wird dabei entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden.

Die grundsätzliche Ablehnung der Konzeption des HRG-Entwurfs — eindeutig bestimmt durch reglementierende und restriktive Regelungen — steht dabei dem Versuch des LHV nicht entgegen, durch Gespräche und Verhandlungen eine Veränderung der bestehenden Konzeption zu erreichen. Selbst wenn die derzeitigen Erfolgsaussichten nur gering sind, wird der LHV versuchen, durch

Detailgesetz-Änderung zu erreichen, dabei wird der LHV allerdings nicht der Gefahr einer systemimmanenten Festbeschreibung des bestehenden undemokratischen Systems unterliegen.

Zweites zentrales Thema wird der Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage aller Auszubildenden bilden. Der LHV wird hierbei jegliche Versuche verurteilen, ein Ausbildungsprivileg für eine bestimmte Gruppe zu erhalten bzw. neu zu schaffen. Die Interessen aller Auszubildenden sind dabei gleichrangig, d. h. es darf keine Gruppe z. B. Studenten gegen eine andere (z.B. Schüler und Lehrlinge) ausgespielt werden. Vorrangig stellt sich die Forderung nach sofortiger Erhöhung der Ausbildungsförderung auf mindestens 500 DM unter Einbeziehung bisher nicht geförderter Jahrgänge — diese Forderung nach sofortiger Erhöhung wird vom LHV bereits seit über einem Jahr erhoben und stellt eine Minimalforderung dar; alles andere ist von vornherein untragbar.

Neben der Verbesserung der materiellen Lage der Auszubildenden ergibt sich als weiteres sozialpolitisches Aufgabenfeld die Neuordnung der studentischen Krankenversorgung. Der LHV wird in diesem Bereich durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit versuchen, eine bundeseinheitliche Regelung bereits ab 1. 4. 1974 zu erreichen — und nicht erst ab 1. 1. 1975, diese Regelung hat sich zu orientieren an der Schaffung eines umfassenden Krankenversicherungssystems, das die Bedürfnisse

aller Auszubildenden gleichermaßen berücksichtigt.

Einen dritten Schwerpunkt möchte ich kurz andeuten. Der LHV geht davon aus, daß gesamtgesellschaftliche Änderungen nicht isoliert in einem Land durchsetzbar sind, d. h. solche sind nur erreichbar bei konsequenter internationaler Arbeit. Zentrales Thema in diesem Bereich bildet daher auf Grund der aktuellen Lage die Darlegung, Analyse und Bewußtmachung der Situation Chiles. Hiervon ausgehend wird der LHV seine Mitarbeit in bestehenden Chile-Komitees verstärken bzw. Neugründungen initiieren. Gerade am Beispiel Chiles müssen Hintergründe und Fehler beim Aufbau eines demokratischen Sozialismus analysiert werden; nur so können zukünftige Erfolge bei einer friedlichen gesellschaftlichen Umgestaltung erreicht werden.

rote blätter: Wie ist Euer Verhältnis zum MSB? Welche Differenzen siehst Du und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

LHV: Zwingende Konsequenz der Zielsetzung des Liberalismus ist die Erkenntnis, daß Hauptgegner der Liberalen die Konservativen, die an der Erhaltung bestehender Herrschafts- und Machtverhältnisse interessiert sind, und die Reaktionsäre, deren Hauptziel die Wiederherstellung schon überwundener Herrschaftsverhältnisse ist, sind.

Die Zusammenarbeit mit anderen demokratisch emanzipatorischen Gruppen und Organisationen, insbesondere de-

mokratischen Sozialisten, im Rahmen einer — generell systemkritischen — antikapitalistischen Zielperspektive erweist sich nach Ansicht des LHV als unumgänglich; anders ist die Verwirklichung des obersten Zieles nicht möglich. Der LHV betont in seiner Bündnispolitik stets seine radikal-demokratische Zielsetzung und arbeitet mit allen systemkritischen Kräften zusammen, auch wenn diese z. T. mit der Programmatik des LHV nicht vereinbare Ziele verfolgen, solange gesichert ist, daß der LHV seinen eigenen Standpunkt deutlich vertreten kann. Dieser ange-deutete Rahmen der Zusammenarbeit und ihre Konkretisierung durch Bündnisse und Koalitionen besitzt Gültigkeit für alle Gruppen, also auch für den MSB Spartakus.

Die Unterschiede zwischen MSB und LHV sind zwar nicht gering; insbesondere im ideologischen Bereich der Gesellschaftsanalyse, der politischen Gesamtstrategie, der Wissenschaftstheorie sowie des generellen Stellenwerts von Hochschul- und Studienreform in unserem gegenwärtigen ökonomischen und gesellschaftlichen System ergeben sich konkrete Differenzen. Dennoch erfordert gerade die gemeinsame Zielperspektive der Überwindung des kapitalistischen Systems eine verstärkte Zusammenarbeit aller systemkritischen Kräfte. Diese Zusammenarbeit ist an jedem einzelnen Projekt konkret — inhaltlich festzumachen; hier gibt es gemeinsame Positionen auszumachen, die gemeinsam in der politischen Praxis durchzusetzen sind.

Kurz- atmigkeit ist nicht gefragt

3. Ist die arbeitende Bevölkerung ständig über unsere Forderungen und Aktionsziele zu informieren. Deshalb organisiert Informationsaktionen in der Stadt. Vermittelt diese Ergebnisse wieder an die Hochschule zurück. Dadurch werden wir es besser verstehen, der Arbeiterklasse unsere Ziele zu erklären.

4. Wir müssen eine möglichst große Öffentlichkeit für den Sozialkampf herstellen. Deshalb: Wendet euch an die soziale Presse! Durch Stellungnahmen von Vollversammlungen, Asten und Leserbriefen müssen diese Presseorgane gezwungen zumindest über unsere Forderungen zu berichten. Entscheidend allerdings wird es sein, die Informationen über eure Aktivitäten an die demokratische Presse, vor allem die UZ zu geben. Das ist der beste Weg, möglichst schnell die Kommilitonen an anderen Hochschulen für die Gesamtbewegung in Kenntnis zu setzen.

5. Ist es wichtig die Herrschenden mit unseren gerechten Forderungen zu konfrontieren und unseren Protest sichtbar zu machen. Deshalb geht es darum die Postkartenaktion des vds zu unterstützen. Deshalb müssen Vertreter der sy-

stemtragenden Parteien zu Stellungnahmen gezwungen werden. Tretet deshalb an Stadtratsfraktionen, Mitglieder des Bundestages in eurem Wahlbezirk heran. Sie sollen Farbe bekennen: Für oder gegen die Interessen der Studenten und des arbeitenden Volkes?!

6. Ist es richtig, der Bewegung noch größere Kraft zu verleihen durch die Organisation lokaler Demonstrationen der BAFÖG-Opfer!

7. Muß auf jeder Vollversammlung, auf jeder Fachbereichsversammlung, mit den Hochschulgremien die Diskussion entfacht werden über unsere Forderungen und über die Perspektiven der Bewegungen gegen das miserable BAFÖG!

8. Wenn wir längerfristig arbeiten wollen, muß dies planvoll geschehen. Deshalb müssen wir durch die Sozialkampfkomitees Ziele stellen, bei deren Verwirklichung alle beteiligten Kommilitonen einbezogen sind. Entwickelt deshalb überschaubare Aktionspläne. Durch die Ausnutzung all der angegebenen Aktionsformen bereiten wir auch den Boden für zentrale Aktionen noch in diesem Semester.

Fortsetzung von S. 7

Z-Rundschreiben Nr. 14/73

München, 31. Juli 1973
SG-Nr. 187

Verteiler:
2/11, 3/2, 3/5, 3/7, 4, 10/2,
11/2, 12/2, 13/2, 13/5-6, 14,
16/2, 17, 18/1, 40/4, 42/9,
44/1-4, 49/16, 50/3, 55/1

Universitäten und Fachhochschulen — Berufungen und Lehraufträge im technischen und naturwissenschaftlichen Bereich

Der Bedarf an Hochschullehrern wächst im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Ausbau von Universitäten und Fachhochschulen stark an. Hand in Hand damit verbreitet sich die Tendenz, auf vorausgegangene praktische Berufserfahrungen zu verzichten und Bewerber direkt aus der Hochschullaufbahn zu berufen. In den Fachrichtungen Elektrotechnik und Maschinenbau kommt ein Mangel an geeigneten und bereitwilligen Persönlichkeiten aus der Industrie hinzu. Weiterhin beobachten wir eine Überbewertung der Theorie in der Ausbildung. Um dieser Entwicklung zu begegnen, sollten in größerer Zahl als in den letzten Jahren qualifizierte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft für Berufungen vorgeschlagen und freigestellt werden.

Lehrstühle an Universitäten werden heute in der Regel ausgeschrieben. Unabhängig hiervon werden aber weiterhin leitende Herren unseres Hauses bei der Aufstellung von Berufslisten um Rat und Vorschläge gebeten. Für die Besetzung von Dozentenstellen an Fachhochschulen, bei denen sich das bisher nur an Universitäten übliche Verfahren der Berufslisten mehr und mehr einführt, gilt dies entsprechend.

Die unterschiedlichen Formen der Kontaktaufnahme, häufig an verschiedenen Stellen unseres Hauses parallel, machen es wünschenswert, einen Überblick zu behalten und die Vorschläge aufeinander abzustimmen. Im Vorstand haben wir Herrn Dr. Haier gebeten, diesen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Geschäftsführung für diese Aufgaben liegt bei Herrn Jacobi, ZPB 61. Wir bitten, dieser Stelle von allen Vorgängen, die Anfragen oder Vorschläge für Berufungen und Dozentenstellen sowie auch die Übernahme oder Beendigung von Lehraufträgen betreffen, Kenntnis zu geben.

gez. Plettner

gez. v. Oerizen

Die „freie und unabhängige Wissenschaft“

Der oben nachgedruckte Brief des Siemens-Konzerns bedarf wohl keines weiteren Kommentars. Aber vielleicht noch eine Information in der gleichen Preislage: Eine „enge Verzahnung von Hochschulforschung und industrieller Forschung“ hat der Rektor der Technischen Universität Braunschweig, Prof. Henze, gefordert. Beim technischen Pressekolloquium der AEG Telefunken in Hamburg erklärte Henze am 19. Oktober, durch diese enge Verzahnung sollten eine „praxisnahe Wissenschaft“ sichergestellt und „unnötige Investitionen“ vermieden werden. Voraussetzung dafür sei jedoch eine „tiefgreifende innere Reform“ der Hochschulen in der Bundesrepublik.

Neue Fachkonferenz des vds

Am 1./2. Dezember konstituierte sich mit einer Tagung in Marburg die neue Fachkonferenz des vds „Sprachen und Literatur“. Nähere Informationen beim vds, 53 Bonn, Kaiserstraße 71.

Beccera-Schmidt nach Oldenburg

Der Kulturattaché der Botschaft der rechtmäßigen Regierung Chiles in der Bundesrepublik, Gustavo Beccera-Schmidt, Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles, hat einen Lehrauftrag an der neuen Universität Oldenburg bekommen. Beccera-Schmidt war vor seiner Tätigkeit in der chilenischen Botschaft Musikprofessor an der Universität von Santiago.

Wahlordnungsoktroi in BaWü

In Durchsetzung des reaktionären Landeshochschulgesetzes werden in Baden-Württemberg auf Veranlassung des Kultusministeriums von den Rektoren Wahlordnungen zu den Stupa- und Gremienwahlen erlassen.

Besonders dreist gebärdet sich wieder der Polizeirektor der Tübinger Uni, Theiß. Dort heißt es: „Wahlvorschläge sind zurückzuweisen, die einen Vorbehalt oder beleidigende Bemerkungen über Bewerber, Dritte oder Behörden enthalten.“ Nach studentischen Aktionen zog er sein Machwerk wieder zurück. Vorschläge, die die Durchführung der Wahlen weitgehend in den Händen der Studenten belassen, wie die des Hohenheimer Rektors, können nicht darüber hingewtäuschen, daß hier — wenn auch in „sanfter“ Art — die Satzungsautonomie der Studenten beschnitten wird. Gleichzeitig zeigte dies die Durchsetzbarkeit fortschrittlicher Bestimmungen. Dabei geht es den Studenten:

1. um die Erkämpfung fortschrittlicher Bestimmungen durch eine Wahlordnung, die sich die Studenten selbst geben und die durch die Masse der Studenten getragen wird.

Kernpunkte sind:

- Durchführung der Wahl durch Stupa
- Wahlausschuß aus vom Stupa gewählten Vertretern
- Urnenwahl
- keinen politischen Maulkorb

Durch den großen Ermessensspielraum sind Erfolge möglich, kann die Festlegung reaktionärer Bestimmungen verhindert werden. Doch nicht Mausichelgespräche mit Niederländer, Theiß und Konsorten, nur die Studenten erzwingen die faktische Anerkennung des Satzungsgebungsrechtes der Studentenschaft.

2. um die gesetzliche Absicherung der Rechte der verfaßten Studentenschaft wie Satzungsautonomie, Beitragshoheit, uneingeschränktes Recht auf materielle und politische Interessenvertretung. Die institutionelle Verankerung dieser Rechte muß im HRG und in einer LHG-Novellierung durchgesetzt werden.

Oft wird die Listenwahl und das Verhältniswahlrecht, das Zusammenfallen von Gremien- und Stupawahlen zu einer entscheidenden Beschneidung der studentischen Rechte hochstilisiert. Das ist ein Ablenken von den eigentlichen Kampfzielen der Studenten.

Selbstverständlich glauben die Herrschenden damit Ziehkinder in Parlament und Asten zu hieven. Viele Wahlen beweisen, daß sie die Rechnung ohne die Studenten gemacht haben.

Die Rechten hauen auf die Pauke – aber Studenten wählen MSB und SHB

Mit den bisher vorliegenden Ergebnissen der Studentenparlaments (SP)- und Astawahlen in diesem Semester setzt sich der Trend des letzten Semesters eindeutig fort. Im letzten Semester gewann der MSB insgesamt mehr als 20 SP-Sitze hinzu. Ebenfalls gestärkt ging der SHB aus den meisten Wahlkämpfen hervor. Das ist eindeutig das Ergebnis der beharrlichen, kontinuierlichen, massenbezogenen Politik, die die Studenten auf den Kampf für die eigenen Interessen an der Seite der Arbeiterklasse orientiert. Das ist das Ergebnis der Politik des bewährten Bündnisses von SHB und MSB.

Die großen Verlierer waren und sind auch in diesem Semester die links-sektiererischen Gruppen verschiedenster Provinienz. Vor allem der „K“SV und die Gruppen um die „K“HG verloren weiter an Boden. Das ist die Quittung für die sektiererische, konzeptionslose Politik maoistischer Gruppen, die sich in ihrer manischen Feindseligkeit gegenüber der demokratischen und kommunistischen Weltbewegung allzu offensichtlich häufig den reaktionärsten Kräften im Arm lagen.

Interessant ist in diesem Semester, mit welchen Klimmzügen die heilige Allianz der Reaktion versucht, den Studenten gegenüber wieder an Profil zu gewinnen. Der RCDS und seine U-Boote hauen auf die Pauke wie selten zuvor. Die CDU läßt sich den Versuch der Rückgewinnung der Intelligenz schon etwas kosten. Mit Wahlködern, wie z. B. der Verlosung von Pkw oder Fahrrädern – so geschehen in Köln und Bonn – weiß der RCDS aus der materiellen Misere der Studenten auch noch politisches Kapital zu schlagen.

Aber zurück zu den Wahlergebnissen. An der Gießener Uni konnte der MSB fast doppelt so viele Stimmen auf sich vereinigen wie im Sommersemester. Ebenfalls ging die liberale LHG gestärkt aus dem Wahlkampf hervor, die wie der MSB schon vor den Wahlen den Vorschlag machte, MSB und LHG sollten zusammen mit den Jusos den AstA bilden. Die Jusos hatten im letzten Semester durch Maximalforderungen (Alleinvertretung im VDS) die Astabildung verhindert und Neuwahlen notwendig gemacht. Diesmal werden die Jusos nicht umhinkönnen, mit LHG und MSB den Asta gemeinsam zu bilden. KSV, SEW, KSB/ML haben keinen Sitz mehr.

**„Stärkt die Verfaßte Studentenschaft – wählt ungültig“
KHG-Gruppen**

3. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS einberufen

Der Bundesvorstand des MSB Spartakus hat den 3. Bundeskongreß für den 22. Februar 1974 nach Frankfurt einberufen. Im Anschluß an den Kongreß wird am 23. und 24. Februar eine theoretische Konferenz zum Thema „Studentenbewegung im Klassenkampf“ durchgeführt, die unter Beteiligung zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland theoretische Fragen der Geschichte und des gegenwärtigen Standes der Studentenbewegung im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen behandeln und für den politischen Kampf nutzbar machen soll.

An der Frankfurter Fachhochschule war der SHB der große Gewinner. Zum erstenmal kandidiert, erhielt er gleich 9 SP-Sitze. Der MSB konnte sich leicht verbessern. Der Asta wird von SHB und MSB gebildet.

An der Bonner Universität jedoch mußte der SHB Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen. Der Spartakus konnte die Zahl seiner Wähler um 30 % steigern; auch der LHV gewann hinzu. RCDS und verschiedene rechte Tarnorganisationen erreichten nach einem mit ungeheurem Materialaufwand geführten Wahlkampf 29 von 60 SP-Sitzen.

Sogenannte IG-s (Seminarmarxisten) erhielten wie bei der letzten Wahl 3 Sitze; der KSV ist abgeschlagen mit 1 Sitz.

An der TU Darmstadt beschloß am 20. 11. der Ältestenrat wegen der permanenten Beschlußunfähigkeit des Stupa, den MSB mit der Bildung eines Notasta zu beauftragen. Dies war notwendig geworden, nachdem das Sammelsurium ultralinken Individuen, die den letzten Asta gestellt und heruntergewirtschaftet hatten, am 1. 11. abdankten. Der MSB verpflichtete sich mit der Übernahme der Geschäfte im Rahmen der verfaßten Studentenschaft den Kampf für die Belange der Studenten aufzunehmen, eine Satzung auszuarbeiten und noch in diesem Semester Neuwahlen durchzuführen.

An der TU Stuttgart war die Zähigkeit der Verhandlungsführung des MSB bei der Astabildung mit Erfolg beschieden. Der Astavorstand setzt sich zusammen aus einem Vertreter der LUF, einem Bündnis maoistischer und trotzkistischer Kräfte und einem Vertreter des BGOS, einem gewerkschaftlich orientierten Bündnis, das vom MSB mitgetragen wurde. Die KGS/ML hat bei den SP-Wahlen verheerenden Schiffbruch erlitten. Die Wahlen waren schon im SS wiederholt worden, weil nachgewiesenmaßen ein Mitglied des Wahlausschusses 500 Wahlzettel zugunsten eines RCDS-nahen Wahlbündnisses gefälscht hatte.



Anfang November mußte die maoistische „K“HG den AstA in **Konstanz** räumen. SHB und MSB stellen zusammen die neue Studentenvertretung, obwohl diese vom Staatskommissar nicht anerkannt wird. Er sagt, der bisherige Asta müsse die Geschäfte weiterführen, bis den Bestimmungen des neuen LHG entsprechende Wahlen durchgeführt werden könnten. D. h., die Kulturbürokratie entzieht der Studentenvertretung die Haushaltsmittel. Der neue Asta wird den Kampf gegen die Einschränkung der Beitragshöhe aufnehmen.

An der **FH Braunschweig** gingen ebenfalls SHB und MSB als Sieger aus den Wahlen hervor. Beide Gruppen konnten ihren Stimmenanteil gegenüber dem Vorjahr bedeutend verbessern. Der RCDS verlor 150 Stimmen, der KSV fast 100. Am Institut Wolfenbüttel gelang es erstmals, die RCDS-Mehrheit zu brechen. Der MSB mußte sich dort das vorige Mal mit 9 Stimmen begnügen, diesmal waren es 47.

SHB und MSB haben den neuen Asta schon gebildet. Dieser hat auf Grund eines Vollversammlungsbeschlusses einen Wiederaufnahmeantrag in den SVI gestellt, der vom Rektor auf Beibehalten des RCDS angefochten wird.

Die Linkssektierer in der SVI-Spitze haben abgewirtschaftet

Generell haben sich an den Fachhochschulen die Kräfteverhältnisse weiter zugunsten von SHB und MSB verändert. Die Mehrheit der linkssektierischen Gruppen im SVI, die den Bundesvorstand tragen, wird ständig dün-

ner. Der neue Delegiertenrat konnte nicht konstituiert werden, weil der Bundesvorstand nicht wahrhaben wollte, daß die Delegierten aus NRW und Hessen inzwischen aus jenen Asten kommen, die sich auf der Grundlage der Politik der gewerkschaftlichen Orientierung das Vertrauen der Studenten erworben haben.

Durch die Unfähigkeit der gegenwärtigen Verbandsspitze und der sie tragenden, vorwiegend maoistischen Gruppen, die realen Interessen der Masse der Studenten überhaupt zu erkennen, geschweige denn wirksam zu vertreten, ist der Dachverband der FH-Studenten heute weniger denn je ein Kampfinstrument der Studentenbewegung. Während von Konstanz bis Kiel die Studenten für die Forderung „500,— DM Bafög und Anhebung der Elternfreibeträge, sofort“, aufgestanden sind, fehlt vom SVI-Buvo jegliche Stellungnahme zur sozialen Misere der Studenten.

Mit der Weigerung, sich an den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten zu beteiligen, ist der SVI-Buvo erfolgreich der Gefahr eines Lernprozesses ausgewichen, seine internationalen Kontakte sind noch spärlicher, seine Vorstellungen von internationaler Solidarität hingegen noch unverschämter geworden. Die Unidad Popular, der Zusammenschluß der demokratischen Kräfte des chilenischen Volkes, von der faschistischen Junta mit blutigem Terror verfolgt, wollte nach Auffassung des SVI-Buvo „die Bewegung des Volkes und seine selbstgeschaffenen Organe eher kontrollieren als unterstützen“.

Mit ähnlichen Formulierungen und Difamierungen versuchte die Springerjournaille und ihr verwandte Gazetten für die Sympathie mit den faschistischen Putschisten zu werben. Nicht anders geht der SVI-Buvo an die Solidarität mit dem palästinensischen und den anderen arabischen Völkern heran. Für sie ist das „Waffenstillstandsmanöver“ nichts als „Erpressung der arabischen Regierungen — Täuschung der arabischen Volksmassen durch die Supermächte“. So werden die USA, die die Durchsetzung der UNO-Resolution hintertreiben und die israelische Aggressionspolitik uneingeschränkt unterstützen, in einen Topf geworfen mit der Sowjetunion, die sich in der Praxis als treuester Verbündeter mit den arabischen Völkern herausgestellt hat.

Kein Wunder, daß die SVI-Spitze die einst freundschaftlichen Beziehungen zu Studentengruppen der Palästinenser in der BRD abbrach, als diese die antisowjetischen Ausfälle und die worttradikale Postulierung des bewaffneten Kampfes nicht länger hinnahmen.

Kein Wunder, daß sich immer mehr Fachhochschüler nicht länger mit der Politik der SVI-Führung, der Politik der revolutionären Phrase und des zersplitterten, kopflosen Nichts in der Tat, begnügen.

Nach dem Hamburger Parteitag der DKP:

„Es muß und kann sofort etwas geschehen“

rote blätter-Gespräch mit dem neuen DKP-Vorsitzenden Herbert Mies

rote blätter: In bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen wurde allerhand über den Hamburger Parteitag geschrieben. Du wirst sicherlich mit uns übereinstimmen, daß das, was über diesen Parteitag an Wahren und Unwahren geschrieben wurde, doch sichtbar macht, daß die DKP und ihre Kongresse heute stärkere Beachtung finden. Die DKP wird heute ernster genommen. Kann man sagen, daß der Parteitag der DKP über den Aktionsradius der DKP hinaus von Bedeutung ist?

Herbert Mies: Sicher. Zunächst aber kann man feststellen, daß sich der Aktionsradius der Partei selbst vergrößert hat und mit dem Elan, mit dem der Parteitag von der ganzen Partei aus gewertet wird, weiter vergrößert. Die DKP konnte sich in Hamburg als erfolgreiche Partei darstellen. Ihre Arbeit förderte die Friedenssicherung. Sie konnte die sozialen und politischen Auseinandersetzungen positiv beeinflussen, ihnen Kraft geben und ihre Richtung mitbestimmen. Das Selbstbewußtsein des arbeitenden Volkes wurde gestärkt. Die Partei wurde bekannter, sie gewann Vertrauen und konnte viele neue Genossen gewinnen, darunter zahlreiche junge Menschen. Dabei konnten und können wir von günstigeren Kampfbedingungen ausgehen. Vor allem geht es uns jetzt darum, in den aktuellen Auseinandersetzungen dieser Tage den Parteitag auszuwerten, in der Partei und mit der ganzen demokratischen Öffentlichkeit unsere konstruktiven Vorstellungen zu diskutieren. Weitere Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten machen dabei die Erfahrung, die vorher schon eine wachsende Anzahl von Mitbürgern machten: Die Arbeiterklasse und die Jugend unseres Landes brauchen eine starke Deutsche Kommunistische Partei, wenn sie erfolgreich sein wollen.

rote blätter: Wir wissen, daß die DKP nicht nur die Interessen der Arbeiter-

klasse des eigenen Landes wahrnimmt, sondern auch immer wieder erklärt, sie werde ihre guten, freundschaftlichen Beziehungen zu ihren Bruderparteien in den Dienst der Arbeiterklasse des eigenen Landes stellen. Wie ist dies zu verstehen?

Herbert Mies: Die Deutsche Kommunistische Partei ist Teil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Dies ist die stärkste, erfolgreichste und auch zukunftsreichste Bewegung unserer Zeit. Besonders mit der Kommunistischen Partei der So-

wjetunion, der SED der DDR und den Bruderparteien in den anderen sozialistischen Ländern sind wir eng verbunden. Wer die Bedeutung der Politik dieser Parteien auch für das Leben unseres Volkes kennt, kann nur froh darüber sein, daß wir Kommunisten der BRD als Vertreter der nationalen Interessen unseres Volkes wie auch als proletarische Internationalisten handeln. Wir sind dafür, daß die Arbeiterbewegung unseres Landes ihre Klassenpflicht erfüllt und in ihrem Kampf zur Zurückdrängung der Macht der Monopole in der Bundesrepublik möglich die Anstrengungen im weltweiten anti-imperialistischen Kampf verstärkt. Das bedeutet: Sich nicht nationalistisch und in Volksgemeinschaftsmanier gegen die arabischen Völker aufputschen zu lassen, sondern mit ihnen Solidarität zu üben. Das bedeutet: Wirklich die nationalen Interessen der Bundesrepublik zu erkennen und nicht — wie es die Regierung und alle Parteien in Bonn tun — die USA zu bitten und betteln, auf daß sie nur ja weiterhin ihre Truppen hier belassen. Das bedeutet: Den Kampf für die Sicherheit unseres Kontinents, für Abrüstung zu verstärken und die Solidarität mit den antiimperialistischen Bewegungen in aller Welt zu vertiefen. Wir Kommunisten sind dazu bereit. Und wir haben auf unserem Parteitag erklärt: Die DKP wird auch künftig ihre brüderlichen Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien in aller Welt wie auch zu den nationalen Befreiungsbewegungen in den Dienst des Friedens und der Entwicklung eines guten Verhältnisses zwischen den Völkern stellen.

rote blätter: Es wird heute schon von niemandem mehr bezweifelt, daß die DKP zunehmend Zugang zu den Arbeitern in einer Reihe von Städten und Betrieben findet. Die DKP versteht sich als die Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Welches sind nach Meinung der DKP die brennenden Fragen, die gegenwärtig größere Teile der Arbeiterschaft bewegen? Was meinst du, welches Gewicht, welche Perspektiven haben die derzeitigen Tarifausschreitungen?

Herbert Mies: Die arbeitenden Menschen unseres Landes brauchen vor allem Frieden. Im Ringen um Frieden und Sicherheit wurden bekanntlich bedeutende Erfolge errungen. Daran haben die arbeitenden Menschen unseres Landes ihren wichtigen Anteil. Aber wir müssen immer wieder betonen, daß der Friedenskampf verstärkt fortgesetzt werden muß. Die Politik der Entspannung ist mit der Erhöhung der Wachsamkeit zu verbinden. Solange es in der Welt und bei uns in der Bundesrepublik Kräfte gibt, die aus Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Krieg Profit schlagen, wird der Kampf um den Frieden immer





ein entscheidendes Gebot bleiben. Für Illusionen über den reaktionären und aggressiven Charakter des Imperialismus ist kein Platz.

Es gilt daher, den Friedenskampf nicht nur fortzuführen, das Erreichte nicht nur unumkehrbar zu machen, sondern auch einen Zustand herbeizuführen, daß die arbeitenden Menschen und die Jugend die Früchte der Entspannung mit Händen greifen können. Das heißt, durch Verringerung der Rüstung in der BRD müssen Mittel freigesetzt werden, um dringenden Notständen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Bildung und Berufsausbildung, der Jugendförderung und des Wohnungsbaus abzuhehlen.

Eine weitere brennende Frage bewegt die Menschen: Wie werden wir morgen leben, wenn die Preise weiter steigen, aber die Löhne hinterherhinken? Wenn die Arbeitsplätze unsicher sind? Mit den Vorschlägen der DKP für Sofortmaßnahmen zum Schutz der sozialen Interessen des Volkes hat unser Parteitag wichtige Antworten auf diese Fragen gegeben. Wir haben betont: Es muß und kann sofort etwas geschehen für den Schutz der sozialen Interessen des arbeitenden Volkes. Die Abwehr der schlimmsten Folgen und Auswirkungen der großkapitalistischen Profitmacherei ist notwendig und möglich. Die entscheidende Waffe der arbeitenden Menschen zur Sofortabwehr der Inflationsfolgen ist und bleibt der Kampf für höhere Löhne und um Teuerungszulagen. Ferner gilt es, den Kampf um die Durchsetzung eines gezielten und punktuellen Preisstopps für Waren und Leistungen,

die die Masseneinkommen besonders stark belasten, zu verstärken.

Selbstverständlich ist eine grundlegende Lösung dieser Probleme unter den vorhandenen Besitz- und Machtverhältnissen nicht möglich, weil diese Verhältnisse es sind, die Hochrüstung, Inflation, Arbeitsplatzunsicherheit und Preistreiberei überhaupt verursachen. Darum erstrebt unsere Partei tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, die nur in harten langwierigen Klassenaussäuerungen zu erreichen sind. Wir wollen eine Demokratie, die die Macht der kapitalistischen Monopole beschneidet und überwindet, die so die Öffnung des Weges zum Sozialismus auch für unser Land ermöglicht.

rote blätter: Und welche Rolle spielen hier die Betriebsgruppen der Partei?

Herbert Mies: Starke Betriebsgruppen der DKP sind von größter Bedeutung für die ganze Arbeiterbewegung, für die Vertretung der ökonomischen Interessen der Belegschaften. In den Lohn- und Tarifikämpfen wächst ihre Bedeutung als unbestechliche Vertreter der Sache der Kollegen. Wir müssen alles tun, um die Betriebsgruppen zu unterstützen, neue Gruppen — besonders in Großbetrieben — zu schaffen. Es ist eine vordringliche Aufgabe der ganzen Partei, den Betriebsgruppen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Vor allem aber auch, die Betriebszeitleitungen herauszugeben. Viele Studenten helfen dabei den Genossen aus den Betrieben. Wir begrüßen das. Wir befürworten außerdem, daß die Betriebsgruppen mehr als bisher befähigt werden, den Zugang zur Arbeiterjugend in Betrieb und Berufsschule zu finden.

rote blätter: Verspürt man in den sozialen Auseinandersetzungen außer den Wirkungen der DKP-Betriebszeitleitungen auch schon einen Einfluß der UZ-Tageszeitung?

Herbert Mies: Selbstverständlich. Daß nach 17 Jahren erstmals wieder eine kommunistische Tageszeitung den Kampf der arbeitenden Menschen unterstützt, das wirkt sich in diesen Tagen überall in der BRD positiv aus. Wir freuen uns, daß viele Studenten den Arbeitern auch dadurch helfen, daß sie die Zeitung der arbeitenden Menschen, die UZ, verbreiten.

rote blätter: Genosse Mies, eine weitere Frage: Die Unzufriedenheit nicht weniger Arbeiter und Gewerkschafter mit der Haltung so mancher Gewerkschaftsführer nimmt zu. Wir sehen verstärkte Anstrengung von Unternehmensleitungen aber auch von rechts-sozialdemokratischen Führern, fortschrittliche klassenbewußte Gewerkschafter aus den Betrieben, aus den Gewerkschaften auszuschalten. Wie siehst du in dieser etwas veränderten Situation das Verhältnis der DKP zu den Gewerkschaften?

Herbert Mies: Zunächst einmal nimmt der Widerstand gegen die Bosse der großen Konzerne zu. Von 1971 bis heute haben in der Bundesrepublik über 900 000 Arbeiter und Angestellte für höhere Löhne, für Inflationszulagen, für Rationalisierungsschutz und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt. Es ist damit zu rechnen, daß das Jahr 1974 durch ein noch rauheres sozialpolitisches Klima gekennzeichnet sein wird. Die DKP, deren Wirken für eine erfolgreiche Durchsetzung der sozialen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung sich als

unentbehrlich erwiesen hat, will künftig ihre sozialpolitischen Initiativen verstärken. Die Gewerkschaften spielen in den sozialen Auseinandersetzungen unseres Landes eine entscheidende Rolle. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, als gute Gewerkschafter diese große Klassenorganisation zu stärken, sich aktiv für die Verwirklichung aller gewerkschaftlichen Beschlüsse einzusetzen, die eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter und mehr Arbeiterrechte zum Ziel haben. Wir wenden uns entschieden gegen alle Versuche des Großkapitals und der CDU/CSU, die Gewerkschaften an die Kandarre zu nehmen. Aber auch alle Versuche bestimmter SPD-Führer, die Gewerkschaften zu einem Stillhaltekurs zu veranlassen, sie zu zwingen, eine unternehmerfreundliche Politik zu schlucken, müssen unsere entschiedene Ablehnung finden. Es schadet den Gewerkschaften, wenn einzelne Gewerkschaftsfunktionäre vor den Angriffen des Monopolkapitals zurückweichen. Solche Erscheinungen treten mal stärker und mal schwächer auf. Das ändert aber nichts an der Haltung unserer Partei, die sich entschieden für innergewerkschaftliche Demokratie und für die Durchsetzung der Arbeiterforderung einsetzt und die in den Einheitsgewerkschaften eine bedeutende Errungenschaft der Arbeiterbewegung unseres Landes sieht.

rote blätter: Die zunehmende Willkür bei der Entlassung von Arbeitern, aus den Rauschmissen von aktiven Jugendvertretern aus den Betrieben, aus den Entlassungen von 22 aktiven Gewerkschaftern bei Mannesmann und der Absicht von Bund und Ländern, das Berufsverbot noch stärker zu handhaben, zeigen, daß die Losung „Freiheit im Beruf — Demokratie im Betrieb“ richtig war und ist. Welchen Platz hat der Kampf gegen das Berufsverbot in der demokratischen Programmatik und in der Praxis der DKP?

Herbert Mies: Er ist von allergrößter Bedeutung, weil er sich gegen den fortschreitenden Abbau der Demokratie richtet. Und mit der Verteidigung der demokratischen Rechte beginnt schließlich jeder Kampf um die Erweiterung der Volksrechte, die wir erstreben. Wir verurteilen insbesondere, daß der Verfassungsbruch — und nicht anders kann man den Ministerpräsidentenbeschuß zum Berufsverbot für Kommunisten und andere Demokraten nennen — jetzt durch ein Sondergesetz sanktioniert werden soll. Der Kampf gegen das Berufsverbot verlangt das gemeinsame

Handeln der Demokraten, und wir sind sicher, daß sich gegen das Berufsverbot immer mehr junge Sozialdemokraten, MSB-Mitglieder, Kommunisten, SDAJler, demokratische Christen und Gewerkschafter zusammenschließen werden — denn sie sind alle davon bedroht. **rote blätter:** Ihr hattet sicherlich am Rande des Parteitages Gespräche mit den Vertretern Eurer Bruderparteien. Wie sieht man beispielsweise das Berufsverbot in Frankreich und in Italien? **Herbert Mies:** Sowohl mit der Französischen als auch mit der Italienischen Kommunistischen Partei besteht völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der Absichten, die die herrschenden Kreise in der BRD mit dem Berufsverbot verbinden. Es geht dabei nicht nur gegen uns Kommunisten, sondern um den Abbau der demokratischen verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten überhaupt. Dem entspricht es, daß alle Bruderparteien, mit denen wir sprachen, diese Entwicklung nicht nur verurteilen, sondern auch ihre volle Solidarität mit unserem Kampf gegen diese antidemokratische Politik bekunden. Diese Solidarität kam auch auf den öffentlichen Kundgebungen während des Parteitages zum Ausdruck, an denen die Vertreter der Bruderparteien teilnahmen. Und diese Solidarität wurde von Genossen Georges Marchais, Generalsekretär der FKP, unterstrichen, als er auf der großen Kundgebung in Dortmund sprach.

rote blätter: Und welche Erfolgchancen kann man aus der inneren und internationalen Aktivität gegen das Berufsverbot erwarten?

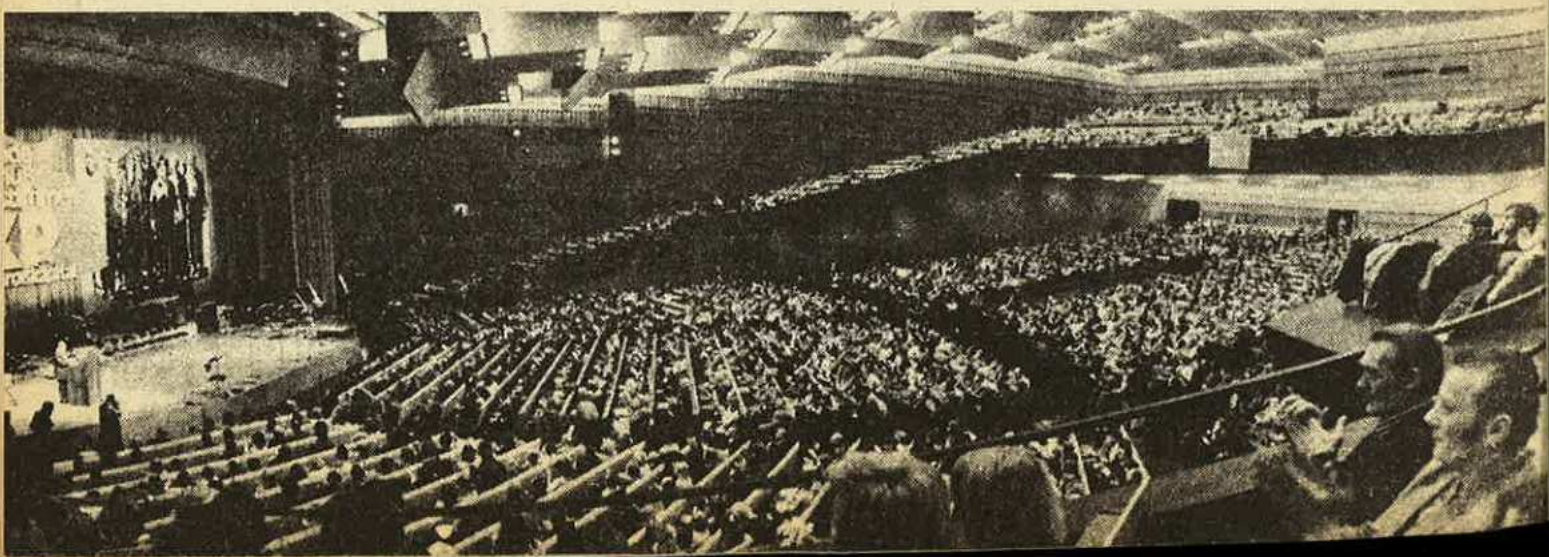
Herbert Mies: Wir sind zwar keine Hellseher, aber eins ist sicher, nämlich daß immer mehr Menschen hier und im Ausland über die antidemokratische Kampagne in der Bundesrepublik besorgt sind und deshalb gemeinsame Aktionen gegen die Politik der Berufsverbote anstreben und praktizieren.

rote blätter: Die Kommunisten an den Hochschulen wie auch in den Betrieben zeigen, daß sie die aktivsten Interessenvertreter ihrer Kommilitonen und Kollegen sind. Sie werden gewählt in Organe der verfaßten Studentenschaften. Wenn es aber um die Wahl zu Stadt- oder Landesparlamenten geht, meinen nicht wenige Studenten, die vor der 5-Prozent-Klausel zurückschrecken, es hätte doch keinen Wert, DKP zu wählen. Wie glaubst Du, kann man diese Barriere überwinden?

Herbert Mies: Zunächst einmal bereiten wir uns auf eine Reihe von Kommunal-

und Landtagswahlen vor, die 1974 stattfinden. Denn die Partei führt nicht nur den außerparlamentarischen Kampf, sondern sie ringt auch um Positionen in den parlamentarischen Vertretungen. In einer Reihe von Gemeinde- und Stadtparlamenten spielen Kommunisten bereits eine wichtige Rolle im Interesse des arbeitenden Volkes. Die Zahl dieser Abgeordneten wollen wir erhöhen, wir kämpfen auch um Mandate in Landtagen und im Bundestag. Die undemokratische 5-Prozent-Klausel kann nicht dadurch beseitigt werden, daß wir uns nicht zur Wahl stellen. Im Gegenteil. Die Teilnahme der DKP am Wahlkampf ist Teil des Kampfes um demokratische Rechte, um die Stärkung der Kampfpositionen der Arbeiterklasse. Eine parlamentarische Vertretung der DKP nutzt

Diese Anfang Dezember erschienene Extra-Nummer der roten blätter enthält einen Bericht über den Parteitag und seine Ergebnisse (Autor ist der stellvertretende Bundesvorsitzende des MSB Spartakus, Steffen Lehnendorff, der in Hamburg in den Parteivorstand gewählt wurde) sowie Ansprachen der Delegationsleiter der chilenischen und vietnamesischen Bruderparteien der DKP. Erhältlich beim Spartakus-Bundesvorstand, 53 Bonn, Postfach.



dem außerparlamentarischen Kampf, den wir nach wie vor als das wichtigste Gebiet der Vertretung der Interessen des werktätigen Volkes ansehen.

rote blätter: Eine Aussage, die ja auch das Dortmunder Meeting des Spartakus unterstrichen hat. Ein letzter Aspekt, wichtig gerade für uns an den Hochschulen: Was machen Studenten in einer Arbeiterpartei? (Entschuldige bitte die simple Fragestellung.) Was haben sie für Aufgaben, was nutzt ihnen die Mitgliedschaft in der DKP?

Herbert Mies: Zum ersten können wir als Arbeiterpartei nicht darauf verzichten, dafür zu kämpfen, daß die Arbeiterklasse auch in Wissenschaft und Forschung den entscheidenden Ein-

fluß gewinnt. Es gilt, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse zu brechen. Und deshalb führen wir als Arbeiterpartei, und unsere Hochschulgruppen eben als Teil der Arbeiterpartei, den Kampf für die Überwindung des Numerus clausus, der besonders die Kinder aus den Familien der Arbeiter und der werktätigen Bauern trifft, gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das den Arbeitern und Angestellten die Mitbestimmung in den Hochschulen verbieten will, für demokratische Lehrinhalte, gegen Militarismus und besonders gegen die Bundeswehrhochschulen. Auf unserem Parteitag haben wir ja einen entsprechenden Antrag für ein demokratisches Hoch-

schulrahmengesetz und einen Antrag gegen die Bundeswehrhochschulen verabschiedet.

Zum zweiten sehen wir, wie wir es in unseren Thesen formuliert haben, daß sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Rolle der Intelligenz in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zunehmend erhöht und daß sich ein sozialer und politischer Differenzierungsprozeß in der Intelligenz vollzieht. Unsere Aufgabe als Partei der Arbeiterklasse muß es sein, das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz herzustellen und zu festigen und Teile der Intelligenz an die Arbeiterbewegung heranzuführen und auch in der Partei der Arbeiterklasse zu organisieren. Und auch deshalb verstärken wir den Kampf an der Hochschule als der Ausbildungsstätte der Intelligenz, deshalb legen wir soviel Wert auf starke DKP-Hochschulgruppen, auf eine aktive Mitgliederwerbung, auf eine initiativreiche Politik der Hochschulgruppen als Teil der Partei der Arbeiterklasse.

rote Blätter: Wie kann denn die DKP den Kampf der Studenten wie beispielsweise um höhere Ausbildungsförderung konkret unterstützen?

Herbert Mies: Die Frage der Ausbildungsförderung betrifft in erster Linie die Studenten aus Arbeiterfamilien. Das Ringen um die Erhöhung der Förderungsrichtsätze und der Elternfreibeträge, das Eintreten für eine sofortige Teuerungszulage für BAföG-Empfänger ist Teil des Kampfes der Gesamtpartei um die sozialen und materiellen Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Deshalb unterstützen wir den Kampf der Studenten nicht nur, nein, wir führen ihn gemeinsam. Und unsere Partei wird alles dafür tun, in unserer praktischen Politik und in unserer Öffentlichkeitsarbeit die Arbeiter in den Betrieben für diese Forderungen zu gewinnen. Denn uns allen ist wohl klar, daß diese Kampagne nur dann erfolgreich zu Ende geführt werden kann, wenn sie die Unterstützung der Masse der Arbeiter erhält. Laßt mich zum Schluß noch eins sagen. Das erfreulichste an der wachsenden politischen Aktivität der Jugend ist, daß aus den spontanen Solidaritätsaktionen jetzt mehr und mehr die Bereitschaft zur Teilnahme am organisierten und koordinierten Kampf der Arbeiterbewegung erwächst. Das ist vor allem auch das Verdienst der Arbeit der SDAJ und des MSB Spartakus. Und, laßt mich das als alter FDJler, der selbst aus der Jugendbewegung kommt, sagen, wir sehen mit Freude, wie sich euer Einfluß auf die junge Generation in der Studentenschaft erweitert, wie es insbesondere gelungen ist, durch die erfolgreiche Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten Erfolge zu erringen, was Beispiel auch für andere gesellschaftliche Bereiche ist.

Wir haben auf dem Parteitag gesagt, daß alle Vorstände der Partei den MSB Spartakus bei der Verwirklichung der Aktionsvorhaben unterstützen sollen, die er auf seinem großartigen Meeting beschlossen hat. Ihr könnt sicher sein, daß bei uns diese Worte nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern in Taten umgesetzt werden.



„Wir setzen auch auf die Solidarität der Studenten“

Breite Front gegen die Willkürmaßnahmen der Duisburger Stahlbosse

„Ich freue mich über das Transparent ‚Schüler und Studenten an der Seite der Mannesmäner.‘ Ich freue mich über Euren Beifall als Zeichen der Solidarität für unsere 22 Kollegen.“ Der Betriebsratsvorsitzende Herbert Knapp spricht auf einer Solidaritätsveranstaltung des AstA der Gesamthochschule Duisburg für die 22 entlassenen Mannesmann-Arbeiter.

Zuerst waren es 114 Hüttenarbeiter, denen die Mannesmann-Direktion Huckingen Kündigungsschreiben ins Haus schickte. Der Grund: Sie hatten sich aktiv an einem Streik für die Weiterzahlung einer bereits erkämpften Teuerungszulage von 70 DM beteiligt. Der Willkürakt war ohne Beispiel; Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteiloze, auch CDU-Mitglieder waren betroffen. Aber unter dem Druck einer sich schnell entwickelnden breiten Solidaritätsfront mußten 92 Entlassungen zurückgezogen werden. Für die 22, die ihre Kündigung behielten, darunter 9 Kommunisten, bestand und besteht diese Solidaritätsfront weiter. Ein Komitee, dem verschiedene Jugendorganisationen und Einzelpersonlichkeiten angehören, koordiniert die Solidaritätsaktionen. Hier können auch Spenden für die Entlassenen eingezahlt werden:

Konto 210-002 275 bei der Stadtparkasse Duisburg, Zweigstelle Bruckhausen, Pfarrer Michael Höhn, Kennwort: Solidarität.

Solidaritätsadressen sollen an den **Betriebsrat der Mannesmann AG Duisburg-Huckingen, 41 Duisburg, Ehingerstraße, Tor 1,** geschickt werden.

Höhepunkt der bisherigen Aktionen war eine Demonstration von 7000 Arbeitern und Jugendlichen am 10. November. Ihr vorausgegangen waren Belegschaftsversammlungen und — mit 500 Studenten — ein Meeting an der Gesamthochschule Duisburg. Harald Hüttmann von der GEW-Hochschulgruppe erklärte, warum diese studentische Solidarität, die sich auch in zahlreichen anderen Hochschulen mit Solidaritätsadressen und Geldspenden auf Vollversammlungen zeigte, wichtig ist:

„Die Mannesmäner kämpften für die Weiterzahlung der Teuerungszulage. Wir hier, an der Hochschule, sind im gleichen Maße von der Inflation betroffen. Dies spüren wir täglich an den steigenden Mieten und Lebensmittelpreisen. Genauso wie die Arbeiter bei Mannesmann können wir die Verluste durch die Inflation nicht mehr durch unsere Stipendien auffangen. Das

nicht nur die Arbeiter im Betrieb etwas an, sondern dieser Druck geht uns alle an. Was in der Industrie Kündigung oder Nichtweiterbeschäftigung von Jugendvertretern heißt, nennt sich bei uns Berufsverbot.“

Und einer der Entlassenen, Hans Aps, rief den Studenten im Duisburger Audimax zu: „Wir setzen auf die Solidarität der Vertrauensleute, der Betriebsräte und der Belegschaft von Mannesmann. Wir setzen auf die Solidarität aller Gewerkschafter und aller Demokraten in der Bundesrepublik und dazu gehört auch ihr, liebe Freunde und Kollegen Studenten.“

BAFöG war schon vor zwei Jahren mit 420 DM Förderungshöchstbetrag zu niedrig angesetzt. Heute entsprechen diese 420 DM von 1971 höchstens noch einem Realwert von 370 DM. Der Druck, dem die Mannesmannarbeiter ausgesetzt sind und der sie einschüchtern soll, geht



**Paul Harig
Arbeiter –
Gewerkschafter –
Kommunist**



Der Autor gehört zu den Männern der ersten Stunde. In diesem Buch erzählt er vom Aufbau der Gewerkschaften im Hagener Raum nach 1945, vom Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und um die Mitbestimmung. Der heute 73jährige Paul Harig, ehemaliger Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Hagen, Betriebsratsvorsitzender der Hasper-Hütte, Arbeitsrichter, Ratsherr und ehemaliger KPD-Bundestagsabgeordneter, will mit dieser Schrift historische Vorgänge beim Aufbau der Gewerkschaften lebendig machen. Besonders für die junge Generation zu empfehlen.
ca. 180 Seiten, 4 Bilder, kartoniert,
Preis DM 8,-

Berufsverbote:

Bonn vor der UNO unter Anklage

In einem Bericht, den jetzt die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (AIJD) dem UN-Generalsekretariat zugeleitet hat, wird die „verfassungswidrige und menschenrechtsverletzende Praxis der Behörden der Bundesrepublik Deutschland bei der Einstellung vor allem von Lehrern und Juristen in den Schul- bzw. Justizdienst“ dokumentiert. Er wurde von der Vereinigung Demokratischer Juristen in der Bundesrepublik (VDJ), einer Sektion der AIJD, erarbeitet und der Öffentlichkeit übergeben.

Die AIJD, die bei der UNO Konsultativstatus besitzt, legt hiermit der Weltöffentlichkeit eine umfassende Darstellung der Politik der Berufsverbote in der BRD vor und weist nach, daß diese

Praktiken nicht nur dem Grundgesetz widersprechen, sondern auch die Menschenrechtsprinzipien und andere internationale Vereinbarungen, die für die Bundesrepublik nicht erst seit dem UNO-Beitritt verpflichtend sind, verletzen. Hier einige Auszüge aus dem Bericht:

„Die antifaschistischen, antimilitaristischen Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die Erfahrungen des deutschen Volkes mit der terroristischen Hitler-Diktatur, der Wille, eine ähnliche Entwicklung für alle Zeiten vom deutschen Boden fernzuhalten, sind unmittelbar in die Verfassung eingeflossen als Verpflichtung für jeden einzelnen, für jede Organisation wie für den Staat ein demokratisches System aufzubauen und zu verteidigen...

Neben diesen individuellen Grundrechten stellt das Grundgesetz ebenfalls in Erinnerung an die faschistischen Akte gegen demokratische Organisationen politische Parteien unter seinen besonderen Schutz. Sie genießen nach Art. 21 einen besonderen Status und dürfen hinsichtlich der Frage einer eventuellen Verfassungswidrigkeit nur vom Bundesverfassungsgericht überprüft werden...

Diese demokratischen Grundsätze nach dem Grundgesetz der BRD stehen in Einklang mit der am 10. 12. 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“...

Nicht erst mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen hat die BRD die Pflicht, diese Grundsätze zu respektieren. Vielmehr gelten nach Art. 25 GG die allgemeinen völkerrechtlichen Regeln unmittelbar als innerstaatliches Recht.

Ähnliche Verpflichtungen ist die BRD auch mit der Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. 11. 1950 eingegangen, deren Rechtsverbindlichkeit über Art. 25 GG hinausgehend zusätzlich per Dekret unterstrichen worden ist (BGBl 1952 II 686)...





Für Personen, die sich vor allem um den staatlichen Beruf des Lehrers bewerben, hebt das mit der UNESCO von den meisten Bundesländern geschlossene „Übereinkommen gegen Diskriminierung im Erziehungs- und Unterrichtswesen“ (vgl. etwa für Bayern BayGVBl 1964 31 f) besonders hervor, daß auch die Ausbildung zu den Lehrberufen ohne Diskriminierung zu gewährleisten ist. Die Nichtdiskriminierung politischer Anschauungen ist damit nicht nur eine die Behörde der BRD aus deutschem Verfassungsrecht treffende Pflicht, sondern auch eine durch Regeln des Völkerrechts und aus internationalen Abkommen und Verträgen treffende Verpflichtung.

Dabei verstößt gerade auch die Ablehnung von Bewerbern mit marxistischer Überzeugung nicht nur gegen die antifaschistische demokratische Verfassungsordnung der BRD, sondern in gleichem Maße gegen die internationale

Achtung des Faschismus jeglicher Spielart, wie sie etwa auch in Resolutionen der UN-Vollversammlung gegen neofaschistische Tendenzen und Bestrebungen in der BRD zum Ausdruck kommen.

Gerade Mitglieder der kommunistischen Parteien und Sozialisten standen und stehen in vorderster Front im Kampf gegen jede Spielart des Faschismus, wie das Beispiel Chile erneut in aller Deutlichkeit unter Beweis stellt...

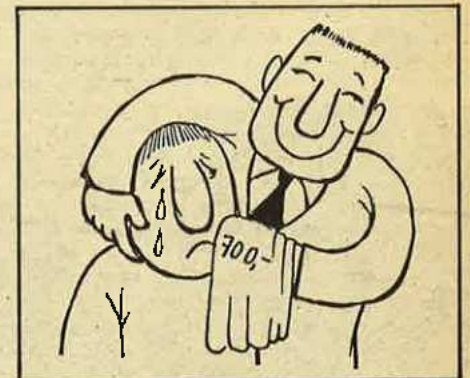
Angesichts des Beitritts der BRD zu den Vereinten Nationen stellt sich daher die Frage, ob die BRD auch weiterhin gewillt ist, diese Verstöße ihrer Behörden gegen internationale Verpflichtungen zu dulden und inwieweit sie die Bereitschaft erkennen läßt, künftige Abkommen zur Wahrung der Rechte des einzelnen durch strikte Befolgungsanweisungen an die Behörden ihres Landes durchzusetzen.“

Billiger kriegen wir ihn nie wieder!

Die Industrie stellt sich darauf ein, sogenannte „Studienabbrecher“, Studenten also, die ihr Studium vorzeitig ohne Abschluß beenden, zum umwerben. Das „Handelsblatt“ brachte dazu jüngst eine Karikatur, die einen Studenten zeigt, der auf der Examensleiter durchbricht. Ein Manager sagt dazu zum anderen: „Jetzt zugreifen, billiger kriegen wir ihn nie wieder!“

Die Tübinger Berufsberatung für Hochschüler hat eine interessante Umfrage veranstaltet, die die zynische Aussage der Karikatur stützt: Sie befragte 108 Unternehmer, ob sie Studenten ohne Examen einstellen würden und welche Vergütungen man zu zahlen bereit sei. 90 Prozent der Unternehmer erklärten sich sofort bereit, Studienabbrecher einzustellen, 5 Prozent zeigten sich interessiert, hatten aber gerade keine Stellen anzubieten, nur 5 Prozent der Unternehmer lehnten prinzipiell ab. Die größten Chancen, ohne Abschluß beschäftigt zu werden, haben Volks- und Betriebswirtschaftler sowie Mathematiker. Geringes oder kein Interesse besteht an Halb-Juristen und Halb-Medizinern.

Hauptgrund der Umwerbung: Anfänger, die ihr Studium nicht beendet haben, erwartet nur ein Gehalt zwischen 700 und 1200 DM. Hochschulabsolventen mit Diplom oder Promotion bekommen ein Mindestgehalt ab 1800 DM aufwärts.



Nürnberger Stadtrat beschließt Allende-Straße

Gegen die Stimmen der CSU beschloß der Nürnberger Stadtrat, eine Straße nach dem chilenischen Präsidenten Salvador Allende zu benennen. Die SPD-Fraktion stellte sich bei der Abstimmung einmütig hinter einen entsprechenden Vorschlag von DKP-Stadtrat Herbert Stiefvater. Sie begründete ihre Haltung mit den Worten: „Allende ist eine Persönlichkeit gewesen, die der Bevölkerung mit großem humanitären Engagement helfen wollte.“ Die CSU hingegen diffamierte den ermordeten Unidad-Popular-Politiker als „Gesetzesbrecher“, der — so CSU-Stadtrat Canzler — „der Demokratie Schaden zugefügt“ habe.



Wie mischte sich der US-Imperialismus in die inneren Angelegenheiten Chiles ein? Wer ist die Unidad Popular, wie ist ihre Zusammensetzung, was ist ihr Programm, was hat sie erreicht? Über welche Machtpositionen verfügt die innere Reaktion, was unternahm sie, um die UP-Regierung zu stürzen? Welche Rolle spielte die chilenische Armee? Welche Klasseninteressen vertritt die heutige Militärjunta, gegen wen ist ihre Gewaltherrschaft gerichtet? Unter welchen Voraussetzungen und mit welcher Perspektive organisiert das chilenische Volk heute den Widerstandskampf? Welche Aufgaben stellt sich die Solidaritätsbewegung in der BRD?

Ausgewählte Dokumente sind diesem Referat beigelegt.

Antimperialistisches Informationsbulletin. 355 Marburg/L., Liebigstraße 48. (96 Seiten, 4 DM)

Club junger Sozialisten

Der erste „Club junger Sozialisten“ wurde vom Bundesvorstand der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Mannheim gegründet. Weitere Clubs werden in Monaten in zahlreichen Städten der BRD entstehen, so in Stuttgart, Hamburg, Frankfurt, Dortmund und München. Die Clubs werden



durch attraktive Programme die Diskussion um die Idee des Sozialismus unter der BRD-Jugend verstärken. Sie sollen vor allem jungen Arbeitern, Lehrlingen und Schülern die Möglichkeit geben, sich marxistisches Grundwissen anzueignen.



ARD-Hochschul-Diskussion

Ein Gutes hatte Peter Merseburgers Mammut-Diskussionsrunde über das Hochschulrahmengesetz am 9. November zumindest: Die CDU wird jetzt nicht mehr so einfach im Bundestag anfragen können, wieso man sich mit „Verfassungsfeinden“ wie dem MSB Spartakus überhaupt über Hochschulpolitik unterhalten könne — hat sie sich doch selbst mit ihren reaktionärsten Ministern mit uns im Studio an einen Tisch setzen müssen, wenn auch die Diskussionsleitung dafür sorgte, daß nicht allzuviel Linkes über den Kanal lief.



RCDS und Kathedersozialisten: Rede- und Versammlungsverbot für Arbeiterjugend und Gewerkschafter

Schulter an Schulter ereiferten sich RCDS und „AK-Fraktion“ (eine bayrische, aber deswegen nicht weniger vorkommende Variante des Seminar „marxismus“) gegen die Abschlußkundgebung der Münchner Demonstration, die von der „Aktion Demokratische Hochschule und dem Komitee gegen die Allgemeine Schulordnung“ durchgeführt wurde. Ein Vertreter der GEW und der Gewerkschaftsjugend als Kundgebungs-sprecher — das ging den Herren zu weit. Unter dem Motto „Zurück in die studentische Isolation“ organisierten die Kathedersozialisten flugs eine Gegendemonstration. Mit seiner lauthalsen Unterstützung folgte Maier's Studentenring der Stimme seines Herrn: Bornier-

ter Akademismus erleichtert der CSU das Ruhe- und -Ordnungsgeschäft an den Hochschulen. Wie gut sich diese Liaison verträgt, zeigt auch der Würzburger AStA, in dem AKler und RCDS gemeinsam sitzen.

Breiter Protest gegen Maier-Gesetz

Am 28. November demonstrierten in ganz Bayern Tausende gegen die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes der Straußpartei. Die Studenten waren nicht allein. Fortschrittliche Hochschullehrer und Schüler demonstrierten mit, Vertreter der Arbeiterjugend sprachen auf den Kundgebungen in Bamberg, Nürnberg, Regensburg und München. In einem Aufruf hatten MSB Spartakus und SDAJ Arbeiterjugendliche, Schüler und Studenten aufgerufen, gemeinsam gegen die reaktionäre CSU-Bildungspolitik vorzugehen.



elan bringt in seiner Dezember-Ausgabe: Betriebsreport über Mannesmann und die Arbeit des Duisburger Solidaritätskomitees für die Entlassenen; neue Pläne und Texte von Floh de Cologne; Arbeiterjugend in Aktion — Berichte über das Bayertribunal, die Aktion „Roter Kuckuck“, die Bewegung gegen die Rausschüsse von Jugendvertretern u. a.; die israelische Aggression im Nahen Osten; Probleme der Schülerbewegung; Interview mit dem Revolutionär und Schriftsteller Otto Gotsche; Bericht vom Hamburger Parteitag der DKP; Bildungssystem in der Sowjetunion und vieles andere.

internationales

Chile-Manifestation in Turin

Eine neue Etappe der Solidarität

Hunderttausend Jugendliche aus ganz Europa, darunter auch eine Delegation des MSB Spartakus, haben sich am 17. November in Turin versammelt, um ihre Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck zu bringen. Dieser Manifestation ging eine Konferenz der Repräsentanten der teilnehmenden Organisationen voraus, die folgendes Dokument verabschiedete. (Übersetzung aus dem Spanischen)

Jugend der Welt: Wir, Vertreter der internationalen und nationalen Organisationen der Jugend und Studenten Europas, versammelt in Turin am 17. November 1973 in der Solidaritätskonferenz der Jugend und Studenten Europas mit Chile, haben mit großer Genugtuung die starke Antwort der Jugend Europas gegenüber dem Solidaritätsaufruf mit dem chilenischen Volk feststellen können. Dieser Aufruf wurde am 22. September in der Konferenz von Paris formuliert und ihm folgten sie mit außerordentlichem Enthusiasmus in jeder der Aktionen, die im Monat der Solidarität mit Chile vom 4. Oktober bis zum 4. November durchgeführt wurden.

Die Veranstaltungen von Hunderten von Meetings und Solidaritätsdemonstrationen, Fotoausstellungen, die Herausgabe von Flugblättern und anderem Informationsmaterial über die Situation in Chile, der Erfolg bei der Kampagne der Unterschriftensammlung, das hohe Niveau, das bei der Kampagne für materielle Hilfe erreicht wurde, die Tausende von Solidaritätsbotschaften, die dem Volk von Chile zugesandt wurden und auch die Aufforderung aus aller Welt an die Vereinten Nationen, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, sind alles konkrete Beweise der breiten Ablehnung der Jugend gegenüber der faschistischen Militärjunta, die in Chile die Macht übernahm, nachdem sie durch Waffengewalt die verfassungsmäßige Regierung der Volksfront unter Salvador Allende stürzte. Junge Menschen verschiedener politischer, ideologischer und religiöser Auffassungen vereinigen sich zu einer einzigen Bewegung, um dem Morden, dem Foltern und der Repression gegen das Volk Einhalt zu gebieten.

Mit der erfolgreichen Beendigung des Solidaritätsmonats mit dem chilenischen Volk beginnt eine neue Etappe

der Solidarität auf neuen Ebenen und mit konkreteren Zielen:

Die Eskalation des blutigen Terrors, den die Junta am 11. September begann, hat nicht aufgehört; im Gegenteil: in ihrer Angst vor dem patriotischen Widerstand vertieft die Junta die Repression Tag für Tag. Deswegen fordern wir, daß die Eskalation des Terrors in Chile gestoppt wird, daß die Menschenrechte respektiert werden, daß die standrechtlichen Erschießungen und der heimtückische Mord der politischen Gefangenen aufhören.



Texte zur Demokratisierung
Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags

Peter C. Walther: Ist Chile bei uns möglich? (Heft 10 der Texte zur Demokratisierung). 70 Seiten, 2,50 DM. Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei Röderberg-Verlag, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 4129.

Heute erleben Tausende von chilenischen Familien die Tragödie des Hungers und der Arbeitslosigkeit, und viele chilenische Kinder sind auf Grund der Massaker verwaist. Wir rufen die Jugend der Welt auf, die Not der verwaisten Kinder zu lindern. Findet neue Familien für diese chilenischen Kinder! Hunderte von Demokraten leben heute in ausländischen Botschaften im Asyl, ohne das Land verlassen zu können. Wir verpflichten uns, für ihre Ausreisegenehmigung zu kämpfen. Wir werden für ihre Freiheit kämpfen.

Auch rufen wir auf zum Kampf für Arbeits- und Studienplätze mit Stipendien für sie.

Wir rufen die Jugend der Welt auf, die internationale Jugenddelegation zu unterstützen, die in den nächsten Wochen nach Chile fahren wird; wir müssen für ihre Einreiseerlaubnis nach Chile kämpfen.

Die Jugend der Welt soll die Situation ihrer chilenischen Brüder direkt kennenlernen.

Auch rufen wir auf, zur Weiterführung der anderen Solidaritätsaktionen, wie die Übersendung von Unterstützungsbotschaften an das chilenische Volk, hauptsächlich an die Gefangenen, Protestschriften an die Junta.

Wir müssen die Aktionen fortführen, in denen wir von den Regierungen verlangen, alle Schritte zu unternehmen, um die Junta zu isolieren und die Einstellung jeder ökonomischen, theoretischen und militärischen Hilfe forcieren. Es ist wichtig, die internationale Isolierung der Junta zu vertiefen. In der letzten Zeit entsendet die Junta Boten in alle Länder der Welt mit dem Versuch, ihre politische Unterstützung zu bekommen.

Die Jugend der Welt wird nicht tatenlos zusehen, wenn faschistische Kriminelle mit ihrer Anwesenheit die Völker beleidigen. Sie wird ihre Abscheu und Wut in konkrete Ablehnung gegenüber den Sendboten des faschistischen Terrors umwandeln.

Wir, Vertreter der Jugend, versammelt in dieser Solidaritätskonferenz mit Chile, bezeugen den unwiderruflichen Entschluß der jungen Menschen aller Anschauungen und Konfessionen, die Bewegung der Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes mit noch größerer Kraft weiterzuführen, bis der endgültige Sieg erreicht ist. Stoppt den Terror der mörderischen Junta!

Stoppt die Exekutionen der politischen Gefangenen!
Ausreiseerlaubnis für die politisch Asylierten!

Die weltweite Solidarität soll die Tragödie der chilenischen Kinder lindern! Der Kampf des chilenischen Volkes wird siegreich sein.

Schluß mit dem Morden!

Während der Manifestation in Turin hatten Studenten aus der Bundesrepublik Gelegenheit, folgendes Interview mit Dusan Ulcak, dem Präsidenten des Internationalen Studentenbunds (IUS) zu führen:

Frage: Welche Kampagnen wird der IUS in der nächsten Zeit in bezug auf die Chile-Solidarität durchführen?

IUS: Die Kampagne „Jede Universität ein Zentrum der Solidarität mit Chile“ muß fortgeführt werden. Es gilt jedoch, entsprechend den verschiedenen Ebenen (regional, national, international) konkrete Formen der Solidarisierung zu entwickeln. D. h. jedoch nicht, daß die Solidarisierung sich nur auf die Studenten bezieht, sondern sie muß breiteste Teile der Bevölkerung (religiöse Gruppen, Demokraten etc.) umfassen.

Frage: Welche der genannten Bereiche und welche Teile der Bevölkerung wird der IUS schwerpunktmäßig in seine Aktionen und Aktivitäten einbeziehen?

IUS: Ein zentraler Punkt für die Aktionen und Orientierung des IUS ist die Konzentrierung auf studentische Bereiche, weil er eine Studentenorganisation ist, und jeder sich in seinem Bereich schwerpunktmäßig engagieren muß. Deshalb befaßt sich der IUS bei der Frage „Hilfe für Chile“ primär mit diesem Bereich. Sie hat vor allem zum Ziel, Studentenführer, Rektoren von Schulen und Universitäten zu unterstützen. Dieses plant der IUS wie folgt zu realisieren.

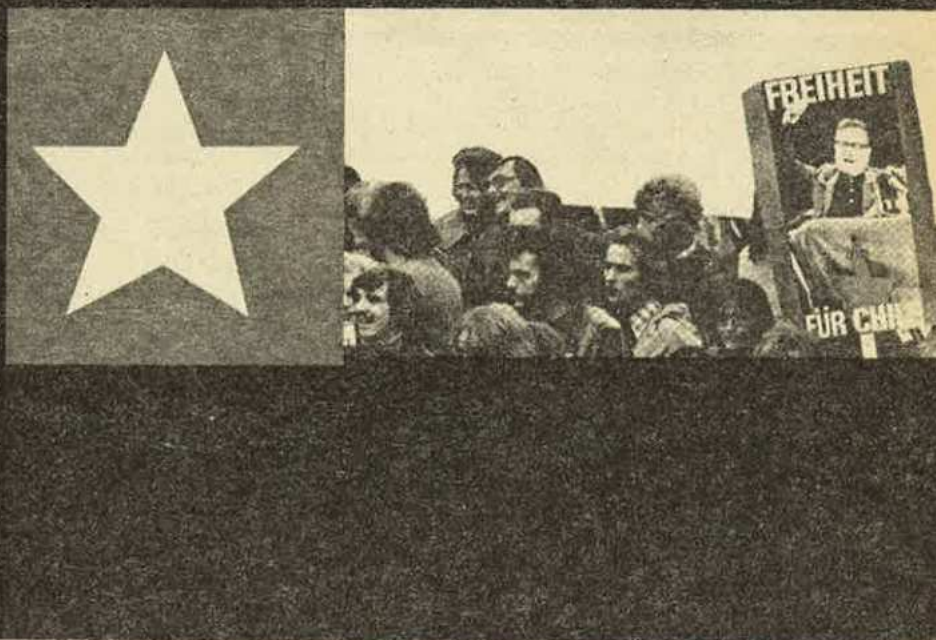
1. Stipendien für chilenische Studenten, die in Chile selbst gefährdet sind und in einem anderen Land die Gelegenheit bekommen müssen, ihr Studium zu beenden. Der IUS kann selbst im Höchstfall nur 10 bis 15 Stipendien tragen. Deshalb müssen die Anstrengungen dahingehen, daß andere Organisationen und insbesondere die Universitäten Plätze für chilenische Studenten bereitstellen.

2. Die IUS plant die Entsendung von Rechtsanwälten, die die verhafteten Studentenführer, Professoren und Rektoren bei den Prozessen verteidigen. Zuvor jedoch ist es notwendig, die Junta zu zwingen, die außerordentlichen Militärgerichte abzuschaffen. Auch wenn dies gelingt, ist noch nicht abzusehen, inwieweit dies Projekt realisierbar ist. Deshalb entsendet die IUS in allernächster Zeit einen Rechtsanwalt, um die Realisierungsmöglichkeit dieses Projekts zu testen.

Chile

**Freiheit
für das Volk
von Chile.
Solidarität mit
der Unidad Popular**

**Solidaritäts- und
Spendenaktion
des MSB SPARTAKUS**



Kauft die Solidaritäts-Postkarten des Spartakus!

Beteiligt Euch an der Sammel- woche 13. – 20. Dez. „50000 DM für die chilenischen Patrioten“

Konto: Postscheckamt Köln 271187-503
Kennwort: 50 000 DM für Chile



Mehrere tausend Studenten nahmen an einer Veranstaltungsreihe teil, auf der auf Einladung des vds Vertreter der Unidad Popular über die Lage in Chile und den sich festigenden und vereinheitlichenden Widerstand breiterer Volksmassen berichteten. Während die Junta ihren faschistischen Terror durch immer weiteren Abbau aller sozialen Errungenschaften der Volkseinheit ergänzt, fanden am 19. November in Chile die ersten Massenstreiks statt. Zu den Fotos: Über 3000 Studenten bei der Solidaritätsveranstaltung im Hamburger Audimax (oben). In Marburg kamen 1800 Kommilitonen, die spontan 2300 DM für die chilenischen Patrioten spendeten (unten).



Konkrete Vorschläge zur Verteidigung besonders hart Betroffener liegen bereits vor:

1. Ossiel Nunez, Präsident der FEUT,
2. Prof. Enrique Kirberd, Rektor der Technischen Universität von Santiago
3. Antonio Leal, Generalsekretär des Studentenverbandes von Concepcion
4. Raul Oliva, Führer der CPFUCH von Chile (etwa dem vds vergleichbar).

3. Der IUS fordert alle nationalen Studentenverbände, alle Universitäten und all die, die in der Chile-Solidarität mitarbeiten auf, konkrete Aktionsformen zu entwickeln.

Frage: Welches sind die Hauptziele der Solidaritätsbewegung in der momentanen Phase des Kampfes?

IUS: Die Hauptziele in dieser Phase müssen folgende sein:

1. Schluß mit dem Morden!
2. Freilassung aller politischer Gefangenen!
3. Wiederherstellung der demokratischen Rechte und des Friedens!

Frage: Welche Funktion hat der Solidaritätskongreß von Turin in diesem Zusammenhang?

IUS: 1. Ausgehend von diesem Kongreß werden Solidaritätsadressen nach Chile geschickt.

2. Der Kampf um die Isolation der Junta wird verstärkt.
3. Zum Gedenken an den von den Faschisten ermordeten Victor Jarra und an Pablo Neruda werden politische Lieder-Festivals organisiert.
4. Ebenso werden chilenische Delegationen durch Asien und Afrika reisen, wie in Europa und Lateinamerika schon durchgeführt.
5. Die Publizierung und Realisierung der Resolution, die die chilenische Delegation auf dem Weltfriedenskongreß im Oktober in Moskau verabschiedet hat.

Kampagne „100 000 Briefe nach Chile“ verstärkt weiterführen!

Die Kampagne findet erste Resonanz: Die ersten Antwortschreiben, die den Absendern aus der BRD versichern, wie wichtig und notwendig die Informationen und Solidaritätsbezeugungen der Briefe sind, treffen ein. Aber auch die chilenische Reaktion hat die große Bedeutung dieser Aktion erkannt: Aus Villenvierteln Santiagos kommen Antworten, aus denen die Brutalität und der Zynismus der Mörderjunta spricht. Wenn auch einige Briefe an Faschisten gelangen, die Masse wird ihre Funktion erfüllen. Adressen aus dem Telefonbuch von Santiago sind beim vds, 53 Bonn, Kaiserstr. 71, und bei den ASTen zu bekommen.



Faschismus in Griechenland

Mit Nato-Panzern und BRD-Gewehren

Das Athener Faschisten-Regime, das am 29. Juli 1973 die Rückkehr zur bürgerlich-demokratischen Ordnung ausrief, zeigte in den letzten Wochen mit brutalem Terror, was von diesem Bekenntnis zu halten ist: Mit Nato-Panzern und „Mauser“-Gewehren aus der BRD gingen Soldaten gegen Studenten und Arbeiter vor, die die Rückkehr zu demokratischen und freiheitlichen Verhältnissen in dem Balkanland fordern, das seit dem 21. April 1967 von Faschisten beherrscht wird. Nach aus Athen vorliegenden authentischen Berichten haben die Schergen über 200 Bürger, darunter Kinder und unbeteiligte ausländische Touristen, ermordet. Im Stadion der Hauptstadt werden – nach dem Vorbild der chilenischen Faschisten – mehrere tausend Widerstandskämpfer festgehalten.

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik drückten Tausende griechischer Arbeiter, Studenten und ihre deutschen Kommilitonen ihren Protest gegen die neuen Terrorakte der faschistischen Machthaber in Griechenland sowie ihre Solidarität mit dem erstarkenden Widerstand des Volkes aus. Allein in Frankfurt demonstrierten am 20. November 12 000 Menschen. Sie verabschiedeten Resolution, in der es u. a. heißt:

„Die Länder der NATO haben sich bis heute dem Willen der USA gebeugt und durch direkte und indirekte Hilfe zur Aufrechterhaltung der faschistischen Diktatur in Griechenland beigetragen. Die Haltung der BRD gegenüber dem Athener Regime spielt eine sehr große Rolle. Sie kann mit ihrem entscheidenden Einfluß auch in der NATO großen Druck zum Einhalt der Brutalität in Griechenland ausüben. Wir verurteilen mit Abscheu die barbarischen Methoden der militär-faschistischen Diktatur in Griechenland und ihre Unterstützung aus dem Ausland und erklären uns solidarisch mit den Forderungen des griechischen Volkes nach Demokratie, nationaler Unabhängigkeit, Volkssouveränität und sozialer Gerechtigkeit. Wir fordern die UNO, die Regierungen der NATO-Länder, die internationalen Organisationen und die fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt auf:

1. Die faschistische Gewalt in Griechenland zu verurteilen und den Mordorgien der faschistischen Diktatur Einhalt zu gebieten;
2. das griechische Volk in seinem Kampf gegen die faschistische Diktatur sowohl moralisch als auch humanitär und materiell zu unterstützen;
3. das griechische Militärregime aus allen internationalen Organisationen auszuschließen und es politisch, wirtschaftlich und militärisch zu isolieren;
4. wir fordern das Internationale Rote Kreuz auf, unverzüglich eine Delegation nach Griechenland zu senden, und den Opfern des faschistischen Terrors jede Hilfe zukommen zu lassen.“

Studentensender der TH Athen, 16. 11. 73

11.15 Uhr: Hier ist die TH, hier ist die TH. Wir senden über 1000 kHz. Hier spricht der Rundfunksender der freien, kämpfenden Griechen. Wir kämpfen gegen die Junta. Wir kämpfen gegen den Faschismus.

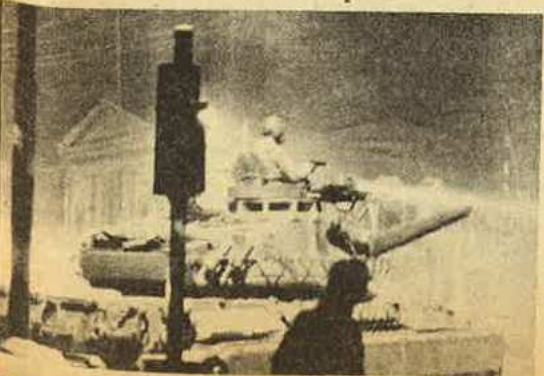
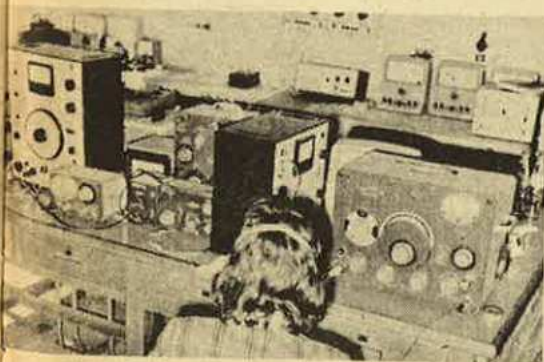
16.45 Uhr: Die Bauern von Megara fahren auf ihren Traktoren nach Athen, um auf dem Platz der Verfassung gegen die Landenteignung zu demonstrieren, um den Sturz der Diktatur zu fordern. Unser Kampf greift auf das ganze Volk über ...

20.30 Uhr: Wir rufen das Volk von Athen, das ganze griechische Volk zur massenhaften Mobilisierung auf. Nur so werden wir die Junta stürzen.

0.15 Uhr: In diesem Augenblick erfahren wir, daß die Polizisten Glasscheiben zertrümmern, um dies uns anzulasten und uns morgen als Anarchisten und Extremisten zu bezeichnen. Wir sind keine Anarchisten und keine Extremisten, wir sind Griechen und freie Menschen und kämpfen, um in einem demokratischen Regime unsere Meinung frei äußern zu können.

2.02 Uhr: Griechen, die Panzer haben in diesem Augenblick ihre Kanonen auf die Hochschule gerichtet. Die Studenten haben ihre Hemmen aufgeknöpft und zeigen ihre Brust, die einzige Waffe, die sie haben.

2.25 Uhr: Soldaten, Brüder, ihr werdet doch nicht die Waffen gegen Brüder richten, ihr werdet nicht eure Brüder erschießen. Wie könnt ihr auf eure Brüder schießen?



Erste Vollversammlung der Völker

Der Weltkongreß der Friedenskräfte arbeitet weiter!

Ekel schüttelt den Zuschauer von Löwenthals ZDF-Magazin. Madame Cecile Rolin aus Belgien, Teilnehmerin am Weltkongreß der Friedenskräfte, der Ende Oktober in Moskau stattgefunden hat, berichtet von ihren schrecklichen Erlebnissen in der finsternen Hauptstadt des Weltbol-schewismus. Der Rote Platz war ständig von Millz umzingelt, so daß Madame Rolin keinen Kontakt zu dem einfachen russischen Menschen herstellen konnte! Das Hotel, in dem die Kongreßteilnehmer wohnten, war so scharf bewacht, daß Madame Rolin mit keinem der ausländischen Kongreßteilnehmer auch nur ein Wort wechseln konnte! Und dann diese Uhr! Die Uhr, die jeder Kongreßteilnehmer als Gastgeschenk bekam: ein fieser Bestechungsrick der sowjetischen Imperialisten, mit dem sie erreicht haben, daß der gesamte Kongreß nach der Rede von Leonid Breshnew stehend applaudierte!

Ja, sie haben es schon schwer mit diesem Weltkongreß der Friedenskräfte, unsere Massenmedien und die Reaktionen aller Schattierungen. Zuerst haben sie den Weltkongreß systematisch vor der westdeutschen Öffentlichkeit geheimgehalten. Das Treffen der 3200 Vertreter der Völker der Welt war ihnen keine Zeile wert. Als aber nicht mehr daran zu rütteln war, daß dieser Kongreß sich zu einem in aller Welt (mit wenigen Ausnahmen wie der Bundesrepublik) beachteten Ereignis entwickelte — und schlimmer noch — zu einer Demonstration der weltweiten Unterstützung und Sympathie für die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion, da konnten zumindest die Ultrarechten in unserem Land nicht mehr an sich halten. Die FAZ tat einen ausführlichen Griff in die Mottenkiste ihrer antikommunistischen Polemik. Und Löwenthals einziger Rettungsanker war nun einmal diese Uhr. Schlechte Zeiten für die Reaktionäre, wenn sie keine besseren „Argumente“ mehr finden! Ein gutes Zeichen für die Ausstrahlungs- und die Überzeugungskraft dieses Kongresses, der seine Feinde auf die lächerlichsten Histörchen auszuweichen zwingt!

Andere bürgerliche Kräfte, die die Dinge etwas realistischer sehen und Löwenthals Niveau für nicht mehr zeitgemäß halten, reagierten auf den Kongreß genauso unsicher, aber auf ihre Weise: sie setzen die Verschweigtaktik einfach fort. Typisch war die Haltung der SPD-Führung. Einerseits versuchte sie, allerdings nicht mit dem notwendigen Erfolg, SPD-Mitglieder von der „Basis“ von der Teilnahme am Kongreß fernzuhalten. Andererseits schickte sie Hans-Jürgen Wischniewski als Beobachter nach Moskau. Er soll vom Erfolg des Kongresses und auch

der Breshnew-Rede sehr beeindruckt gewesen sein, und er hat zweifellos dem SPD-Parteipräsidium ausführlich berichtet. Er vergaß allerdings, die Öffentlichkeit unseres Landes über seine Eindrücke zu informieren, und dieselbe Vergeßlichkeit legte dann auch die mit der Bundesregierung sympathisierende Presse an den Tag.

Dieser Kongreß war wirklich eine harte Nuß nicht nur für Reaktionäre, son-



dern für alle Politiker, die die Außenpolitik, die Entscheidung über Entspannung oder kalten Krieg, die Entscheidung über Abrüstung oder verstärkte Aufrüstung als ihr Privileg, das Privileg der Regierung erhalten wollen und deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um die Masse der Bevölkerung von der Teilnahme am politischen Leben fernzuhalten. „Der Weltkongreß der Friedenskräfte“, notiert das Abschlußkommunique, „war das breiteste Forum in

der Geschichte der gesellschaftlichen Bewegungen und vereinigte Vertreter von 120 internationalen und über 1100 nationalen Organisationen und Bewegungen aus 143 Ländern.“ Über 3200 Menschen trafen sich in Moskau, „der großen Hauptstadt der ruhmreichen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, wie sich Norodom Sihanouk, das Staatsoberhaupt von Kambodscha, den noch nie jemand als Kommunisten verdächtigt hätte, in seinem Grußschreiben an den Kongreß ausdrückte. Die politische Breite und Vielfalt der Teilnehmer war denn auch eines der Hauptmerkmale des Kongresses. Die breite Skala von Kommunisten bis zu buddhistischen Mönchen, von russischen Patriarchen bis zu sozialdemokratischen Betriebsräten, von liberalen Wissenschaftlern bis zu Vertretern der mit Waffengewalt um ihre Freiheit kämpfenden Völker sorgte für viele angeregte und zum Teil auch kontrovers geführte Diskussionen.

Sie sorgte aber auch für eine von neuen Erfahrungen und tieferen Einsichten getragene weltweite Solidarität aller Kräfte, die sich für Frieden, Abrüstung und nationale Unabhängigkeit einsetzen. Die Ansprachen von Hortensia Allende, der Witwe des ermordeten chilenischen Präsidenten, und von Ama Maria Cabral, der Witwe des vom portugiesischen Kolonialismus ermordeten Führers der siegreichen Befreiungsbewegung PAIGC von Guinea-Bissau, waren machtvolle Manifestationen der Solidarität mit den Völkern, die gegen Faschismus und Kolonialismus kämpfen. Und die Rede von Leonid Breshnew wurde so etwas wie die Basis, auf der sich der geistige Austausch der Kongreßteilnehmer, der Kommunisten wie der Nichtkommunisten, vollzog. „Die Einberufung des Weltkongresses der Friedenskräfte, um den Kampf der Völker in der ganzen Welt zu verstärken“, betonte Huynh Tan That, Vorsitzender der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, in seinem Grußschreiben, „ist ein großer Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Unabhängigkeit, Demokratie und des sozialen Fortschritts in der ganzen Welt.“

Worauf stützt sich eine solche hohe Einschätzung? Was ist das Besondere an diesem Kongreß?

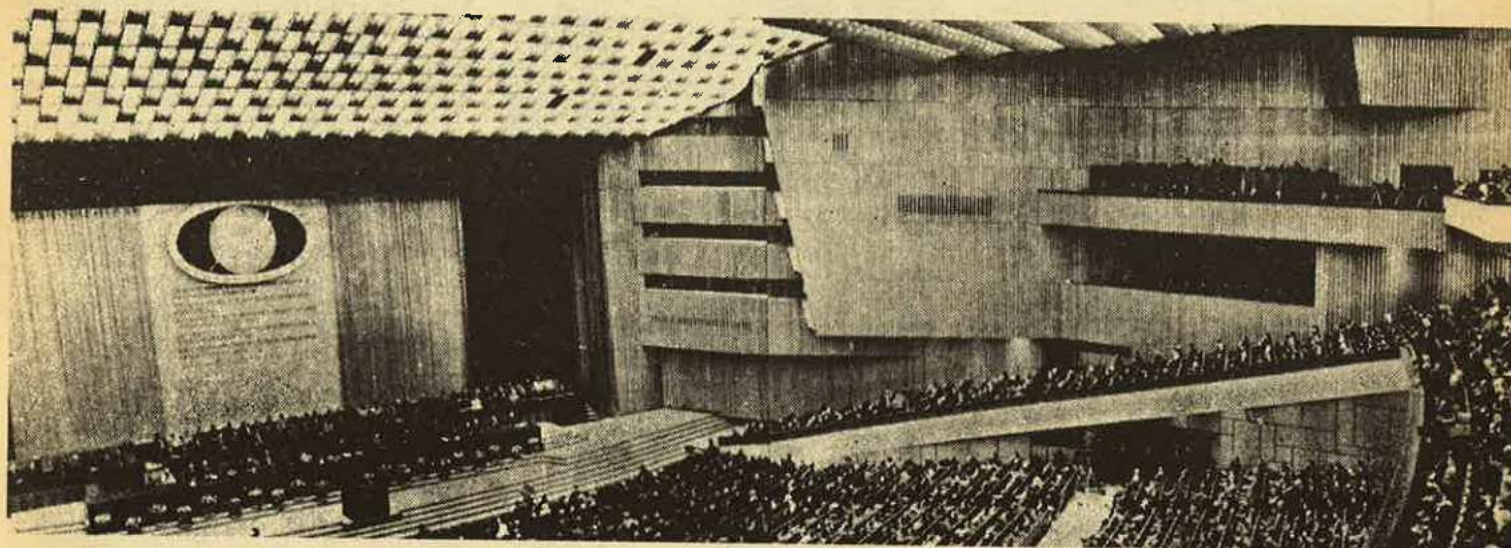
Der Kongreß war kein Treffen von Pazifisten, die einen ehrenwerten, aber idealistischen Aufruf zum Weltfrieden verabschiedet hätten, sondern er war ein Arbeitskongreß der verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Kräfte aus allen Teilen der Welt, eine wahre,

in ihrer Art erst- und einmalige Vollversammlung der Völker, die gemeinsam ein konkretes Aktionsprogramm für den Frieden in allen Teilen der Welt entwickelte. Es wurde nicht abstrakt vom Weltfrieden gesprochen, sondern von den konkreten Regionen der Erde, in denen er verletzt wird, von den Kräften, die ihn dort verletzten, von den Ursachen dieser Konflikte und von den Maßnahmen, die zur Herstellung des Friedens ergriffen werden müssen. Zugleich wurde der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisen- und Kriegsherden herausgearbeitet und die gemeinsame Verantwortung aller Völker für den Kampf um

der Menschheit nicht ruhig bleiben, steht das Gebäude des Friedens nicht auf sicherem Fundament." Dem Kongreß, das drücken diese letzten Sätze sehr deutlich aus, ging es also nicht nur um die **Unteilbarkeit des Weltfriedens**, um ein konkretes und detailliertes gemeinsames Aktionsprogramm der Völker der Welt für den Frieden. Sondern darüber hinaus war es ein tragender Gedanke, wenn nicht sogar der wichtigste Grundgedanke des Kongresses überhaupt, den engen und untrennbaren **Zusammenhang zwischen dem Frieden und dem demokratischen und sozialen Fortschritt** herauszuarbeiten. Dem Kongreß ging es um einen,

Nahost

In den Tagen des Kongresses war die Weltlage aufs Äußerste gespannt. Fortgesetzte israelische Aggressionen und die Eskalationspolitik der USA, die ihre Streitkräfte in Alarmbereitschaft gesetzt hatten, stellten eine akute Bedrohung des Friedens in der Welt dar. So war es selbstverständlich, daß die Nahost-Frage den Kongreß sehr stark bewegte und große Diskussionen auslöste. Das Abschlußkommuniqué faßte im Sinne der übergroßen Mehrheit der De-



einen gerechten Frieden in jedem Teil der Welt betont. Der Appell, der zum Abschluß des Weltkongresses verabschiedet wurde, faßt den Gedanken so zusammen:

„Die internationale politische Atmosphäre hat sich, dank der Erfolge der Friedenskräfte, in der letzten Zeit zu klären begonnen. Der kostspielige und bedrückende kalte Krieg beginnt in den Hintergrund zu treten. Es besteht nun die begründete Hoffnung, daß die jetzigen und künftigen Generationen für immer von dem Alpdruck einer nuklearen Katastrophe befreit werden können. Die Verhärtung und Konfrontation in den internationalen Beziehungen wird schrittweise einer friedlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil und einem größeren Vertrauen zwischen den Staaten weichen.

Noch halten die Kräfte des Imperialismus, der Aggression und der Reaktion die letzten Bollwerke des Kolonialismus. Sie organisieren faschistische Putsch. Sie säen Zwietracht und Feindschaft unter den Völkern. Solange es noch einen Fußbreit Boden gibt, auf dem Blut vergossen und Aggressionen begangen werden, solange noch einem Volk das Recht auf Entscheidung über das eigene Schicksal vorenthalten wird, solange es noch faschistische und rassistische Regimes gibt, die den demokratischen Willen des Volkes unterdrücken —, solange kann das Gewissen

wie es Leonid Breschnew in seiner Rede ausdrückte, „gerechten, demokratischen Frieden“, um einen Frieden, „der auf der Achtung der Rechte und Interessen aller Völker beruht“. Die politischen und sozialen Bedingungen eines dauerhaften Friedens, — dieses Problem zog sich wie ein roter Faden durch alle Plenarsitzungen und Kommissionen des Kongresses. Breschnew spitzte es so zu: „Für Millionen Menschen auf unserem Planeten gibt es noch keinen Frieden; sie müssen mit der Waffe in der Hand gegen die imperialistischen Aggressoren und deren Handlanger, gegen die Willkür von Landräubern, für Freiheit und Unabhängigkeit und für das elementare Recht, Herr im eigenen Hause zu sein, kämpfen. Die Friedensanhänger können nicht umhin, daraus ihre Schlußfolgerungen zu ziehen.“

Die gesamte Arbeit des Kongresses trug dieser Forderung Rechnung. Namentlich in den 14 Kommissionen wurden die Probleme behandelt, die mit der Verwirklichung eines dauerhaften Friedens in der Welt, mit seinen politischen und sozialen Voraussetzungen in Verbindung stehen: von der europäischen Sicherheit bis zum Krieg in Indochina, von der Abrüstung bis zum faschistischen Putsch in Chile, vom Nahost-Krieg bis zum Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus, von den Menschenrechten bis zum Umweltschutz und bis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

legierten die Ergebnisse dieser Diskussion so zusammen: „Die kürzliche militärische Explosion im Nahen Osten hat ... bestätigt, daß diese unversöhnliche Haltung Israels in der Welt von heute nicht zum Erfolg führen kann. Die jüngsten Beschlüsse des Sicherheitsrates gehen gerade davon aus und bestätigen im Grunde genommen, daß es in den jetzigen internationalen Beziehungen keine Legalisierung einer gewaltsamen Annexion geben kann. Diese Beschlüsse weisen den realen Weg zu einer unverzüglichen, gerechten und vollständigen Beilegung der Nahost-Krise. Voraussetzung einer solchen Beilegung ist die sofortige Ausführung der Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO vom 22., 23. und 25. Oktober 1973, der vollständige Abzug der israelischen Truppen von allen besetzten arabischen Gebieten entsprechend der Forderungen der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrates, den Grundbestimmungen der UNO-Charta wie auch die volle Garantierung der legitimen Rechte und der Sicherheit aller Staaten und Völker dieses Raumes einschließlich des Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Heimkehr und Selbstbestimmung gemäß den UNO-Resolutionen.“ Der Kongreß appellierte an die Weltöffentlichkeit, darauf hinzuwirken, daß die Resolutionen des Sicherheitsrates vom 22. und 23. Oktober 1973 unverzüglich erfüllt werden.

Seit der israelischen Aggression vom Juni 1967 hat Ägypten alles in seiner Kraft Stehende getan, um einen dauerhaften Frieden in diesem Gebiet zu schaffen. Ägypten erklärte seine Bereitschaft, die Beschlüsse der UNO-Vollversammlung und des Sicherheitsrates zu erfüllen. Die ARÄ unterstützte voll und ganz die Mission des Sondervertreters des UN-Generalsekretärs bei der Verwirklichung der Sicherheitsratsresolution Nr. 242, sie arbeite mit allen internationalen Kräften zur Herstellung eines dauerhaften und gerechten Friedens in diesem Gebiet zusammen, der sich vor allem auf den Abzug Israels aus allen arabischen Gebieten und auf die Anerkennung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina gründen muß.

Israel jedoch ignorierte nicht nur zynisch und frech alle Anstrengungen, die von uns und von Seiten der internationalen Öffentlichkeit unternommen wurden, sondern demonstrierte auch fortgesetzt seine völlige Mißachtung der Friedensbemühungen und arbeitete auf den weiteren Ausbau seiner Präsenz in den okkupierten arabischen Gebieten hin. Es griff zu administrativen und legislativen Maßnahmen, um das geographische, ethnische und kulturelle



Antlitz dieser Territorien zu verändern und sie dann endgültig zu annektieren. Das ist nichts anderes als eine himmelschreiende Verletzung aller internationalen Normen und Chartas. Hierdurch will Israel die Faktoren der Spannung und des Krieges in diesem Gebiet erhalten.

Angesichts aller dieser Tatsachen und in Anbetracht der Erweiterung der Maßstäbe der israelischen Aggression und ihrer Ausweitung auf die benachbarten arabischen Staaten — auf den Libanon und auf Syrien im September 1973 und schließlich auf Ägypten am 6. Oktober 1973 — blieb unserem Volk keine Alternative, als zur Waffe zu greifen, um sich der Aggression zu erwehren. Wir sind davon überzeugt, daß dies das legitime Recht aller Völker ist. Mehr noch, das ergibt sich aus ihrer Pflicht, ihre Freiheit und Souveränität zu schützen. Das sind die historischen Erfahrungen aller Völker, die sich der imperialistischen und faschistischen Bedrohung erwehren mußten.

Aus dem Grußschreiben an den Weltkongreß der Friedenskräfte des Präsidenten der ARÄ, Anwar Sadat.

Friedliche Koexistenz, europäische Sicherheit, Abrüstung:

„Die Entspannungserfolge in Europa fügen sich in das Gesamtbild der weltweiten Verbesserung der internationalen Beziehungen. Ebenso steht das, was der europäischen Entspannung entgegenwirkt, in engem Zusammenhang mit den Konflikten und Spannungen in unseren Räumen der Welt. Deshalb ist es so wichtig, alles zu tun, um den Entwicklungsprozeß der europäischen Sicherheit zu beschleunigen, zu erweitern und zu vertiefen, wobei beliebige Versuche zurückzuweisen sind, ihn zu verlangsamen oder zu kompromittieren.“ Das ist, wie im Abschlußkommuniqué weiter betont wird, ein wichtiger Beitrag, um die friedliche Koexistenz zum tragenden Prinzip der internationalen Beziehungen zu machen: „Friedliche Koexistenz schließt Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen den Staaten aus und setzt einen wahrhaft friedlichen Charakter der verschiedenen Mittel zur Beilegung von Streitfragen und Differenzen voraus. Und das eben macht sie zur zuverlässigsten Grundlage der internationalen Sicherheit. Als solche Grundlage kann nicht das ‚Gleichgewicht des Schreckens‘ dienen: diese wäre unbeständig und gefährlich, da sie die Kriegsvorbereitung beibehält und rechtfertigt, den militärischen Hintergrund für die Regelung internatio-

naler Probleme fortbestehen läßt und die militärische Konfrontation zwischen den Ländergruppen verschärft.“ Das Aktionsprogramm des Kongresses beinhaltet deswegen einmal den Kampf für den erfolgreichen Abschluß der europäischen Sicherheitskonferenz in Genf mit dem Ziel eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, der Kongreß verband dies aber zugleich mit dem Drängen auf die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische und stellte eine Reihe von konkreten Abrüstungsforderungen auf. Daß die Verwirklichung der Abrüstungsforderungen einen langwierigen und harten Kampf der demokratischen Kräfte und der Arbeiterbewegung voraussetzt, daran ließ niemand einen Zweifel. Breshnew hob die grundsätzliche Bedeutung dieses Kampfes mit den Worten hervor: „Selbstverständlich sind die fortschreitende Ausdehnung des von den aggressiven Kreisen des Imperialismus angepeitschten Wettrüstens und die internationale Entspannung, die jetzt eingesetzt hat, zwei gegenläufige Prozesse. Sie können sich sozusagen nicht endlos parallel abwickeln. Wenn wir wollen, daß Entspannung und Frieden von Dauer seien, so muß dem Wett-rüsten Einhalt geboten werden.“

Indochina:

„Der gesamte Verlauf der Nachkriegsentwicklung hat überzeugend vor Augen geführt, daß Kolonialismus und Aggression, daß die Politik der kolonialen Unterdrückung und die Politik der Stärke im Grunde genommen zwei Seiten einer Medaille sind.“ Dieser Zusammenhang,

auf den Breshnew in seiner Rede hinwies, wird besonders deutlich am Beispiel Indochinas. Insbesondere der Sieg des vietnamesischen Volkes ist von historischer Bedeutung für die Er kämpfung eines gerechten Friedens in allen Teilen der Welt. Der Kongreß wies zugleich auf die fortgesetzte Aggressivität des Imperialismus in diesem Raum hin: „Der Krieg in Kambodscha dauert an; die Saigoner Verwaltung und die reaktionären Kräfte in Laos tun mit Hilfe der USA alles nur Mögliche, um die Verwirklichung der unterzeichneten Abkommen zu bremsen.“ Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben die USA der Saigoner Verwaltung über 150 Tonnen Kriegsmaterial geliefert. Die permanente Verletzung des Waffenstillstands durch die Thieu-Truppen hat seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens 48 000 Tote und Schwerverwundete gefordert. Die brutale Unterdrückung der patriotischen Kräfte in den von Saigon kontrollierten Gebieten verschärft sich zunehmend: 300 000 politische Häftlinge befinden sich in den Kerkern Thieus und sind zum Teil grausamsten Folterungen ausgesetzt. Der Kongreß richtete deshalb den dringenden Appell an die Menschen in aller Welt, den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes für die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens zu unterstützen und sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen des Thieu-Regimes einzusetzen. Er verband dies mit der Aufforderung an die USA, unverzüglich die Aggressionsakte in Kambodscha einzustellen.

Nguyen Dinh Nhun, (38 Jahre):

Ich wurde von Saigoner Polizisten verhaftet und in ein Lager gebracht. Ich sollte in Verhören gestehen, für die Befreiung Vietnams gekämpft zu haben. Das habe ich nicht gestanden. Daraufhin wurde ich gefoltert. Die Polizisten haben mich festgehalten und mir Seifenwasser in den Mund gegossen, bis mein Bauch voller Seifenwasser war und sich aufblähte. Daraufhin sind sie auf meinen Bauch gesprungen und darauf herumgetanzt, bis ich mich erbrochen habe und mir das Seifenwasser wieder zum Mund herauslief. Anschließend haben sie meinen Kopf in der Toilette untergetaucht und mich eingesperrt. Mit eisernen Stangen haben sie in meine Scheide gestoßen, bis ich bewußtlos wurde. Dann haben sie mich wieder mit Seifen- und Paprikawasser gefoltert. Dabei war ich festgebunden und wurde gleichzeitig geschlagen. Sie haben mich auch an den Händen aufgehängt, meine Beine gespreizt und festgebunden und mit Eisenstangen geschlagen und in meiner Scheide gequält. Ich wurde mehrmals bewußtlos. Dann haben sie mich nicht gefoltert und gewartet, bis ich wieder zu mir kam. Erst dann wurden die Folterungen fortgesetzt.

Als mein ganzer Körper verwundet war und ich große Schmerzen hatte, haben sie mir an den Händen Eisennägel unter die Fingernägel in das Fleisch geschlagen. Ich wurde wieder aufgehängt und geboxt wie ein Sandsack. Sie haben mich dann abge-



schnitten und auf den Steinboden fallenlassen. Oft haben sie mich einfach bewußtlos getreten. Dann haben sie meine Brust abgeschnitten. Ich wurde in die Rettungsstation gebracht und war länger als einen Tag bewußtlos.

Die Gefangenen sollten nicht sterben, aber als Menschen sollten sie zerstört werden. Ich sollte keine Kinder mehr bekommen und nicht mehr arbeiten können. Für die Befreiung sollte ich unbrauchbar sein.

In Da Nang wurde ich vor ein Gericht gestellt und zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Während meiner Haftzeit haben meine Wunden immer wieder geblutet und waren entzündet. Nach meiner Freilassung bin ich in einer Klinik vier Monate behandelt worden. Die Wunde Stelle in meiner Scheide ist noch immer nicht geheilt.

Für mich war es die grausamste Folterung, als sie mich nackt ausgezogen haben und an Händen und Füßen gefesselt. Mit großen Hunden haben sie mich vergewaltigt.

Ich bin keine Frau mehr.

Der Bericht wurde während eines Gesprächs in der Hanoi-er Sondervertretung der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams von Wolfgang Kuldshun (Deutsche Jungdemokraten), Mitglied der Delegation der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität in der DRV, protokolliert.

Chile:

„Der Imperialismus, der aggressiv gegen die Völker vorgeht, versucht es nicht nur mit offenen Kampfhandlungen, wie dies in Vietnam der Fall war: Pablo Neruda nannte unser Land ein „stilles Vietnam“, als er die Lage in Chile zwischen September 1970 und September 1973 charakterisierte. Später, vor seinem Tod, sah unser Pablo mit eigenen Augen, wie der stillschweigende und illegale Komplott des Imperialismus gegen unsere Heimat sich bereits zum Heulen der Raketen steigerte, die die Luftwaffe der Putschisten auf La Moneda, auf Betriebe, Universitäten und Arbeitersiedlungen niedergehen ließen.“ Die Worte des Senators der Republik Chile und Mitglieds der Politischen Kommission des ZK der KP Chiles, Volodia Teitelboim, unterstreichen nicht nur die große Bedeutung, die den chilenischen Ereignissen in den Beratungen des Kongresses zukam, sondern waren zugleich ein flammender Appell der Solidarität mit dem gegen Faschismus und Barbarei kämpfenden Volk in Chile. Der Kongreß folgte dem Appell und entwickelte ein breitgefächertes, detailliertes Aktionsprogramm für die antifaschistischen Kräfte der ganzen Welt. Es reicht von der Mobilisierung politischen Drucks auf allen Ebenen bis zur Organisation breiter materieller Solidarität und konkreter Unterstützungsmaßnahmen. Der Kon-

greß hob hervor: „Die wachsende Solidarität mit dem chilenischen Volk, der Kampf gegen den Terror und die Gewalttaten der Junta, für die Freilassung aller Demokraten und Patrioten, für die wahre Wiedergeburt Chiles wird zu einem Bestandteil der Bewegung für die Festigung eines allgemeinen, gerechten und demokratischen Friedens. Er nimmt einen wirklich weltumspannenden Umfang an.“

In einer Welt, in der noch fundamentale demokratische Prinzipien mit Füßen getreten werden, in der es noch Kolonialismus und Rassismus gibt, in der die Hälfte der Weltbevölkerung noch unterernährt ist, in der es noch Hunderte von Millionen Analphabeten gibt, in der mehr als hundert Millionen Menschen arbeitslos sind und in der ein immenser privater Reichtum einer Handvoll Ausbeuter auf tiefstem sozialen Elend ganzer Völker und Klassen beruht, in einer solchen Welt kann es noch keinen dauerhaften Frieden geben. Aber auch die Idee des Friedens, des gerechten, demokratischen Friedens wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Deswegen konnte Leonid Breschnew auf dem Friedenskongreß sagen: „Die Lage hat sich in der jetzigen Epoche grundlegend gewandelt. Heute hat der Kampf gegen den Krieg eine verlässliche Grundlage: Die Macht der Kräfte des Friedens, der Kräfte der Demokratie, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.“ Heute ist es eben nicht nur mehr der wachsende Drang

der Völker nach Frieden und Freiheit, der die Kräfte der Aggression in die Defensive drängt. Die Stärke der Friedenskräfte hat in unserem Jahrhundert eine neue materielle Basis, einen Eckpfeiler erhalten: Den zur Staatspolitik erhobenen Friedenskampf der Sowjetunion und der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft, die ihre gesamte ökonomische, politische und militärische Macht gegen den Imperialismus in die Waagschale werfen. Und das war die dritte Besonderheit dieses Weltkongresses der Friedenskräfte: Daß die Delegierten aus aller Welt in all ihrer ideologischen und weltanschaulichen Verschiedenartigkeit die Tragfähigkeit dieser historisch neuen sozialen und politischen Stütze des Friedenskampfes erkannten und eine gemeinsame Plattform mit der Friedenspolitik der Sowjetunion bezogen. Es war wirklich kein Zufall, daß dieser Kongreß in Moskau stattfand; in welcher westlichen Stadt hätte er wohl stattfinden können? Und es war auch kein Zufall, daß Leonid Breschnew derjenige Staatsmann war, der auf dem Kongreß die völlige Einheit seiner Politik, der Politik des Sowjetstaates mit dem Streben der Völker nach Frieden und nationaler Unabhängigkeit manifestierte; welcher westliche Staatsmann wäre dazu in der Lage?

„Was die Politik der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten unabhängig von

Wir müssen mit dem Terror gegen das Volk Schluß machen und den Weg für neue revolutionäre Ziele freimachen. Hierzu ist zu dieser Stunde die breite Einheit des Volkes notwendig. Die Einheit zur Verteidigung des Rechtes auf das Leben und die Einheit, um der Unterdrückung und dem Tod ein Ende zu setzen. Die Einheit, um das Recht auf Arbeit zu verteidigen und mit den Entlassungen und Repressalien Schluß zu machen. Die Einheit, um die Siege der Arbeiterklasse zu verteidigen, um Aufbesserungen der Löhne und Gehälter zu erreichen, die den Lebensstandard sichern, der bei der Regierung der Unidad Popular erreicht wurde, um die Gewerkschaftsorganisationen zu schützen und zu verhindern, daß die Ausbeuter wieder an die Spitze der Betriebe gelangen. Die Einheit, um die Freiheit des Volkes zurückzuerobieren. Die Einheit, um wieder den Weg der revolutionären Veränderungen zu beschreiben. In dieser Einheit hat jeder Mann, jede Frau oder Jugendliche unseres Volkes einen Platz, gleich, ob er gestern gegen uns war, verwirrt durch die Propaganda der reaktionären Kräfte. Millionen haben dem Faschismus ins Gesicht gesehen und sind bereit, gegen ihn zu kämpfen. Mit den Menschen, dem gesamten Volk, wird Chile voranschreiten. Der Militärputsch hat die staatlichen



Institutionen hinweggefegt und nur den alten und willfährigen Justizapparat und das marionettenartige Kontrollorgan bestehen lassen. Er hat die Rechtsstaatlichkeit beseitigt. Chile ist zu einem Polizeistaat geworden, in dem weder die Verfassung, noch das Gesetz, sondern nur die Militärverbände aus Kriegzeiten herrschen. Das Blut des Volkes ist brutal vergossen worden, es gibt praktisch nicht eine einzige Familie des Volkes, die sich nicht um das Schicksal eines der ihren ängstigt. Aber das Volk wird wieder an der Regierung und natürlich nicht verpflichtet sein, die bis gestern bestehende institutionelle Situation wiederherzustellen. Es wird demokra-

tisch eine neue Verfassung, neue Gesetzbücher, neue Gesetze erlassen, neue Machtinstitutionen schaffen, einen besseren Rechtsstaat als den, den der Militärputsch zugrunde richtete. In diesem Rechtsstaat werden alle religiösen Konfessionen geachtet werden und Humanismus vorhanden sein, aber es wird für den Faschismus, für Wirtschaftsvergehen und aufrührerische Tätigkeit keinen gesetzlichen Schutz geben.

Nach dem Vorgefallenen hat das Volk ein Recht, sich auch die Schaffung von Streitkräften und einer Polizei neuen Typus zum Ziele zu setzen, oder mindestens das Recht, faschistische Elemente aus den Militärinstitutionen, Polizei- und Forschungsinstitutionen zu entfernen, um zu sichern, daß sich derartige Vorfälle in Chile niemals mehr wiederholen.

Das Land wird nicht vergebens diese schmerzreiche Erfahrung durchmachen, die es gegenwärtig erlebt. Falsche Werte, an die viele Menschen aufrichtig glaubten, wurden auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Wer wird morgen eine Justiz wie die gegenwärtige oder ein Parlament verteidigen, das durch seine eigene Untätigkeit und Komplizenschaft mit dem Militärputsch unterging?

Aus dem Appell der KP Chiles an das chilenische Volk

ihrer Gesellschaftsordnung betrifft, so werden wir Kommunisten häufig gefragt: Ist diese Politik eigentlich mit den revolutionären Anschauungen vereinbar?

Ich will daran erinnern, daß Lenin, dieser größte Revolutionär sagte: Revolutionen werden nicht auf Bestellung oder Vereinbarung gemacht. Man kann hinzufügen, daß die Revolution, der Klassenkampf, die Freiheitsbewegung auch nicht auf Bestellung oder Vereinbarung abgesagt werden können. Es gibt auf der Erde keine Kräfte, die das eherner Gesetz der Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens rückgängig machen könnten. Wo es Kolonialismus gibt, wird es Kampf um nationale Befreiung geben. Wo es Ausbeutung gibt, wird es Kampf um die Befreiung der Arbeit geben. Wo es Aggression gibt, wird ihr eine Abfuhr erteilt werden.

Die Volksmassen sind bestrebt, die Welt zu verändern, und sie werden sie verändern. Was die Sowjetunion angeht, so wird sie immer an der Seite der Kräfte des sozialen Fortschritts stehen. Wir sind Gegner eines „Exports der Revolution“. Zugleich solidarisieren sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion, unsere Regierung und das ganze Sowjetvolk offen und eindeutig mit ihren Klassenbrüdern, die im Ausland kämpfen, mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Und dieser Standpunkt widerspricht nicht im geringsten dem Kampf für den Frieden, für die friedliche Zusammenarbeit der Staaten.

Mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz verfechten wir das, was für Milliarden Menschen auf Erden das Kostbarste ist: ihr eigentliches Lebens-

recht, ihr Recht auf Erlösung von der Gefahr einer Vernichtung des Lebens durch die Flammen eines Krieges. Zugleich kämpfen wir damit auch um günstige internationale Bedingungen für den sozialen Fortschritt aller Länder und Völker. Es geht darum, daß jedem Volk das Recht zugestanden wird, sich die Gesellschaftsordnung zu wählen, die ihm genehm ist, es geht um die einfachen und klaren Normen des Verkehrs zwischen den Staaten. Eine Verletzung dieser Normen führt nicht nur zur Untergrabung der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den Ländern, sondern auch zu bewaffneten Konflikten, denn heutzutage finden sich die Völker mit einem Diktat nicht mehr ab, werden sie sich nicht mit ihm abfinden. Und sie haben das volle Recht, einer Aggression Abfuhr zu erteilen. Angesichts der Spaltung der Welt in zwei Systeme kann die internationale Sicherheit nur auf der vollständigen und strikten Respektierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, namentlich auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten beruhen.“

Und in der BRD?

Der Weltkongreß der Friedenskräfte arbeitet weiter! Er hat beschlossen, daß ein internationales Komitee die weltweite Propagierung der Ergebnisse des Kongresses koordinieren soll und der Leitungsausschuß des Kongresses erneut zusammenzutreten wird. Der Kongreß empfahl auch den nationalen Delegationen, weiter zusammenzuarbeiten. Der größte Teil der Teilnehmer aus der Bundesrepublik sowie weitere interes-

sierte Persönlichkeiten sind dieser Empfehlung bereits gefolgt, haben eine gemeinsame Erklärung zum Kongreß abgegeben, haben ein Auswertungstreffen durchgeführt und eine Reihe von Maßnahmen beschlossen. Im Vordergrund steht die Information der Öffentlichkeit unseres Landes durch Veranstaltungen über den Kongreß sowie die Vorbereitung einer Abrüstungswoche im April nächsten Jahres.

Vor allen fortschrittlichen Studenten steht die Aufgabe: Greift die Initiativen des Moskauer Kongresses auf! Kämpft gemeinsam für die Forderungen, die auch das Dortmunder Meeting des MSB Spartakus im Oktober aufgestellt hat:

- Solidarität mit dem chilenischen Volk! Freiheit für Luis Corvalan und alle politischen Gefangenen! Macht mit bei der Aktion des MSB: 50 000 DM für Chile!
- Solidarität mit Vietnam! Strikte Einhaltung des Pariser Abkommens! Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Thieu-Kerkern! Beiteilt Euch an den Sammlungen: 250 000 DM für eine Schule in Nam Ha!
- Solidarität mit den arabischen Völkern und den fortschrittlichen Kräften in Israel! Sofortige Räumung aller besetzten Gebiete und Erfüllung der UNO-Resolutionen durch Israel! Auch die Bundesregierung muß endlich für eine politische Lösung des Nahost-Konflikts auf der Basis der UN-Sicherheitsratsbeschlüsse eintreten!
- Es darf kein Zurück zum Kalten Krieg geben! Jetzt ernst machen mit der Abrüstung!

Wohnheim-Miete: 5 Mark monatlich

Die sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti hat uns den folgenden Bericht ihres Korrespondenten Igor Sinizin zur Verfügung gestellt. Anhand des Beispiels einer sowjetischen Hochschule gibt er einen kleinen Einblick in die Rolle, die Studenten im Wissenschaftsbetrieb eines sozialistischen Staates spielen.

Die Studentenselbstverwaltung, die in allen Sphären der sowjetischen Hochschulen eine große Rolle spielt, ist ein wichtiger Faktor bei der Ausbildung der Fachkräfte. Die Studentendemokratie erzieht die Hochschüler zu Bürgern, die bewußt ihre Kräfte in den Dienst der Gesellschaft stellen.

Was die demokratischen Studenteninstitutionen in der Praxis darstellen, kann man am Beispiel einer der vielen Hochschulen in der sowjetischen Hauptstadt — des Ersten Moskauer medizinischen Instituts „Iwan Setschenow“ sehen. An vier Fakultäten gibt es etwa 9000 Direktstudenten, zukünftige Ärzte, Hygieniker, Physiologen und Pharmazeuten. Dort arbeiten über 2000 Professoren und Dozenten, außerdem Aspiranten, Laboranten und technisches Personal der Lehrstühle, Kliniken und Laboratorien.

Vom ersten Studientag an steht der künftige Arzt in Kontakt mit den Studentenorganisationen, an deren Wahl er selbst teilnimmt. Das aktive und passive Wahlrecht für jedes leitende Organ der Studentenselbstverwaltung haben alle Studenten ohne jede Einschränkung.

Die universalste und maßgeblichste Jugendorganisation des Ersten medizinischen Instituts, wie auch jeder anderen sowjetischen Hochschule, ist der Komsomol — der Kommunistische Jugendverband, dem die meisten Studenten angehören. Die Komsomolorganisation, ihre Institutskomitees, ihre Fakultätsbüros und anderen Organe, unterhalten enge Kontakte zu allen anderen Studentenorganisationen sowie zur Leitung und zum Rektorat des Instituts. Der Komsomol wie auch alle anderen Studentenorganisationen vereinigt Angehörige von 40 Nationalitäten, die an dieser Hochschule studieren. Die Leiter des Komsomolkomitees waren in den letzten Jahren Nikolai Muchin (Russe), Konstantin Gadaktshjan (Armenier) und Wladimir Zomak (Jude).

Studenten sind auch im Wissenschaftlichen Rat vertreten, der die wissenschaftliche Arbeit der Hochschule und jedes Lehrstuhls leitet, sie gehören den Ausschreibekommissionen an, die sich mit der Besetzung der Lehrstühle und der Berufung von Professoren und Dozenten befassen, sowie der Methodischen Kommission des Instituts und der Fakultäten, die für die Organisation des ganzen Lehrprozesses zuständig sind. In

diesen Organen haben die Studenten volles Stimmrecht. Auf ihre Initiative z. B. wurde im Ersten medizinischen Institut der Stundenplan geändert und den Wünschen der Studenten mehr angepaßt.

In den wissenschaftlichen Zirkeln, die zu einer Gesellschaft vereinigt sind, arbeiten die Studenten selbständig. Die Mitglieder der wissenschaftlichen Studentenvereinigung (über 2000) wählen ihren Rat, der die ganze Arbeit selbstverständlich nach Konsultationen der Professoren und Dozenten leitet.

Die Studentendemokratie wurde in diesem Institut wie auch in allen anderen sowjetischen Hochschulen vor einigen Jahren weiter entwickelt. Es wurden ehrenamtliche Studentendekanate gebildet, die die ganze mit dem Studium zusammenhängende Arbeit der Studenten lenken. Sie übernehmen die meisten Funktionen, die früher in den Bereich der Dekanate der Fakultäten und Rektoratsorgane fielen.

Die ehrenamtlichen Dekanate werden von der Vollversammlung der Studenten einer Fakultät gewählt. Sie sind dem Komsomol, der Gewerkschaft, der Kommission für Unterrichts- und Erziehungsfragen sowie den Dekanaten der Fakultäten rechenschaftspflichtig. Die Aufgaben der ehrenamtlichen Studentendekanate umfassen einen breiten Kreis von Fragen: Bestätigung der Lehrpläne, Kontrolle über den Vorlesungsbesuch und die Laborarbeiten, Auswertung der Prüfungsergebnisse, Analyse der Meinungen der Studenten über die Qualität der Vorlesungen und des Nutzeffekts der Laborarbeiten, Kontrolle über die Belastung der Studenten und Verbesserung der Organisation des Unterrichtsprozesses, Vergabe von Stipendien, Ausschreiben der Ehrenstipendien und Stipendien mit Zuschlägen für die Studenten, die gute Leistungen im Studium aufweisen, ehrenamtlich aktiv tätig sind und wissenschaftliche Forschungsarbeit führen.



Die ehrenamtlichen Dekanate nennen die besten Studenten, die Prämien erhalten. Auf ihren Vorschlag wird bestimmten Studenten materielle Hilfe erwiesen, sie erhalten Ferienschecks zu Vorzugsbedingungen für Erholungsheime und Sportlager. Diese Hilfe wird aus dem Fonds der Gewerkschaft oder dem des Rektorats gezahlt. Studenten gehören auch der Aufnahmekommission für die Hochschule und der staatlichen Kommission, die die Arztdiplome überreicht und sich mit dem beruflichen Einsatz der Absolventen entsprechend den Anforderungen verschiedener medizinischer Einrichtungen befaßt, an.

Eine andere Massenorganisation ist die Gewerkschaft, der alle Studenten, Professoren und Dozenten des Ersten medizinischen Instituts angehören. Das Gewerkschaftskomitee, das in der Vollversammlung gewählt wird, ist eines der einflussreichsten Organe der Studentenselbstverwaltung. In der Regel befaßt es sich mit den Budget-Fragen, Fragen des Alltagslebens der Studenten. Das Budget des Gewerkschaftskomitees setzt sich nicht nur aus den Mitgliedsbeiträgen der Studenten (höchstens 50 Kopeken — knapp 2 DM — im Monat) zusammen, sondern auch aus Subventionen des Moskauer Stadtkomitees und des Zentralen Gewerkschaftskomitees der Angestellten der medizinischen Einrichtungen und aus anderen Mitteln. All das macht eine ziemlich große Summe aus, über die das Gewerkschaftskomitee des Instituts voll und ganz verfügt.

Juri Mitin, Vorsitzender des Gewerkschaftskomitees des Ersten medizinischen Instituts, erzählte, daß alle Studenten, die einer Diätkost bedürfen, kostenlos in einer speziellen Mensa versorgt werden. Auf Initiative des Gewerkschaftskomitees wurde vor kurzem eine Poliklinik eröffnet, in der etwa 30 Ärzte die Studenten und die Angestellten des Instituts (wie überall in der Sowjetunion kostenlos) betreuen.

Das Gewerkschaftskomitee organisiert und bezahlt Ausflüge in verschiedene Gebiete der UdSSR: in die baltischen Republiken, die Ukraine, nach Leningrad usw. Eine fünftägige Reise kostet für Studenten im Durchschnitt 20 bis 30 Rubel, das übrige bezahlt das Gewerkschaftskomitee.

Das Gewerkschaftskomitee stellt auch Mittel für die Anschaffung von Sportgeräten zur Verfügung, es bezahlt das Training in Schwimmhallen und die Arbeit der Trainer anderer Sportsektionen. Es veranstaltet bunte Abende und bezahlt die Betreuung verschiedener Laienkunstzirkel: für Musik, Malerei, Bühnenkunst usw.

Auch im Studentenheim gibt es eine Art Selbstverwaltung. Das Erste Moskauer medizinische Institut hat ein Heim für 2000 Studenten aus anderen Städten. Die Miete beträgt nur 1 Rubel 50 Kopeken monatlich.

Die ganze Verwaltung einschließlich der Organisation von Freizeitangeboten untersteht dort dem Rat des Heimes, der für ein Jahr durch geheime und direkte Abstimmung auf einer Vollversammlung gewählt wird.

Es seien hier auch die freiwilligen Studenten-Baugruppen erwähnt, die in

allen sowjetischen Hochschulen während der Ferien gebildet werden. Die Studenten, die ihr Land besser kennenlernen und ihren Beitrag zu dessen Entwicklung leisten wollen, arbeiten gemeinsam im Laufe von 1,5—2 Monaten auf verschiedenen Baustellen der UdSSR. Ihre Arbeit wird bezahlt. Traditionsgemäß werden die Arbeit und das Leben in solchen Baugruppen nach dem Vorbild einer klassischen Kommune organisiert, wo über alles gemeinsam entschieden wird. So sind die Studenten-Baugruppen und

alle anderen Formen der Studentenselbstverwaltung in der Sowjetunion eine gute Schule der Kollektivität und der kameradschaftlichen Hilfe. Und spricht man vom Verantwortungsgefühl der sowjetischen Studenten gegenüber ihrem Staat, so ist der beste Beleg hierfür die Tatsache, daß Tausende von ihnen in gewählten Staatsorganen der Sowjetunion vertreten sind, angefangen von den Gemeinderäten über Gebiets- und Stadtparlamente bis zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken.

MSB SPARTAKUS im Weltbund der Demokratischen Jugend

Im Februar beschloß der Spartakus-Bundeskongreß, den Aufnahmeantrag in den WBDJ zu stellen. Ende Juli wurde während des Festivals der Antrag dem Präsidenten des Weltbunds, Roberto Viezzi, übergeben. Und Mitte Dezember nahm der Exekutivrat des WBDJ auf seiner Tagung in Sofia den MSB Spartakus als zweite Organisation aus der Bundesrepublik, nach der SDAJ, auf.

Über 200 demokratische Jugendorganisationen aus rund 100 Ländern aller Kontinente gehören dem WBDJ, der seinen Sitz in Budapest hat, an. Gegründet wurde der WBDJ am 10. November 1945, als in der Londoner Albert Hall die Repräsentanten von 30 Millionen Jugendlichen, 437 Delegierte aus 63 Ländern, feierlich die Verpflichtung ablegten, die Spuren des Faschismus zu vernichten und die Einheit der Weltjugend im Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu festigen und auszubauen.

Seit dieser Konferenz wird der 20. November alljährlich als Weltjugendtag begangen. Der WBDJ ist, mit seiner politischen Aufgabenstellung und seinen Mitgliederverbänden aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern sowie nationalen Befreiungsbewegungen die bedeutendste Kraft der internationalen Jugendbewegung. Auf seine Initiative hin werden die Weltfestspiele durchgeführt, er veranstaltet internationale Konferenzen und Foren, er organisiert weltweite Kampagnen ant imperialistischer Solidarität wie „Jugend klagt den Imperialismus an“ oder „Ein Hospital für Vietnam“, an denen der Spartakus bereits aktiv und erfolgreich beteiligt war, und jetzt Aktionen zur Solidarität mit dem chilenischen Volk. Anlässlich seines 25jährigen Bestehens stellte der Weltbund fest: „Heute führt der WBDJ, seinen Idealen weiterhin treu, seine Aktivitäten in einer veränderten Welt fort. Das enorme Anwachsen der Kämpfe der Jugend hat ihm neue Mög-



lichkeiten eröffnet, während seine Verantwortung wächst. Der WBDJ wird seine Anstrengungen, die Einheit der Jugend im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, für die Rechte der Jugend, fortführen.“

Zur Auseinandersetzung mit der „SOAK“

Über die Gefährlichkeit des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz

von Karl-Heinz Heinemann

„Weite Teile der Diskussion erinnerten lebhaft an die Diskussionen, die seit 1968 bereits in der fortschrittlichen Studentenbewegung geführt wurden“ — so schrieb ein wohlwollender Berichterstatter

über den Beitrag von in den Juso-Hochschulgruppen arbeitenden „SOAK“-Anhängern zum Juso-Bildungskongreß in Saarbrücken. Tatsächlich zeigt ihre Argumentation zum Hochschulkampf, daß sie auf

die Fragen, die sich aus dem Fortschreiten der Arbeiter- und der Studentenbewegung ergeben haben, keine Antwort wissen.

Die Beschäftigung mit den Positionen, wie sie von Jungsozialisten in den Publikationen der „SOAK“ („Sozialistische Aktion“, eine sich als „undogmatisch“ und „nicht-reformistisch“ definierende Druck-Gemeinschaft, die in Wunstorf, Kreis Neustadt am Rübenberge, beheimatet ist) artikuliert wird, muß sicher weitergeführt werden, vor allem deshalb, weil sie auch von Jungsozialisten in den Juso-Hochschulgruppen übernommen werden. Die SOAK-Jusos übernehmen, wie wir sehen werden, das bittere Erbe der an Schwindsucht gestorbenen Antiautoritärer der „SF“, und deren Verbindungen zu den um das Offenbacher „Sozialistische Büro“ gesammelten frustrierten Sozialdemokraten.

Wenn wir ihre Stellungnahmen zum Hochschulkampf analysieren, so gehen wir dabei von den Fragen aus, die für die Strategie der Studentenbewegung heute von zentraler Bedeutung sind: Welche Funktion haben die Studenten und die Intelligenz heute in der Gesellschaft, d. h. welche Rolle können sie im Klassenkampf einnehmen?

Wie ist das Verhältnis von real existierender Arbeiterbewegung und Studentenbewegung, der Bezug der Studentenbewegung auf die Arbeiterklasse? Wie das Bündnis von Arbeiter- und Studentenbewegung real hergestellt werden kann, wie die Aktionseinheit der Studenten ebenso wie die der Arbeiter untereinander gefestigt werden kann — das sind die praktischen Fragen, auf die diese strategischen Überlegungen eine Antwort geben müssen.

Wir wollen schließlich zeigen, wie die Auffassung von der Rolle der marxistischen Organisation, der Bedeutung der marxistischen Partei der Arbeiterklasse die Antworten auf diese brennenden Fragen der Bewegung entscheidend prägt.

1.

Für Ottmar Schreiner (Juso-Mitglied und im vds-Vorstand, der offensichtlich mit SOAK-Positionen sympathisiert) und seine Genossen besteht das „Ziel des Hochschulkampfes darin..., möglichst große Teile der Intelligenz aus dem bür-

gerlichen Lager herauszubringen“. Er geht davon aus, daß die Studenten von ihrer sozialen Lage her zunächst einmal Teil der Bourgeoisie, des „bürgerlichen Lagers“ sind. Daran ändert auch die Reglementierung des Studiums, die Verschlechterung ihrer Lage nichts — im Gegenteil: diese Dequalifizierung führe „leicht zu ständischen Kämpfen für die Interessen der Studenten“. Diese Interpretation, den Kampf der Studenten gegen die materielle Misere, die Verschlechterung der Ausbildung etc. als Kampf um Privilegien auszugeben, ist nicht neu. Das tun in der einen Form verschiedene maoistische Gruppen, in anderer Form wiederum behaupten die Agenten der staatsmonopolistischen Formierung, vom CDU-Kultusminister Hahn bis zum SPD-Wissenschaftsminister Dohnanyi, den Studenten ginge es nur darum, auf Kosten der Steuerzahler eine Effektivierung der Ausbildung zu hintertreiben. Pikant wird das ganze dadurch, daß hier Sozialdemokraten mit „linken“ Argumenten dasselbe wie ihre rechten Parteispitzengenossen sagen und noch dazu Marxisten des ständisch-reaktionären Kampfes überführen wollen. Nun leiten die SOAK-Leute ihre Einschätzung der Interessen der Studenten aus einer doch sehr widersprüchlichen Klassenanalyse der Intelligenz ab. Den „grundlegenden Interessengegensatz“ zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz machen sie am Gegensatz von Hand- und Kopfarbeit fest. Zwar ist das ein wesentliches Kriterium der Intelligenz als sozialer Schicht, wenn man es auch angesichts der Verwissenschaftlichung der Produktion und der realen Subsumtion geistiger Arbeit unter das Kapital erheblich relativieren muß, aber schon lange ist im Kapitalismus der Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten nicht mehr gleichzusetzen mit dem zwischen geistig und körperlich Arbeitenden. Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich ja gerade dadurch aus, daß, vor allem bedingt durch kapitalistische Arbeitsteilung und den damit entstehenden geistigen produktiven Arbeitsfunktionen sowie die zunehmende Integration der Wissenschaften in die Produktion die Bourgeoisie „den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt“,

Nun hat sich das Kapital oft genug von der Arbeiterbewegung, vom staatlich organisierten Sozialismus zu Zugeständnissen bereitleben müssen, die seinem Wesen zutiefst fremd waren, gerade weil es sein Leben noch ein wenig verlängern wird. Aber der Vorwurf, mit ihrer Haltung die Erringung realer Erfolge und damit die Mobilisierung der Studenten für antiimperialistische Forderungen zu verhindern, den studentischen Massenkampf zu schwächen, wird unsere abwiegeln.

44

den Sozialdemokraten kaum treffen: Sie erklären ja, daß sie ihn gar nicht führen wollen, weil die Studenten dazu nicht geeignet sind.

Dazu das ganze Herumgerede, das an die Stelle einer materialistischen Klassenanalyse soziologische Deutelei setzt:

3.

Eine Analyse der Interessen der Studenten, wie sie sich aus ihrer sozialen Lage ergeben, fehlt ebenso wie eine Bestimmung des Standes der politischen Kämpfe der Arbeiter und der Studenten. Bei einer solchen Analyse gehen wir davon aus, daß es der demokratischen Bewegung, der Arbeiterklasse nicht gleichgültig sein kann, welche Ausbildung die Masse der Studenten erhält, welchen Kindern aus welchen sozialen Gruppen das Studium finanziell überhaupt möglich ist und wie groß die Zahl der ausgebildeten Ärzte, Lehrer etc. ist, genauso wenig wie den Studenten. Daß Studenten auch reaktionäre, ständische Interessen entwickeln können, ist doch eine völlig abstrakte Feststellung: Wenn sie ernsthaft für die Erhaltung einer akademischen Spielwiese kämpfen wollten, für die Erhaltung von Privilegien, die die monopolkapitalistische Herrschaft gerade abbauen will — wer sollte sie dabei unterstützen, wie sollte dieser Kampf erfolgreich geführt werden?

Andererseits merken Studenten ganz konkret, wie sich das Verhältnis der Arbeiter zu den Studenten gewandelt hat, seitdem nicht mehr vom Studentenschnelldienst organisierte Streikbrecher das Bild von den Studenten prägen, sondern Solidarität und Unterstützung in Streiks und Demonstrationen für Arbeiterrechte, das gemeinsame Auftreten gegen Berufsverbote und die Entlassung gewerkschaftlich aktiver Arbeiter. Es besteht daher gar kein Grund, Grußadressen und Spendenaktionen für Streikende seitens der Hochschulangehörigen als Hilfslosigkeit abzutun (wie in SOAK 2, Nov. 1973): Sie sind wirksamer Ausdruck einer Neuorientierung der Studentenbewegung. So wäre es sicher auch für unsere SOAK-Jusos in ihrer Partei eine lohnende Aufgabe, darüber zu informieren, daß nicht Studenten, sondern der sozialdemokratische Minister Dohnanyi von der Einführung einer Bildungssteuer spricht, daß Studenten dagegen dafür eintreten, daß die von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen nicht durch die Bafög-Kürzungen bei ihren Kindern geschmälert werden.

4.

Wie diese Orientierung auf die Arbeiterbewegung dazu führt, die „Kampffronten unmittelbar zu verbinden“, ist in der Tat eine zentrale Frage des studentischen Kampfes heute. Zweifellos kann das nicht dadurch geschehen, daß man sich zum Lehrmeister der Arbeiterbewegung aufschwingt oder die Studenten zur Agitation auf die Betriebe losläßt. Vielmehr müssen wir den Studenten zeigen, wie sie ihre Interessen am besten wahrnehmen, indem sie die Bewegungen um mehr demokratische Rechte, wie z. B. gegen die Berufsverbote, für Demokratie im Betrieb, für mehr Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen unterstützen und in ihrem spezifischen Kampfabschnitt für eine Wissenschaft und Bildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung eintreten.

Und ebenso gilt es, unter den Studenten dafür einzutreten, daß sie den Kampf für ihre Interessen einordnen in den demokratischen Kampf gegen die Monopolmacht, der von der Arbeiterbewegung und anderen Teilen der Bevölkerung geführt wird. So war es der MSB Spartakus, der im Kampf gegen das baden-württembergische Hochschulgesetz Aktionsforderungen entwickelte, die die gemeinsame Stoßrichtung des Interessenkampfes der Arbeiter und Angestellten und der Studenten hervorhoben, die diese Gemeinsamkeit positiv zu bestimmen suchten, während verschiedene Juso-Gruppen in der Tat bereit waren, gemeinsam mit maoistischen Sekten für ständisch beschränkte Defensivlösungen einzutreten. Darin zeigt sich schon das grundlegende Dilemma der SOAK-Anhänger in den Juso-Hochschulgruppen: Wie machen sie

aus ihrer Theorie eine überzeugende Praxis, mit der es ihnen auch gelingt, den einen oder anderen Studenten aus dem bürgerlichen Lager heraus — in die Reihen der Sozialdemokratie zu führen?

Ihre Perspektive für den sozialistischen Intellektuellen: Sich in der Gewerkschaft organisieren! Nun sind wir sicher die letzten, die einem Angehörigen der Intelligenz abraten würden, sich in der Gewerkschaft zu organisieren. Allerdings sehen wir in den Organen der verfaßten Studentenschaft die Instrumente des Interessenkampfes der Studenten.

Opportunistisch ist es, in den Gewerkschaften die einzige und höchste Organisationsform der Arbeiterbewegung zu sehen. Dieses rechtsopportunistische Herangehen kommt klassisch zum Ausdruck, wenn sie dem MSB Spartakus vorwerfen, er verhindere ein „wirksames Bündnis“ mit der Arbeiterklasse durch seine Orientierung auf „eine Minderheit innerhalb der Arbeiterklasse, die DKP“. (Arbeitsplattform, Intelligenz und Arbeiterklasse, unpag.)

Als ob man das Bündnis mit der Arbeiterklasse als eine rein quantitative Frage betrachten könne, wo man vom Inhalt und Ziel des Bündnisses, von der Orientierung auf ihren am weitesten entwickelten Teil verzichten könnte! Schließlich kommt es bei diesem Bündnis doch darauf an, die Kämpfe von Arbeiterklasse und Studenten auch inhaltlich zusammenzuführen, auf ein gemeinsames Ziel zu richten, genauso, wie es in der Arbeiterklasse, in den Kämpfen der Arbeiterbewegung notwendig ist, aus den gemeinsamen Interessen heraus „die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung und das sozialistische Ziel, zu entwickeln und aus dieser Einsicht die gemeinsame Stoßrichtung, die Zusammenführung der verschiedenen Abteilungen im politischen Kampf. Diese Aufgaben kann in der Tat nur die kommunistische Partei wahrnehmen. Diese Einsicht werden Marxisten ebenso wie die Einsicht in die Notwendigkeit, an der Seite der Arbeiterklasse den studentischen Kampf zu führen, verbreiten.

5.

Auf dem Kampfmeeting des MSB Spartakus am 20. Oktober 1973 sagte Christoph Strawe dazu: „Die Studentenbewegung braucht eine starke kommunistische Partei. Nur eine starke DKP ist der zuverlässige Faktor, der die Einheit der demokratischen Bewegung in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt, der die gemeinsame Aktion aller Linkskräfte gegen das Großkapital organisiert, der die Arbeiterbewegung zu einer kontinuierlichen Stütze aller anderen demokratischen Bewegungen entwickelt, der den demokratischen Kampf mit der sozialistischen Zukunft unseres Landes verbindet.“

Für alle Studenten, die erkannt haben, daß sich die Lage an den Hochschulen zuspitzt, daß es notwendig wird, aktiv zu werden, stellt sich die Frage, ob und wo sie sich politisch organisieren. Bisher hat der Spartakus als einzige Organisation ein Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten vorgelegt. „Auf der Grundlage dieses Programms kann sich die Masse der Studenten zusammenschließen, weil es die gemeinsamen Interessen der Mehrheit der Studenten zum Ausdruck bringt. Auf der Grundlage seiner konstruktiven, demokratischen Alternativen lohnt es sich zu kämpfen, weil man Erfolge haben kann: denn es drückt keine Sonderinteressen der Studenten gegenüber der übrigen Bevölkerung aus, sondern die gemeinsamen Interessen von Studenten und Arbeiterklasse.“ (Dortmunder Referat des Spartakus-Bundesvorstands.)

Diese Interessen sind auch die tragfähige Grundlage für die Zusammenarbeit aller für ihre Interessen kämpfenden Studenten, so auch mit den Juso-Hochschulgruppen. Die Aktionseinheit der Studenten ist nicht nur eine wichtige Lehre, die wir aus den Kämpfen der Arbeiter ziehen können. Sie ist auch Voraussetzung dafür, als Studentenbewegung ein ernstzunehmender Bündnispartner für die Arbeiterklasse zu werden. Auf klaren Voraussetzungen aufzubauen, ist für uns auch Ziel der ideologischen Auseinandersetzung mit den Jungsozialisten.

Zehn Jahre „Marxistische Blätter“

und die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie

Vor zehn Jahren, im November 1963, wurde zum ersten Mal nach vielen Jahren in der BRD wieder eine Zeitschrift herausgegeben, die zu Fragen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vom marxistischen Standpunkt aus Stellung nahm und den wissenschaftlichen Sozialismus verbreitete: die Zeitschrift „Marxistische Blätter“. Dieser Schritt in der damaligen Zeit, unternommen von der „August-Bebel-Gesellschaft“, Frankfurt/Main, stellte einen bedeutenden Beitrag dar für die Entwicklung der Arbeiterbewegung unseres Landes.

Die Herausgabe „Marxistischer Lehrbriefe“ — populärwissenschaftlicher Hefte zum Selbststudium und Hilfsmittel zur Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus in allen seinen Bestandteilen durch Zirkel und Arbeitskreise —, stellten neben der Durchführung öffentlicher Veranstaltungen und wissenschaftlicher Konferenzen mit internationaler Beteiligung eine neue Stufe in der Verbreitung des Marxismus dar. So wurden z. B. anlässlich des 100. Jahrestages des Erscheinens von Karl Marx' „Kapital“ und des 150. Geburtstages von Karl Marx Sonderhefte der „Marxistischen Blätter“ veröffentlicht, die in der fortschrittlichen Öffentlichkeit, insbesondere unter der Jugend, auf großes Interesse stießen. Damals schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Es gibt kaum mehr eine seriöse Publikation, die keine Diskussion über Marxismus veranstaltet... Das Ende ist noch nicht abzusehen. Es sind das alles Signale, daß eine Auseinandersetzung in Gang gekommen ist, die vor zehn Jahren noch niemand für möglich hielt.“ (FAZ vom 31. 1. 1968)

In der Tat: zehn Jahre zuvor, 1958, befand sich die Adenauer-Politik der Aufrüstung im Innern, militärisch wie „moralisch“, in voller Aktion; die Reaktionen glaubten, den sich entwickelnden realen Sozialismus auf deutschem Boden, die DDR zurückerobern, den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewinnen zu können, und sie glaubten auch mit der Unterdrückung der Kommunisten und der anderen fortschrittlichen demokratischen, für Frieden und Entspannung, für sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Fortschritt eintretenden Kräfte das Rad der Geschichte zurückdrehen zu können. Der 13. August 1961 zeigte mit der Sicherung der Grenze der DDR diesen Kreisen jedoch, zu wessen Gunsten sich das Kräfteverhältnis in der Welt gewandelt hatte — auch das geistige Kräfteverhältnis, wie die FAZ verwundert feststellen mußte.

Nach der Neukonstituierung einer legalen Kommunistischen Partei, der DKP, wurde der Rahmen der „August-Bebel-Gesellschaft“ zu eng für die neuen Aufgaben, der „in Gang gekommenen Auseinandersetzung“: 1969 wurde der „Verlag Marxistische Blätter“ gegründet, der neben der Zeitschrift und den Lehrbriefen nun auch die Buchproduktion aufnahm.

Zunächst erschienen zwei Taschenbuchreihen „Marxismus aktuell“ und „Sozialistische Klassiker“. Hier liegt nach wie vor das Hauptgewicht der Tätigkeit des Verlages: aus marxistischer Sicht Antwort auf die wichtigsten aktuellen Fragen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft zu geben, verbunden mit der Bemühung auch um neue Autoren, die immer so schreiben, daß sie insbesondere von den aktiven Gewerkschaftern, von jungen Menschen verstanden werden. Zum anderen werden für unser Land die Grundschriften der Klassiker des Marxismus und klassische Arbeiten von Führern der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung veröffentlicht. Schließlich konnten auch „Das Kapital“, sechsbändige Auswahl Ausgaben von Marx/Engels und Lenin und neuere umfangreiche wissenschaftliche Arbeiten aus der DDR, der UdSSR, aus anderen sozialistischen Ländern, aus Frankreich, den USA und anderen Ländern ins Verlagsprogramm aufgenommen werden. Durch diese Zusammenarbeit mit anderen Verlagen konnten auch die Reihen der „Marxistischen Paperbacks“ und „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ aufgebaut werden.

Aufgrund des gewandelten militärischen und politischen Kräfteverhältnisses in der Welt versucht der Imperialismus die Initiative gegen den Sozialismus und die revolutionäre Arbeiter- und Befreiungsbewegung durch Vorstöße auf anderen Gebieten wiederzugewinnen, er setzt neben verstärkten Einsatz ökonomischer Mittel auf die Ideologie, auf die Desorientierung bzw. Neuorientierung der Menschen zu seinen Gunsten. Aktueller Ausdruck solcher Bemühungen sind der Versuch der CDU, sich vom Geruch der Unternehmensepartei zu befreien, ihre arbeitfeindliche Politik im Mantel einer Konzeption der „humanen Leistungsgesellschaft“ zu präsentieren. Die rechte SPD-Führung tarnt ihren imperialistischen Reformismus mit dem Etikett des „demokratischen Sozialismus“; sie setzt anstelle des bekämpften Marxismus, der notwendigen grundlegenden Veränderung der Gesellschaft die Konzeption

Das Heft kostet 3 DM. Es kann in allen collectiv-Buchhandlungen oder direkt beim Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/Main 50, Hedderheimer Landstraße 78a (auch im Abonnement) bezogen werden.

**MARXISTISCHE
BLÄTTER** 6



● Der neu gewählte DKP-Vorsitzende Herbert Mies schreibt über den Hamburger Parteitag der DKP.

Zentrales Thema der neuen Ausgabe der Zeitschrift: Die allgemeine und berufliche Bildung. Dazu schreiben ● Jürgen Büscher über ideologische und politische Grundlagen der Bildungspolitik. ● Stephan Voetz über Fragen des demokratischen Kampfes um Bildung und Erziehung. ● Werner Petschick über Situation und Alternativen der beruflichen Bildung. ● Peter Wahl über aktuelle Tendenzen der Hochschulpolitik. ● Barbara Degen über außerschulische Weiterbildung. ● Maria Krüger über „Chancengleichheit“. ● Arnold Knauer über die Berufsausbildung der jungen Arbeiter in der DDR. ● Gottfried Schneider über die sozialistische Erwachsenenbildung in der DDR.

Außerdem enthält das neue Heft einen Artikel von Willi Gerns und Robert Steigerwald: „Chile und der Kampf der DKP um antimonopolistische Demokratie und Sozialismus“

Weiter schreibt Günter Weiß über „Trotzkismus in der Gegenwart“.

einer „Veränderung eben ‚Stück für Stück‘ . . . (peacemeal social engeneering — wie Karl Popper sagt)“, so Helmut Schmidt in seiner Einführung zum sog. Langzeitprogramm-Entwurf vom Juni 1972. Aber auch für diejenigen, die restlos vom Kapitalismus enttäuscht auf den Kampf um den Sozialismus setzen, wird in Anpassung an die veränderten ideologischen Kräfteverhältnisse eine wachsende Flut pseudomarxistischer Literatur bereitgehalten, wird auf Antikommunismus in „linker“ Verkleidung („Antirevisionismus“) orientiert.

Das ist nicht nur Ausdruck der Zuspitzung, sondern auch der Komplizierung des Klassenkampfes an allen Frontabschnitten, die besondere Klarheit erfordert, um prinzipiell und flexibel die Positionen des Fortschritts nicht nur zu verteidigen, sondern ausbauen zu können. Die Einheit der Aktion aller fortschrittlichen Kräfte erfordert die Auseinandersetzung mit allen neuen und alten bürgerlichen Auffassungen, die zur Zeit zielstrebigere denn je durch alle Kanäle der „Bewußtseinsindustrie“ eingesetzt werden. Die Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, „die bürgerliche Ideologie in ihrer Gesamtheit kritisch anzugehen — also nicht nur die bürgerliche Philosophie, sondern ebensosehr die bürgerlichen ökonomischen, politischen, rechtstheoretischen, soziologischen, ästhetischen, sprachwissenschaftlichen, geschichtstheoretischen usw. Lehren der marxistisch-leninistischen Kritik zu unterwerfen. Darüber hinaus wird in der Aufgabenstellung der Reihe auch die naturwissenschaftliche Problematik — so weit diese gesellschaftlich-ideologisch relevant ist — mit einbezogen“. Der Herausgeber, Manfred Buhr, fährt fort: „Um dieses Ziel sukzessive zu erreichen, ist die Reihe von

DER MARXISMUS EINE GEISTIGE GROSSMACHT UNSERER ZEIT

NEUERSCHEINUNGEN
1973
GESAMTVERZEICHNIS



VERLAG
MARXISTISCHE
BLÄTTER

Prospekt kostenlos beim VMB,
6 Frankfurt/Main,
Heddernheimer Landstraße 78a

vornherein interdisziplinär und international (sowohl in thematischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die Autoren und die Herausgeberschaft) konzipiert worden.“

Unter Mitwirkung von Andras Gedö, Budapest, M. T. Jowtschuk, Moskau, Todor Pawlow, Sofia, Vladimir Ruml, Prag, Robert Steigerwald, Frankfurt/Main, wurden von 1971 bis heute über dreißig Titel herausgebracht, die, wie die Resonanz belegt, ihre Aufgabenstellung ziemlich erfolgreich angegangen haben. Neben der eingehenden Kritik an der „Frankfurter Schule“ fanden besondere Beachtung Bände, in denen bestimmte Themen zum ersten Mal in dieser Weise von Marxisten untersucht wurden: Fromms „humanistische Marxismus-Kritik“ (Bd. 8); die Positivismus-Kritik (Bd. 11, 12, 26); die Kritik bürgerlicher soziologischer „Konflikt“-Theorien (Bd. 23); bürgerliche Sprachtheorien (Bd. 19) u. a.

Die Reihe ist besonders unter der fortschrittlichen, der jungen Intelligenz auf Interesse gestoßen. Aber viele, die sich kritisch mit solchen wie den angegebenen Themen befassen, kennen die Reihe noch nicht. Ihre Veröffentlichungen für die wissenschaftliche und ideologische Auseinandersetzung gerade an den Hochschulen unseres Landes zu nutzen, bestehen noch viele Möglichkeiten. Um die Aufmerksamkeit stärker auf diese Veröffentlichungen zu richten, sollte die von MSB und Verlag Marxistische Blätter gemeinsam durchgeführte Veranstaltungsreihe „Sozialistische und bürgerliche Ideologie heute“ einen Beitrag leisten. Es werden Manfred Buhr, Andras Gedö und Robert Steigerwald Ende November, Anfang Dezember in sieben Universitätsstädten auftreten, die Mitveranstalter und Autoren dieser Reihe sind. **Dieter Nix**

Zum Artikel Seite 36—40

Erste Vollversammlung der Völker

Und in der
Bundesrepublik?

Wer mitmachen will oder sich zunächst nur näher informieren will, wende sich an Prof. Wilfried von Bredow, 355 Marburg, Savignystraße 17.

rote blätter



MARXISTISCHER STUDENTENBUND
SPARTAKUS

Um sich den Delegierten und Gästen bei den X. Weltfestspielen vorzustellen, hat der MSB Spartakus eine Sondernummer der roten blätter herausgegeben, die in Berlin reißend wegging.

Jetzt ist die Nummer nachgedruckt worden und kann zum Preis von 2,— DM beim Spartakus-Bundesvorstand, 53 Bonn, Postfach, bestellt werden.

Inhalt: auf 56 Seiten in deutsch, englisch, russisch und französisch und mit vielen Illustrationen das Wichtigste über Politik und Kampf der marxistischen Studentenorganisation der BAD.

Zum neuen Tendenzen-Heft:

Plakate, die verändern

Von Nathias Neutert

Die Sowjets kämpften eine gewaltige Schlacht nicht bloß mit Blei, sondern auch mit Tinte. Jede Krise, jedes Ereignis brachte das entsprechende Plakat hervor. Diese Plakate wurden an Mauern und Kioske geklebt, das eine über das andere, bisweilen zwanzig und dreißig neben- und übereinander. Ordnete man sie, so würden sie eine ganze Erzählung ergeben: Die Geschichte der Revolution, dargeboten in Plakaten an den Mauern Petrograds und Moskaus.

Albert Rhys Williams

Sowenig effektive politische Plakate aus dem antimonopolistischen Kampf, den wir um die sozialistische Zukunft der BRD führen, wegzudenken sind, soviel Kopfzerbrechen bereiten sie allzu oft unseren Plakatemachern.

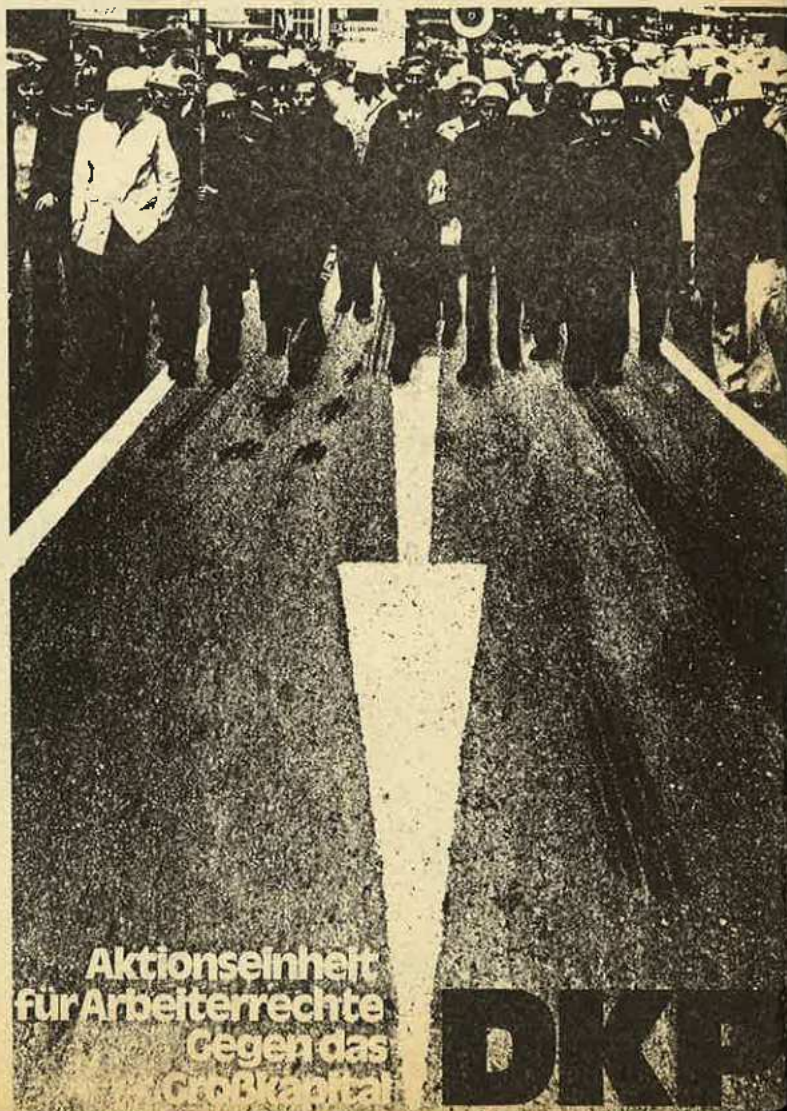
Wer die sind? Nun, das sind engagierte Künstler wie Michael Sammler, Guido Zingerl, Eckart Jung, Kollektive wie die „Demokratische Grafik“ aus Hamburg, deren Mitarbeiter — Fachstudenten, Laien und Profis — unlängst das neue Spartakus-Symbol schufen; im Zweifelsfall irgendein Genosse, der zwar nicht talentiert ist, dafür aber um so hilfreicher einspringt.

Bei dieser wichtigen Tätigkeit tauchen Probleme in Hülle und Fülle auf. Selbstverständlich ist unseren Plakatemachern eine Kampagne wie „Weg mit dem Berufsverbot!“ politisch „vollinhaltlich klar“. Aber wie wird aus dieser Klarheit nun ein ebenso klares, kämpferisches, auch die „arbeitenden Menschen ansprechendes und sie zur Aktion mobilisierendes Plakat?“ Wann ist es sinnvoll, an die revolutionäre Tradition solcher Vorbilder wie Majakowski, an seine ROSTA-Fenster anzuknüpfen oder John Heartfields Fotomontagen? Und wie? Welche Bildsymbolik ist geeignet, plausibel — und nicht „aufgesetzt“ — für die Aktionseinheit aller Arbeitenden zu werben? Solche und etliche andere, beim Herstellen parteilicher und realistischer Plakatkunst auftauchender Fragen, kann die jüngste Ausgabe von „tendenzen“

beschäftigt sich mit der Sache. Wer es aufschlägt und durchblättert, wird schon beim Anblick des reichlichen Bildmaterials zur Lektüre angestiftet. An die achtzig Plakate sind abgebildet: von Dimitri Moor und Majakowski, von

Käthe Kollwitz und Heinrich Vogeler über John Heartfield bis zu Carlo Schelleman und Klaus Staack; von revolutionären Plakaten, die im Kampf um den Sowjetstaat entstanden, über die antifaschistische Plakatkunst der KPD in der Weimarer Republik bis zu den demokratischen und sozialistischen Plakaten in der BRD, darunter denen der DKP. Auch die hartnäckige Kontinuität sozialer Demagogie, die Plakate des Klassenfeindes kennzeichnen, wird an Hand manipulierender Machwerke von NSDAP, DDP und CDU/CSU vor

Ebenfalls unter dem Titel „Plakate, die verändern“ hat die DKP zum Hamburger Parteitag eine umfangreiche Mappe mit den besten Arbeiten aus ihrer vielfältigen und wirkungsvollen Plakatproduktion herausgegeben. Rechts ein Beispiel (fotocol). Auf der Nebenseite zwei Abbildungen aus dem Tendenzen-Heft: Käthe Kollwitz' Antikriegsplakat von 1924 und ein faschistisches Durchhalte-Plakat des MAN-Konzerns.



Aktionseinheit
für Arbeiterrechte
Gegen das
Großkapital

DKP

tendenzen Nr. 91, Das politische Plakat, Okt./Nov. 1973, Dammitz, Verlag, München, DM 5,—

klären helfen. Über die Hälfte des gesamten Heftumfangs, diesmal erheblich, nämlich auf ganze 60 Seiten erweitert,

Augen geführt. Das militaristische Geist atmende „Durchhalte“-Plakat der MAN macht klar, wer hinter Krieg und Faschismus profitscheffend steht: das Großkapital.

Kurz und treffsicher analysieren Reiner Diederich und Richard Grübling, zwei Frankfurter Soziologen, welche abgefeimten Mittel sich der Faschismus in seiner Massenpropaganda bediente („Zur Umfunktionierung von Symbolen der Arbeiterbewegung in der Bildagitation bürgerlicher Parteien“). Um den Arbeitermassen, die damals immer mehr die KPD wählten, offen mit ihr sympathisierten oder ihr beitraten, Sand in die Augen zu streuen und sie über den arbeitfeindlichen Charakter national-„sozialistischer“ Politik zu täuschen, mißbrauchten die Faschisten eiskalt volkstümliche Bildformen und Symbole der Arbeiterbewegung.

So leichtes Spiel haben unsere Plakatemacher nicht. Sie können nicht so ohne weiteres bei der Werbung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in die Lehre gehen. Wer „heute für ‚Bluna‘, morgen für den ‚weißen Riesen‘ und in Wahlzeiten für den Kanzler oder seinen CDU/CSU-Opponenten“ und übermorgen wieder für die Bundeswehr die Reklametrommel rührt, der nimmt es mit der Wahrheit so wenig genau, daß sein Treiben Lüge werden muß.

Zu Recht unterstreicht Zingerl deshalb: Der „Fortschritt muß aufklären und bewußtmachen, nicht verführen

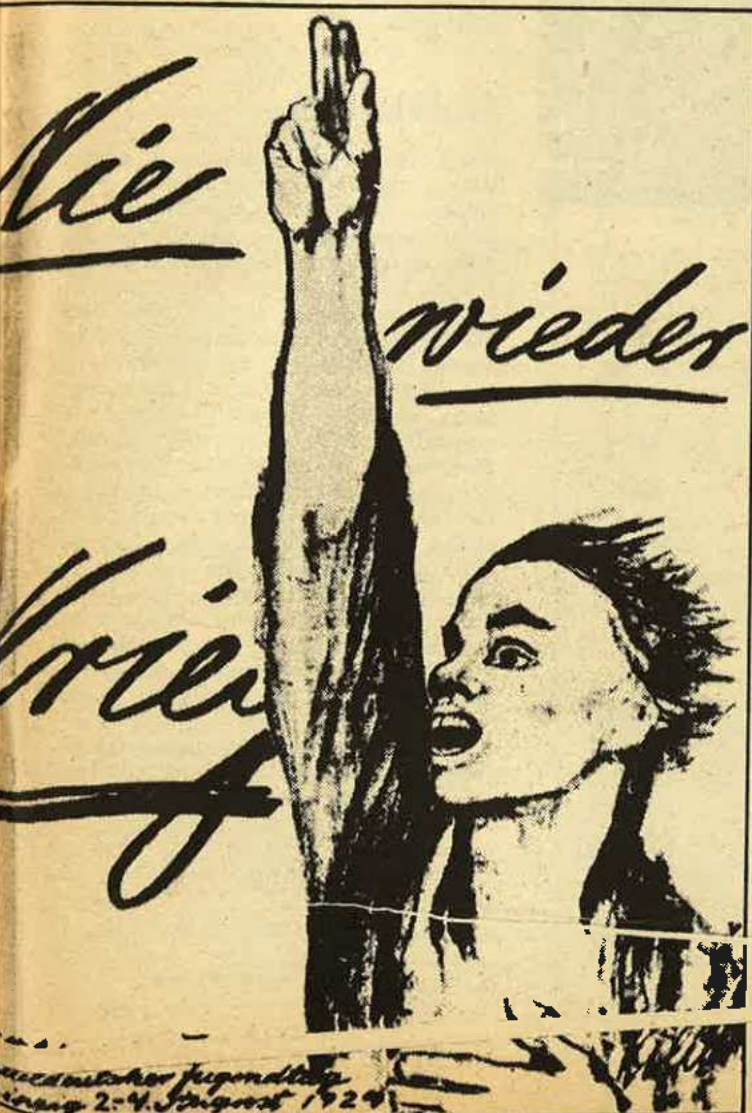
und überreden“ („Zur Funktion des politischen Plakats“). Das für die Volksinteressen Partei ergreifende Plakat will eben „nicht manipulieren, es fordert die aktive, handelnde Beteiligung des Betrachters, sein Mitdenken und Mittun“.

Allerdings ist die „optische Aufnahme-fähigkeit“ unserer Adressaten durch eine riesige Bilderflut nahezu ausgeblendet und mit Beschlag belegt. Wie also ihre Aufmerksamkeit erregen, ohne ihre Blicke — à la Veith-Pirelli, „Die Beine Ihres Autos“ — bloß zu „fesseln“? Taucht die Frage auf, ob derlei Gags in unserer Agitationskunst überhaupt „erlaubt“ sind? Fritz Noll, Referent für Öffentlichkeitsarbeit beim Parteivorstand der DKP, antwortet: „Wie in allen Bereichen der Agitation gilt auch für die Herstellung von Plakaten für die DKP der Grundsatz der Massenverständlichkeit. Gags sind gut, wenn sie Momente des Klassenkampfes besonders deutlich machen“ („Plakate, die verändern“).

Das ist dem Rechtsanwalt und Plakatgrafiker Klaus Staack, wie ich meine, wenigstens ansatzweise gelungen. Nämlich in seinem inzwischen berühmt-berüchtigten Wahl-Aufkleber „Die Reichen müssen noch reicher werden — wählt CDU“. Dessen dialektische Dreistigkeit dürfte die Reaktionäre einige Wählerstimmen gekostet haben. Ob es hingegen zur Ausbildung von Klassenbewußtsein taugt, ist fraglich.

Wir müssen also kontrollieren, ob unsere Plakate die von uns beabsichtigte Wirkung überhaupt erzielen und wie sie in den Köpfen der Agitierten weiterwirken. Im „tendenzen“-Interview mit Klaus Staack findet sich hierfür ein nachahmenswertes Modell: „Bei den meisten Plakaten machen wir zunächst einmal eine kleinere Testauflage im Siebdruck, so etwa 200 Stück. Diese Exemplare werden so breit wie möglich gestreut, und wir versuchen, mit möglichst vielen Einzelpersonen und Gruppen darüber zu diskutieren. Bevor wir dann die endgültige Offset-Auflage drucken, wird das Plakat noch einmal unter Berücksichtigung aller bis dahin in Diskussionen gemachten Erfahrungen überarbeitet und gegebenenfalls abgeändert.“

Insgesamt kann man bescheinigen, daß Tendenzen mit dieser brauchbaren Handlungsanleitung zur Herstellung politisch effektiver, parteilicher Plakate, seiner längst anerkannten Rolle als „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“ einer sozialistischen Kunst mal wieder voll entsprochen hat. Auf daß daraus massenhaft Plakate hervorgehen, die überall in der Öffentlichkeit des Straßenlebens, vor Betrieben, Büros und Berufsschulen, in den Wohngebieten der Werktätigen und auf dem campus, die Solidarität entfachen, die Chile siegen hilft: Plakate, die verändern!



Grafik der Arbeitswelt 74

Der beste, wertvollste und gleichzeitig der aufmerksamste und strengste Leser unserer Tage ist der gebildete Arbeiter... Dieser Leser sucht im Buch vor allem Antwort auf seine sozialen und moralischen Zweifel, auf sein Hauptstreben zur Einheit im weitesten Sinne des Wortes, während er traurig, vieles erkennt, während er fühlt, daß auf ihm die Lüge unseres Lebens lastet, will er klar jene ganze Lüge begreifen und sie von sich schütteln. Maxim Gorki

Unter diesem Motto gelang der ungewöhnliche Versuch, Laien und Berufskünstler, Kollegen vom Jahrgang 1896, die schon in den vorrevolutionären Tagen von 1918 als Arbeiter- und Soldatenrat dabei waren, bis zum Jahrgang 1952 unter den großen Zielen einer demokratischen und fortschrittlichen Kunst zu einigen.

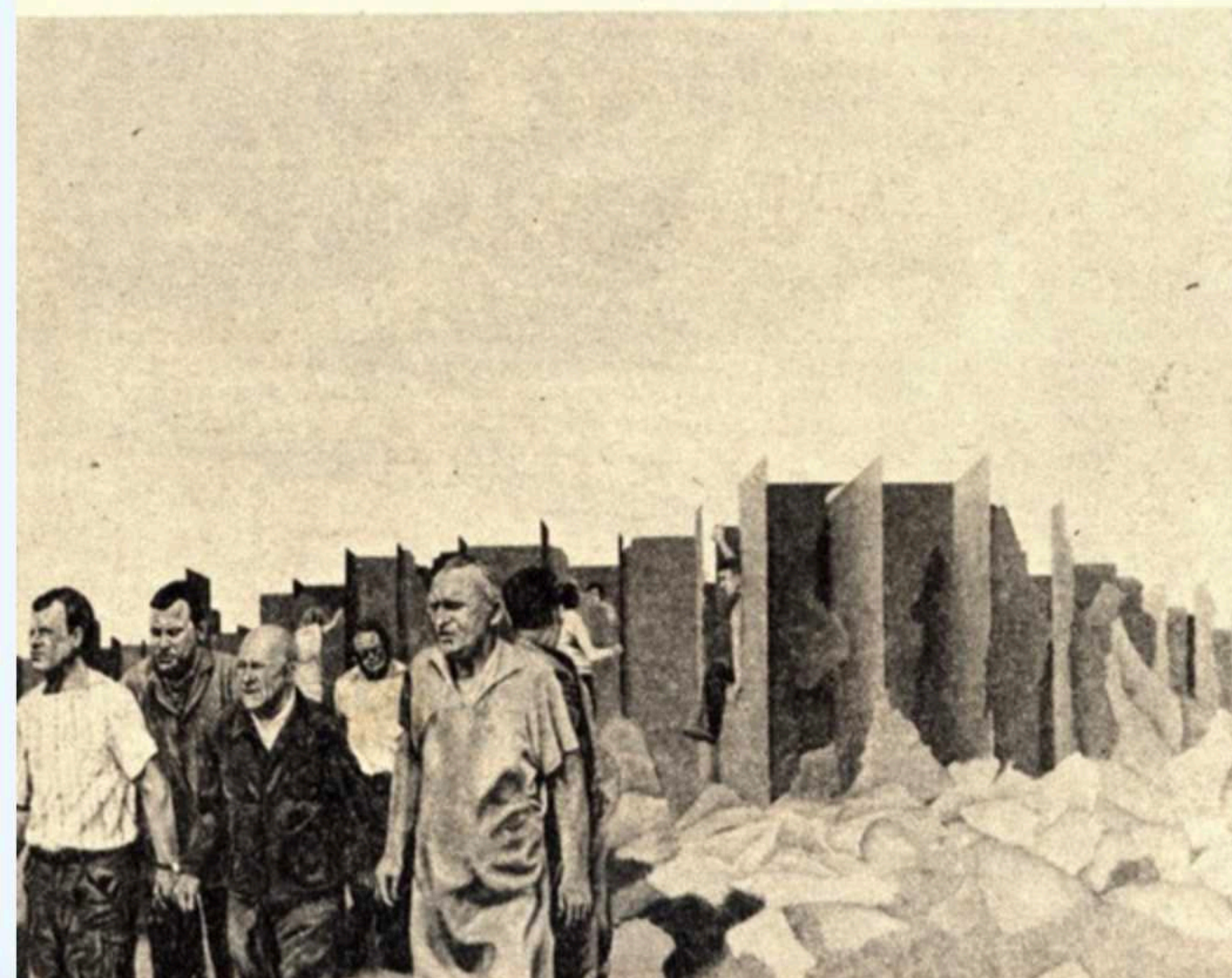
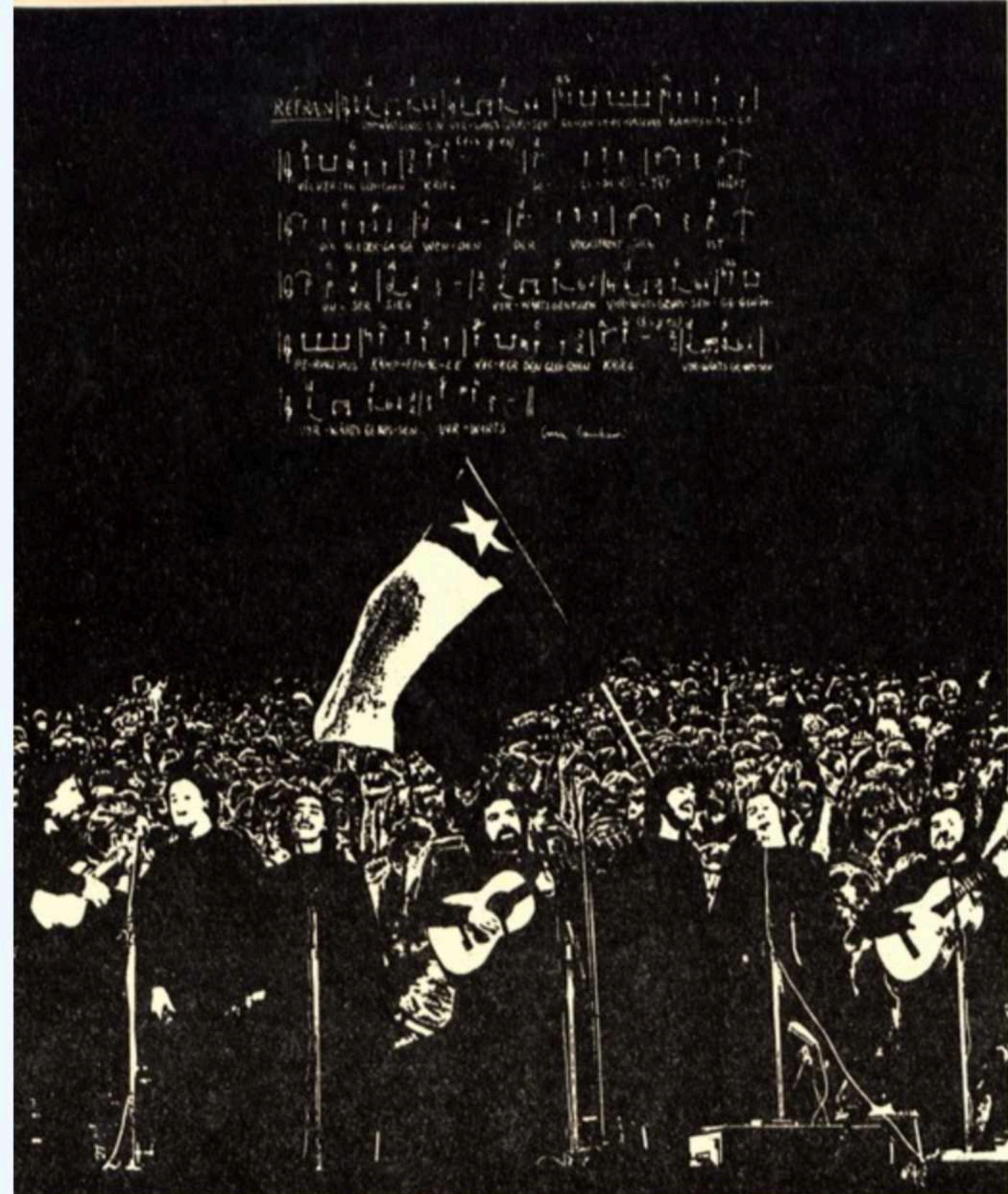
Der „Düsseldorf-Kölner Werkskreiskalender 1974“ ist das Ergebnis dieser Bemühungen. Auf 15 Blättern (DIN A 3) sind Bilder von Mitgliedern der Werkskreise reproduziert. Der Kalender ist schön und interessant. Preis 17,— DM. Bestellungen: Werkkreis Düsseldorf, 4 Düsseldorf, Habichtstraße 17.

Nebstehend ein Blatt von Albrecht Jaschinski.

Solidarität

hat Jürgen Waller, einer der bemerkenswerten Westberliner Realisten, sein Ölbild genannt. Es ist zu sehen in einer Kunstaussstellung, die der Demokratische Kulturbund der Bundesrepublik, DKBD, initiiert und als Wanderausstellung zusammengestellt hat. Wie stark der sozial engagierte Realismus auf Interesse stößt, zeigte die Eröffnung in der Hamburger Galerie „Schnecke“: mehr als 600 Besucher! Während der Ausstellungsdauer sahen mehr als 3000 Menschen, aus allen Kreisen der Bevölkerung, die über hundert realistischen Zeichnungen, Druckgrafiken und Tafelbilder von fünfzig Künstlern aus der BRD und Westberlin. Sie bot den bislang größten Überblick über eine Kunst, die sich in schöpferischer Nachfolge der revolutionären „Asso“ hierzulande entwickelt. Ein konzentrierter Ausschnitt davon ist vom 3. Dezember bis 15. Januar 1974 als „Kunst im Riederwald“ im Jugendhaus Frankfurt zu sehen, anschließend wandert er ins Volksbildungsheim Hoechst, Frankfurt, vom 16. bis Ende Januar. Die Ausstellung demonstriert die fortschrittliche Alternative zu dem vom bürgerlichen Kunstmarkt propagierten „Foto-Realismus“, der im BKBD-Katalog zu Recht als ein „Abstraktionismus in realistischer Kriegsbemalung“ kritisiert wird.

Foto: Walloch



leserbrief

Zu den Aktionen der Hamburger Sozialpädagogen

Euer Artikel in den roten blättern 14 „Sozialpädagogen im Streik“ hat mich — gelinde gesagt — doch etwas verwundet.

Daß wir den Boykott Ende 1973 auch gegen die materielle Misere geführt haben, ist richtig, allerdings weniger, weil keine theoretische Bestimmung der Funktion der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen vorhanden, dafür aber unqualifizierte Dozenten, sondern vielmehr, weil nicht genügend Dozenten vorhanden und die vorhandenen Planstellen nicht ausgenutzt, weil die Mittel, die die Raummisere an unserem Fachbereich lösen könnten, in die Bundeswehrhochschule gesteckt werden, weil auf Grund ungenügender Kapazitäten auch der NC immer mehr verschärft wird. Ein weiterer Grund unseres Boykotts war die soziale Misere der Studenten unseres Fachbereichs; die meisten Studenten brauchten diese 3 Wochen zum Jobben, denn auch bei uns liegen die BAFöG-Sätze nicht höher als in anderen Bundesländern.

Folglich sahen auch die auf der Vollversammlung am 1. 10. 1973 verabschiedeten Forderungen anders aus, nämlich:

- sofortige Zurücknahme der Aberkennung für 555 Kommilitonen,
- zur Behebung der Misere am Fachbereich Bereitstellung ausreichender räumlicher Kapazitäten, langfristig Erstellung eines Neubaus,
- Bereitstellung der finanziellen Mittel, die für die Einrichtung eines Studienganges der Sozialpädagogik an der Bundeswehrhochschule verwandt werden,
- Abbau des NC,
- sofortige Erhöhung und Besetzung aller Planstellen,
- Ausrichtung des Studiums an wissenschaftlichen Lehrinhalten, Aufhebung der Verschulung des Studiums,
- Anhebung des BAFöG bis zur Kostendeckung.

Zum anderen geht es uns jetzt nicht lediglich darum, die Aberkennung juristisch zurückzuweisen, sondern uns ist klar, daß wir gegen politische Maßnahmen des Senats auch den politischen Kampf führen müssen.

Von daher führen wir auch den weiteren Kampf gegen die Aberkennung vor allem, indem wir die soziale und materielle Misere, die Anlaß unseres Boykotts war, bekämpfen. Konkret heißt das, auch wir Studenten am FB Sozial-

pädagogik reihen uns ein in den Kampf für Anhebung des BAFöG-Satzes auf 500,— DM sofort und Erhöhung der Elternfreibeträge auf 1200,— DM.

Ingrid Lowis, Hamburg

Studenten des Fachbereichs Sozialpädagogik beim Verteilen von Informationen und Unterschriftensammeln in der Hamburger Innenstadt.



REISEBÜRO HANSA-TOURIST

Immer mehr Jugendliche wollen sich über andere Länder informieren. Informationsreisen, das gegenseitige Kennenlernen Jugendlicher der verschiedensten Länder und Gesellschaftsordnungen ist ein wichtiger Beitrag, den Frieden noch sicherer zu machen, die Verständigung zu fördern.

Wir vermitteln Urlaubs- und Informationsreisen in die Sowjetunion, Bulgarien, DDR, Finnland.

Aus unserem Angebot: UMLHW

Wir vermitteln Informationsreisen allgemeiner Art, aber auch nach Interessengebieten, Berufsgruppen etc.

Schreiben Sie uns (oder benutzen Sie das Telefon), teilen Sie uns Ihre Wünsche mit.

15 Tage Ägypten Preis: DM 680,—

(Für Gruppen ab 15 Personen) Im Preis sind enthalten: Flugkosten ab/bis Frankfurt/M inkl. ein Anschlußflug nach Nikosia oder Beirut oder Damaskus und zurück, Aufenthalt in Kairo und Luxor, Unterbringung im Hotel in Doppelbettzimmern (mit Dusche), Kairo Vollpension, Luxor Halbpension, Visagebühren.

Anmeldung bis spätestens 8 Wochen vor Reisebeginn.

Sylt ist nicht nur für die Reichen da

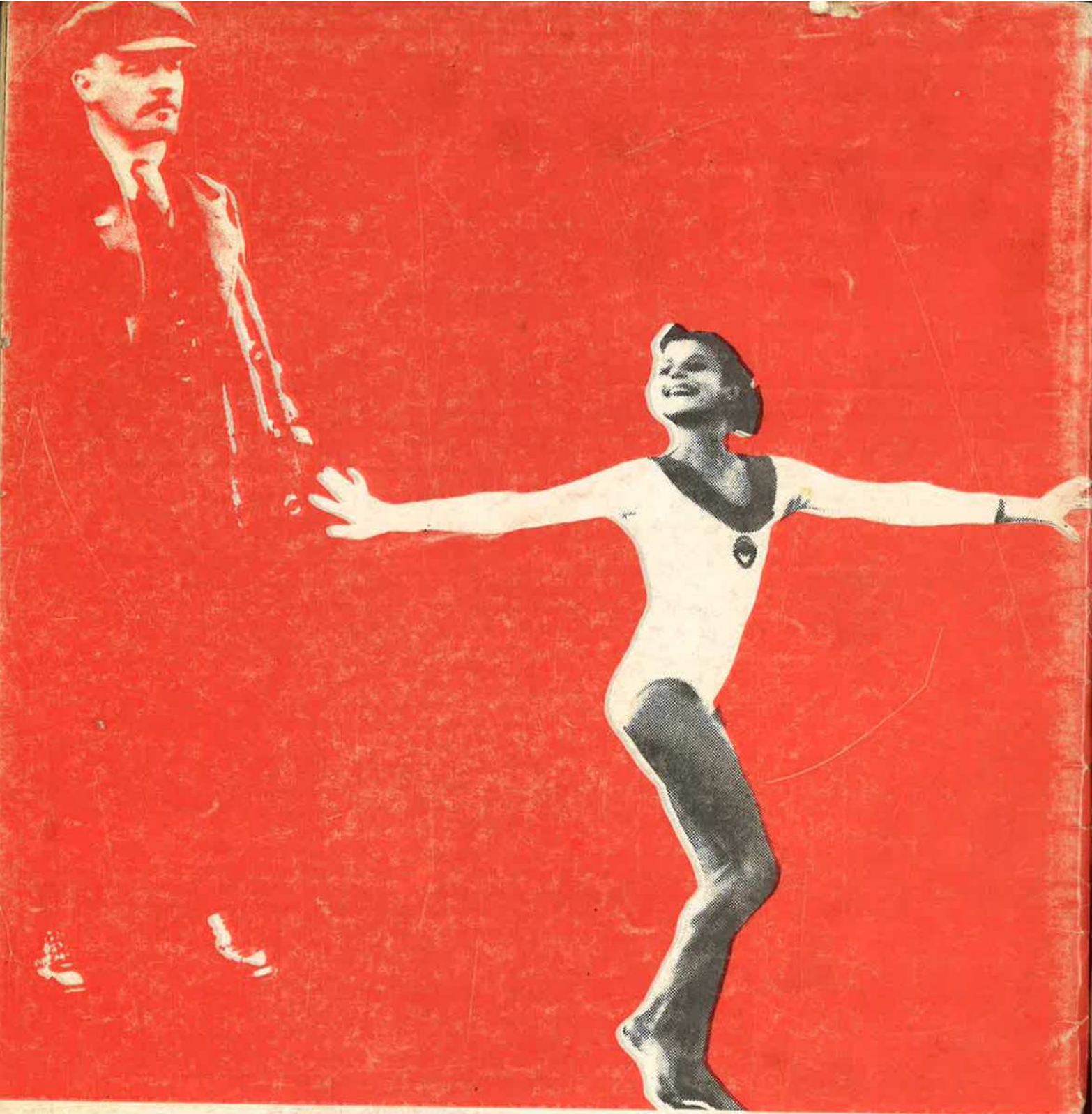
Unser Vertragshaus „Sylt-Ost“ ist in Morsum. Gut geeignet für Wochenendausflüge, für Gruppenfahrten. (Die ersten Jugendgruppe haben bereits ihre Bildungswoche/wochenende durchgeführt.) Ein Preisbeispiel: Montag bis Sonntag, 6 Übernachtungen (Doppelbettzimmer) inkl. Frühstück, einschl. Fahrt von Hamburg und zurück (DB), Preis pro Person: DM 115,—

Sie telefonieren - wir reservieren

**REISEBÜRO
HANSA-TOURIST**

Reisebüro Hansa-Tourist GmbH
2 Hamburg 76
Hamburger Str. 132
Tel. 0 40/2 99 60 45





Gutes Neues Jahr!

Lenin lebt

Blatt Dezember von Max Bartholl aus dem Kalender 1974 der Gruppe Werkstatt Hamburg 40, c/o Gerhard Jeske, 2 Hamburg 53, Franzosenkoppel 32, Preis 20, —DM